

# Unterstützung der Demokratie in wirtschaftlichen Krisenzeiten

Eine empirische Analyse am Beispiel der Wirtschaftskrise in Argentinien 2001/02

Hausarbeit zur Erlangung des  
Akademischen Grades  
einer Magistra Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport  
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von

Olga Herzog

aus Tschimkent

Mainz im August 2011

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Theoretische Grundlagen</b>	<b>6</b>
2.1	Die Rolle von politischen Einstellungen für die Stabilität von demokratischen Systemen . . . . .	6
2.2	Das Konzept der politischen Unterstützung von David Easton . . . . .	10
2.2.1	Politische Unterstützung als Teil des politischen Prozesses . . . . .	10
2.2.2	Die Objekte der politischen Unterstützung . . . . .	13
2.2.3	Die Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung . . . . .	15
2.2.4	Kritik am theoretischen Konzept . . . . .	18
2.3	Analytisches Schema der politischen Unterstützung von Dieter Fuchs . . . . .	20
2.3.1	Das Ebenenmodell eines demokratischen Systems . . . . .	20
2.3.2	Die Arten von Unterstützung . . . . .	23
2.3.3	Das kausale Einstellungsmodell der Unterstützung eines demokratischen Systems . . . . .	25
2.3.4	Kritik am theoretischen Konzept . . . . .	29
<b>3</b>	<b>Politische und ökonomische Entwicklungen in Argentinien vor, während und nach der Krise</b>	<b>31</b>
3.1	Die Vorgeschichte: Argentinien's Politik, Wirtschaft und Sozialstruktur im 20. Jahrhundert . . . . .	31
3.2	Die stabile Situation vor der Krise: 1995 - 1998 . . . . .	35
3.3	Der Krisenverlauf: 1999 - 2002 . . . . .	37
3.4	Die Situation nach der Wiedergewinnung der Stabilität: 2003 - 2005 . . . . .	41
<b>4</b>	<b>Empirische Analyse</b>	<b>47</b>
4.1	Untersuchungsdesign und Hypothesen . . . . .	47
4.2	Datengrundlage . . . . .	53
4.3	Operationalisierung . . . . .	55
4.3.1	Abhängige Variablen . . . . .	55
4.3.2	Unabhängige Variablen . . . . .	58
4.3.3	Probleme der Operationalisierung . . . . .	63
4.4	Das Niveau der Unterstützung des demokratischen Systems vor, während und nach der Krise . . . . .	65

4.4.1	Verständnis von Demokratie . . . . .	65
4.4.2	Bindung an demokratische Werte . . . . .	67
4.4.3	Unterstützung des demokratischen Regimes . . . . .	68
4.4.4	Unterstützung der Entscheidungsträger . . . . .	70
4.5	Determinanten der Unterstützung des demokratischen Systems . . . .	71
4.5.1	Methodische Vorbemerkungen . . . . .	71
4.5.2	Determinanten der Bindung an demokratische Werte . . . . .	72
4.5.3	Determinanten der Unterstützung des demokratischen Regimes	75
4.5.4	Determinanten der Unterstützung der Entscheidungsträger . .	79
<b>5</b>	<b>Fazit</b>	<b>82</b>
<b>6</b>	<b>Anhang</b>	<b>88</b>
<b>7</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>93</b>

## Abbildungsverzeichnis

1	Vereinfachtes Modell des politischen Systems nach David Easton . . . .	11
2	Ebenenmodell eines demokratischen Systems nach Dieter Fuchs . . . .	21
3	Einstellungsmodell der Unterstützung eines demokratischen Systems nach Dieter Fuchs . . . . .	26
4	Wirtschaftswachstum in Argentinien 1983-2006 (als Anteil am Brut- toinlandsprodukt) . . . . .	43
5	Entwicklung der Arbeitslosenquote in Argentinien 1983-2006 (als An- teil an der erwerbstätigen Bevölkerung) . . . . .	44
6	Urbane Armutsquote in Argentinien 1988 - 2006 (Anteil an urbaner Bevölkerung) . . . . .	45
7	Entwicklung der argentinischen Demokratie (Mittelwert der Freedom- House-Ratings für politische Rechte und bürgerliche Freiheiten) . . . .	46
8	Verständnis von Demokratie aller Befragten und der Demokratiebe- fürworter . . . . .	66
9	Präferenz für ein demokratisches System in 1997, 2002 und 2005 . . . .	67
10	Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie 1997, 2002 und 2005 . . . . .	69
11	Vertrauen in den Kongress in 1997, 2002, 2005 . . . . .	70
12	Verantwortlich für die ökonomischen Probleme in Argentinien in 2002 (Umfrageergebnisse mit Mehrfachnennung) . . . . .	88
13	Output der Varianzanalyse zur „Präferenz der Demokratie“ inklusive des Bonferroni- und Scheffe-Tests . . . . .	90
14	Output der Varianzanalyse zur „Zufriedenheit mit dem Funktionieren von Demokratie“ inklusive des Bonferroni- und Scheffe-Tests . . . . .	91
15	Output der Varianzanalyse zum „Vertrauen in den Kongress“ inklu- sive des Bonferroni- und Scheffe-Tests . . . . .	92

## Tabellenverzeichnis

1	Überblick über die Erhebungsmethoden des Latinobarómetro in den ausgewählten Jahren . . . . .	54
2	Indikatoren der abhängigen Variablen . . . . .	56
3	Indikatoren der unabhängigen Variablen . . . . .	58
5	Determinanten der Bindung an demokratische Werte (Ergebnisse der multiplen Regression) . . . . .	73
6	Determinanten der Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land (Ergebnisse der multiplen Regression) . . . . .	76
7	Determinanten der Unterstützung der Entscheidungsträger (Ergeb- nisse der multiplen Regression) . . . . .	80
8	Which is for you the most important characteristic of democracy? (Demokratieverständnis über eine geschlossene Frage) . . . . .	88
9	To you, what does 'democracy' mean? (Demokratieverständnis über eine offene Frage) . . . . .	89

# 1 Einleitung

In den letzten Jahren häufen sich ökonomische Krisen<sup>1</sup>, die eine große Gefahr für junge demokratische Systeme darstellen können. Im Gegensatz zu etablierten Demokratien hängt das Überleben junger Systeme noch stark von ihrer Leistungsfähigkeit ab (Mishler&Rose 1999: 79). In einer schweren wirtschaftlichen Krise könnten Zweifel an der Effektivität des demokratischen Systems entstehen, die von antidemokratischen Kräften zum Umsturz genutzt werden können, wie historische Erfahrungen insbesondere in Ländern Lateinamerikas beweisen (Booth&Seligson 2009: 3f.). Dabei könnten autoritäre Systeme attraktiver erscheinen, da sie ein schnelles Durchgreifen zur Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung versprechen. Allerdings sind politische Systeme diesen Kräften nicht hilflos ausgeliefert und besitzen Schutzmechanismen, die den Fortbestand des Systems sicherstellen. Ein solcher Mechanismus wird in der Forschung häufig in der politischen Unterstützung seitens der Bevölkerung gesehen (u.a. Easton 1965: 276f.; Fuchs 1989: 5; Merkel 2007: 417). Eine zentrale Annahme der politischen Unterstützung besagt, dass tief verwurzelte positive Einstellungen zum politischen System dessen Überlebensfähigkeit fördern. Inwieweit in einer Krise dieser Schutzmechanismus greift, stellt deshalb eine interessante Forschungsfrage dar. In dieser Arbeit wird am Beispiel von einer schweren ökonomischen Krise in Argentinien überprüft, wie sich die Unterstützung des demokratischen Systems während und nach der Krise im Vergleich zur stabilen Situation davor veränderte.

Argentinien erlebte während der Jahre 2001 und 2002 eine der schwersten wirtschaftlichen Krisen seiner Geschichte (Daseking&al. 2004: 1).<sup>2</sup> Während die Wirtschaft sich schon seit 1998 in einer Rezession befand, verschärfte sich die soziale und politische Lage Ende 2001, als die Argentinier in Massen auf die Straße gingen, um gegen die Politik der Regierung zu protestieren. Von dem Krisenmanagement der Regierung enttäuscht forderten die Demonstranten den Rücktritt der gesamten politischen Elite mit dem Slogan „Que se vayan todos“ (frei übersetzt: Alle sollen verschwinden) (Levitsky&Murillo 2003: 155; Wolff 2003: 4). Die Proteste führten nur kurze Zeit nach dem Ausrufen des Notstandes zum Rücktritt des Präsidenten-

<sup>1</sup>Von einer wirtschaftlichen Krise wird im Allgemeinen gesprochen, wenn ein enormer Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion vorliegt (negatives Wachstum), der häufig außerdem durch hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Investitionen, Probleme in der Preisstabilität und Wechselkurschwankungen begleitet wird (Engelkamp&Sell 2011: 270; Plumpe 2011: 9). Die genaue Abgrenzung zum wirtschaftlichen Abschwung, der nicht zwangsläufig in eine Krise führt, ist abhängig von dem Ausmaß und der Dauer der Rezession, wobei keine einheitlichen Richtlinien existieren (ebd.).

<sup>2</sup>Der genaue Anfang der Krise lässt sich nicht eindeutig bestimmen. Allerdings waren diese beiden Jahre die schlimmsten in ökonomischer, politischer und sozialer Hinsicht, wie die späteren Erläuterungen noch zeigen, und werden deshalb häufig als der Krisenzeitraum betrachtet.

ten. Das politische System geriet für einige Monate ins Chaos, die Demonstrationen mündeten in teils gewalttätige Ausschreitungen und die sozio-ökonomische Lage der argentinischen Mittel- und Unterschicht verschlechterte sich so sehr, dass 2002 von 54% Armut in den amtlichen Statistiken ausgegangen wurde (Boris&Tittor 2006: 33f.; Del Cueto&Luzzi 2010: 36). Angesichts dieser höchst prekären Situation erstaunt es, dass es weder zu einer Machtübernahme durch das Militär kam, wie es in der Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert vermehrt in Krisensituationen auftrat, noch ergriffen andere Kräfte die Macht und vernichteten die junge Demokratie Argentiniens (Levitsky&Murillo 2003: 162). Im Gegenteil: Bei den neu anberaumten Wahlen für 2003 bewies das demokratische System eine erstaunliche Robustheit und prozedurale Festigkeit (Birle&Bodemer&Pagni 2010: 10; Schamis 2002: 90). Als einer der Faktoren, die dafür ausschlaggebend waren, wird die Unterstützung des demokratischen Systems diskutiert (ebd.).

In der Forschungsliteratur werden meistens zwei wesentliche Einflussfaktoren für den Fortbestand von politischen Systemen unterschieden. Zum einen gehören dazu Leistungen des Systems im Hinblick auf die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft, zum anderen wird in den positiven Einstellungen der Bürger zu ihrem System eine förderliche Bedingung für die Stabilität gesehen (Lipset 1983: 64f.; Easton 1965: 268ff.). Die Leistungsfähigkeit des Systems wird häufig unter dem Begriff Performanz zusammengefasst (Fuchs 1998: 11). In der vorliegenden Arbeit wird die ökonomische Performanz eines Systems aufgrund der Problematik einer wirtschaftlichen Krise im Vordergrund der Betrachtungen stehen. Gleichzeitig erscheint die Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet essenziell für ein System, da dadurch wichtige Voraussetzungen für die Befriedigung von Grundbedürfnissen der Gesellschaft geschaffen werden. Die grundlegende Annahme dabei lautet: Wenn ein System gute ökonomische Leistungen erbringt, wird es mit einer hohen Wahrscheinlichkeit weiterbestehen. Auf der anderen Seite gibt es Faktoren, die die Stabilität eines Systems fördern, auch wenn die Leistungen des Systems nachlassen. Eine solche Rolle spielt politische Unterstützung in dem Konzept des politischen Systems von David Easton (1965; 1975).

Das Konzept der politischen Unterstützung wird in dieser Arbeit einem Test unterzogen. Dafür wurde eine ökonomische Krise ausgewählt, da sie einen gravierenden Einbruch der ökonomischen Performanz des Systems impliziert. Dieser Leistungsausfall fand in dem jungen demokratischen Systems Argentiniens zum wiederholten Mal statt, da schon während der Hyperinflation von 1989 vergleichbare Zustände herrschten (Boris&Tittor 2006: 20). Insofern kann hier davon ausgegangen werden, dass die Krise 2001/02 eine Gefahr für das demokratische System darstellte (Levitsky&Murillo 2003: 142). Die argentinische Demokratie überstand die extreme Stress-

situation, ohne dass das System sich grundsätzlich verändern musste. Ausgehend von den Annahmen der politischen Unterstützung ließe sich die Überlebensfähigkeit der argentinischen Demokratie auf die positiven Einstellungen der Bürger gegenüber ihrem System zurückführen. Inwiefern diese Annahmen zutreffen, kann nur eine empirische Prüfung zeigen. Der hier dargestellte Fall bietet daher einen geeigneten Ansatzpunkt, um die theoretischen Annahmen zur politischen Unterstützung zu testen.

Dabei lassen sich verschiedene Formen der politischen Unterstützung differenzieren und einzeln betrachten. In Anlehnung an Dieter Fuchs, der die theoretischen Überlegungen von David Easton erweitert und auf Demokratien spezifiziert hat, lässt sich politische Unterstützung auf drei Ebenen des demokratischen Systems unterscheiden: als Zustimmung zu den Werten eines Systems auf der Kulturebene, als Einstellungen zu dem etablierten Regime auf der Strukturebene und als Unterstützung der politischen Entscheidungsträger auf der Ebene des Prozesses (Fuchs 2002: 37f.). Auf jeder Ebene hat die Unterstützung eine andere Auswirkung für die Stabilität des Systems. Die Bindung an demokratische Werte ist entscheidend für den Fortbestand der demokratischen Ideologie in einem Land (Fuchs 2002: 39). Die Unterstützung des demokratischen Regimes wirkt sich auf den Fortbestand des im Land etablierten demokratischen Systemtyps aus (Fuchs 2002: 38f.). Die Unterstützung der Entscheidungsträger spielt eine wichtige Rolle für den Machterhalt der Herrschaftsträger und die Lösung von politischen Konflikten nach demokratischen Spielregeln (Fuchs 2002: 38). Das von Fuchs vorgeschlagene Modell ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der Unterstützung für ein demokratisches System und wird deshalb in dieser Arbeit angewendet. Zur Vereinfachung wird im Folgenden allgemein von der Unterstützung des demokratischen Systems gesprochen, wenn die Unterstützung auf den drei von Fuchs definierten Ebenen gemeint ist.

Um den Zusammenhang zwischen Stabilität und politischer Unterstützung eingehend zu überprüfen, wird nicht nur der Höhepunkt der Krise betrachtet, sondern auch ein ausgewählter Zeitpunkt in einer ökonomisch stabilen Phase vor der Krise und ebenso nach der Krise. Somit liegt hier folgendes Design vor: Der Zeitpunkt vor der Krise zeigt den Stand der politischen Unterstützung in einer Phase der Stabilität - sowohl wirtschaftlich, als auch politisch - an und präsentiert den Normal- oder Ausgangszustand. In der Betrachtung der Einstellungen während der Krise im Vergleich zur Ausgangslage werden direkte Auswirkungen der Krisenereignisse evident. In der Gegenüberstellung der Zusammenhänge zu einem Zeitpunkt nach der Wiederherstellung der Stabilität lassen sich dann mittelfristige Veränderungen der Unterstützung des demokratischen Systems nachzeichnen. Dieses Design ermöglicht

das Konzept der Unterstützung des demokratischen Systems vor dem Hintergrund einer Krise fundiert zu überprüfen. Gleichzeitig können so Schlüsse hinsichtlich der Rolle der politischen Unterstützung für das Überstehen dieser Krise gezogen werden.

Für jeden Zeitpunkt wird zunächst das Niveau der politischen Unterstützung betrachtet und mit den anderen verglichen. Das Ziel dabei ist festzustellen, inwiefern es einen Einbruch in dem Ausmaß der politischen Unterstützung während der Krise gab und ob sich die Lage nach der Wiederherstellung der Stabilität wieder verbesserte. Dieser Vergleich ermöglicht eine erste Einschätzung in dem Zusammenhang zwischen Stabilität und politischer Unterstützung. Dabei tritt die Schwierigkeit auf, ein Niveau festzulegen, das die Unterstützung nicht unterschreiten darf, um noch als förderlich für die Stabilität zu gelten. Zwar bietet sich durch den Vergleich mit einem stabilen Zeitpunkt vor der Krise ein bestimmtes Niveau an, allerdings ist dadurch noch lange nicht geklärt, ob dieses Ausmaß an Unterstützung tatsächlich den Fortbestand des demokratischen Systems sichert.<sup>3</sup>

Das Konzept der politischen Unterstützung bietet allerdings einen weiteren Anhaltspunkt für den Test der Theorie: Es legt fest, dass vor allem die von den Leistungen eines Systems unabhängige Unterstützung die Persistenz eines Systems in Zeiten von schlechter Performanz fördert (Fuchs&Rohrschneider 2001: 245). Daher wird vertiefend geprüft, inwiefern ökonomische Performanz einen Einfluss auf die Einstellungen zum System hatte. Im Fokus steht dabei, ob der Zusammenhang zwischen ökonomischer Performanz und politischer Unterstützung sich während der Krise veränderte und wie er sich nach der Restabilisierung der ökonomischen Situation darstellte. Ausgehend von den erweiterten theoretischen Annahmen von Fuchs lassen sich unterschiedliche Wirkungen der Performanzen auf die drei Ebenen des demokratischen Systems erwarten. Während auf der Prozess- und Strukturebene Zusammenhänge zwischen der Bewertung der Performanz und der jeweiligen Unterstützungsform wahrscheinlich sind, dürften sie auf der Kulturebene nicht vorhanden sein (Fuchs 2002: 38f.). Durch die Betrachtung der Beziehungen zur Performanz eines Systems kann die leitende Frage dieser Arbeit nach der Rolle der politischen Unterstützung für die Stabilität des Systems eindeutig geklärt werden: Wenn eine relative Unabhängigkeit der Bindung an demokratische Werte von der Performanz auf dem Höhepunkt der Krise, genauso wie zu den beiden anderen Zeitpunkten fest-

---

<sup>3</sup>Das Problem der Festlegung eines Niveaus wurde vor allem in der Forschung zur demokratischen Konsolidierung diskutiert, die das Ausmaß der Unterstützung der Demokratie als wichtigen Faktor für die Verfestigung des demokratischen Systems betrachtet. Während die meisten Wissenschaftler eine überragende Mehrheit von positiven Meinungen zur Demokratie als notwendig für die Konsolidierung betrachten (u.a. Linz&Stepan 1996; Merkel 2007), gibt es auch Vertreter wie Larry Diamond, die zahlenmäßig genaue Grenzen festlegen und sich dann dem Vorwurf der Willkür oder mangelnden Begründung stellen müssen (Diamond 1999).

gestellt wird, dann kann von einer förderlichen Wirkung der Unterstützung für die Persistenz der argentinischen Demokratie ausgegangen werden.

Das Forschungsziel der vorliegenden Arbeit ist also die Überprüfung des Konzeptes der politischen Unterstützung im Zusammenhang mit der Stabilität eines demokratischen Systems am Beispiel der argentinischen Wirtschaftskrise 2001/2002. Die konkreten Fragestellungen lauten folgendermaßen:

1. **Hat sich die Unterstützung des demokratischen Systems in Argentinien in Folge der Wirtschaftskrise von 2001/02 verändert?**
  - (a) Hat die Unterstützung des demokratischen Systems zum Zeitpunkt der Krise abgenommen?
  - (b) Ist die Unterstützung des demokratischen Systems nach der Wiederherstellung der ökonomischen Stabilität wieder angestiegen?
  
2. **Welchen Einfluss hatte die Bewertung der ökonomischen Performanz auf die Unterstützung des demokratischen Systems vor, während und nach der Wirtschaftskrise von 2001/02?**

Die Arbeit setzt sich aus einem theoretischen, einem historischen und einem empirisch-analytischen Teil zusammen. In dem ersten Teil werden die theoretischen Annahmen vorgestellt und diskutiert. Zunächst wird der Zusammenhang zwischen politischen Einstellungen und der Stabilität eines demokratischen Systems erläutert. Dann wird das Konzept der politischen Unterstützung nach David Easton vorgestellt. Darauf folgen die theoretischen Modifikationen des Konzeptes von Dieter Fuchs, die in ein analytisches Modell münden, das in dieser Arbeit getestet wird.

Im zweiten Teil der Arbeit wird ein knapper Überblick über die ökonomische, soziale und politische Situation in Argentinien für den betrachteten Zeitraum gegeben, wobei entsprechend den drei ausgewählten Zeitpunkten drei Phasen betrachtet werden, nämlich die Vorkrisensituation, der Verlauf der Krise und die Zeit nach der Wiedererlangung der ökonomischen und politischen Stabilität. Während die politische und ökonomische Entwicklung unmittelbar mit dem Untersuchungsziel zusammenhängen, spiegeln die sozialen Entwicklungen oft die Folgen der politischen Entscheidungen wider und können somit zur Erklärung des untersuchten Gegenstandes beitragen. Da außerdem historische Entwicklungen Einstellungen nachhaltig prägen können, werden zusätzlich wichtige Entwicklungen im 20. Jahrhundert dargestellt. Diese Abhandlung dient dazu, die theoretischen Annahmen der Untersuchung in einen geschichtlichen Rahmen einzubetten und die Erklärungen mit realen Ereignissen zu untermalen.

Im dritten Kapitel werden zuerst die zugrundeliegenden Hypothesen dieser Arbeit vorgestellt, die sich sowohl aus dem theoretischen Rahmen, als auch aus den konkreten historischen Begebenheiten ableiten. Darauf werden die Grundlagen der empirischen Untersuchung vorgestellt. Zunächst werden die verwendeten Datensätze präsentiert. Die Untersuchung der politischen Unterstützung stellt den Forscher vor vielfältige Probleme, da sie ein nicht beobachtbares Phänomen darstellt. In der Forschung werden Einstellungen häufig über Umfragedaten gemessen. Auch in der vorliegenden Untersuchung wird auf diese Methode zurückgegriffen und die Erhebung des Latinobarómetro herangezogen. Aus dieser jährlich durchgeführten Studie zu Lateinamerika werden Datensätze von 1997 für die stabile Vorkrisensituation, 2002 als Zeitpunkt der Krise und 2005 für die stabile Nachkrisenlage verwendet. In den Datensätzen wurden für die hier untersuchte Fragestellung entsprechend der theoretischen Annahmen Variablen ausgewählt, die im Kapitel zur Operationalisierung vorgestellt und im Hinblick auf methodische Probleme diskutiert werden.

Schließlich werden die empirischen Ergebnisse präsentiert. Zunächst werden die Niveaus der Unterstützung zu den ausgewählten Zeitpunkten anhand von Verteilungen und mit einer Varianzanalyse verglichen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verständnis der Demokratie von den Argentinern betrachtet. Das kann Aufschluss darüber geben, auf welchen Prinzipien die gemessenen Unterstützungseinstellungen beruhen (Norris 1999a: 11). Im zweiten Test wird dann anhand von multiplen Regressionen der Zusammenhang zwischen ökonomischer Performanz und politischer Unterstützung auf drei Ebenen untersucht. Dabei werden die Ergebnisse für jede Ebene über drei Zeitpunkte hinweg diskutiert. Im Fazit werden dann die einzelnen Ergebnisse der Untersuchung im Hinblick auf die Untersuchungsfragen zusammengeführt und Schlussfolgerungen für die Forschung der politischen Unterstützung gezogen.

## 2 Theoretische Grundlagen

### 2.1 Die Rolle von politischen Einstellungen für die Stabilität von demokratischen Systemen

Die Vorstellung, dass Einstellungen der Bevölkerung von Bedeutung für die Stabilität des politischen Systems sind, lässt sich schon bei Max Weber finden:

„Keine Herrschaft begnügt sich, nach aller Erfahrung, freiwillig mit den nur materiellen oder nur affektuellen oder nur wertrationalen Motiven als Chancen ihres Fortbestandes. Jede sucht vielmehr den Glauben an ihre ‚Legitimität‘ zu erwecken und zu pflegen“ (Weber 1976: 122).

Webers Begriff der Legitimität wird später von Seymour Martin Lipset in dem Aufsatz „The Social Requisites for Democracy“ (1959) aufgegriffen, in dem der Autor einen Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischer Entwicklung und der Herausbildung eines demokratischen Systems aufstellt.<sup>4</sup> Politische Wertorientierungen bilden nach Lipset eine wichtige intervenierende Variable in dieser Beziehung und stellen zugleich einen wichtigen Faktor für die Verfestigung und Aufrechterhaltung der Demokratie dar (Lipset 1959: 69, 83).

Grundsätzlich unterscheidet der Autor zwei Determinanten für die Stabilität eines Systems: die Effektivität und die Legitimität (Lipset 1959: 71). Unter Effektivität versteht Lipset vor allem die aktuelle Performanz des politischen Systems: „the extent to which it satisfies the basic functions of government as defined by the expectations of most members of a society“ (ebd. 1959: 86). Somit bildet Effektivität ab, wie erfolgreich die Regierung die Erwartungen von Bürgern in verschiedenen Bereichen des Lebens erfüllt.<sup>5</sup> Legitimität umfasst dagegen ganz im Sinne Webers die Kapazität eines Systems, den Glauben daran, dass die existierenden Institutionen die besten oder am besten geeigneten für diese Gesellschaft sind, zu erzeugen und aufrecht zu erhalten (Lipset 1959: 86). Dieser Glaube resultiert daraus, dass die eigenen Wertvorstellungen mit den Prinzipien des Systems im Einklang stehen (Lipset 1959: 87).

Zwischen Effektivität und Legitimität besteht nach Lipset ein Zusammenhang: „Prolonged effectiveness which lasts over a number of generations may give legitimacy to a political system; in the modern world, such effectiveness mainly means constant economic development“ (ebd. 1959: 91). Anhaltende Effektivität eines Systems beeinflusst also das Entstehen von Legitimität. Zugleich nimmt Lipset an, dass schon herausgebildete Legitimität einen stabilisierenden Faktor im Falle von Effektivitätskrisen darstellt (Lipset 1959: 86). Implizit deutet sich hier eine reziproke, obgleich zeitlich geordnete Kausalstruktur zwischen Legitimität und Effektivität an: Zunächst wirkt die Effektivität eines jungen Systems auf die Etablierung von Le-

---

<sup>4</sup>Demokratie definiert Lipset folgendermaßen: “democracy (in a complex society) is defined as a political system which supplies regular constitutional opportunities for changing the governing officials” (ebd. 1959: 71).

<sup>5</sup>Zunächst differenziert Lipset zwischen Effektivität und der Effizienz eines Systems, wobei ersteres ein eindeutig politisches Phänomen darstellt und letzteres den Fortschritt im Modernisierungsprozess anzeigt (ebd. 1959: 86). Für die Demokratie lassen sich nach Lipset vor allem eine effiziente Bürokratie und ein funktionsfähiger Entscheidungsfindungsprozess als Effektivitätskriterien identifizieren (ebd.). Später erwähnt Lipset aber konkret die ökonomische Performanz, die zum Modernisierungsprozess gezählt wird, im Zusammenhang mit der Effektivität (ebd. 1959: 91). Um dieser Vieldeutigkeit gerecht zu werden, wird hier jegliche Leistungsfähigkeit des Systems als Effektivität betrachtet.

gitimität, während dann die Legitimität den Systemerhalt sicherstellt, selbst wenn nur mangelhafte Performanz des Systems vorliegt.

Neben Lipset haben Gabriel Almond und Sydney Verba in ihrer berühmten Studie „The Civic Culture“ aus dem Jahr 1963 auf die Relevanz von politischen Einstellungen für die Beschaffenheit und den Fortbestand einer Demokratie hingewiesen. Theoretisch basierte ihr Ansatz auf dem Strukturfunktionalismus von Talcott Parsons, in dem Wertorientierungen und Einstellungen eine eigene Systemebene bilden und in Wechselwirkung zu den Strukturen und anderen Teilbereichen der Gesellschaft eine bestimmte Aufgabe im System erfüllen (Pickel&Pickel 2006: 50; 60f). Für den Bereich der Politik bezeichneten die Autoren diese Ebene als politische Kultur und definierten sie folgendermaßen: „The political culture of a nation is the particular distribution of patterns of orientation toward political objects among the members of the nation“ (Almond&Verba 1963: 14f). Diese Verteilungen von Orientierungen enthalten strukturelle Muster, durch die sie bestimmten Systemtypen zugeordnet werden können. Stimmt die vorhandene politische Kultur mit der Struktur des Systems überein, dann kann das System als stabil gelten. Diese Kongruenz von Kultur und Struktur ist eine grundlegende theoretische Annahme des Konzeptes von Almond und Verba. Demnach kann ein System nur fortbestehen, wenn die politische Kultur im Einklang mit der Struktur bleibt (Almond&Verba 1963: 21f; Pickel&Pickel 2006: 66f).

Der Fokus der Betrachtungen der Civic-Culture-Studie lag wie auch schon bei Lipset auf dem demokratischen System, wodurch der daraus abgeleitete Forschungszweig der politischen Kultur eine normative Ausrichtung erhielt.<sup>6</sup> Die Kongruenz von Kultur und Struktur erscheint gerade für Demokratien von großer Relevanz. Denn in demokratischen Systemen ist jeder einzelne an der Herrschaft beteiligt und kann zu den Entscheidungen im System beitragen (Dalton 2009: 10f.). Deshalb lassen sich für eine demokratische Gesellschaft divergierende Einstellungen erwarten (Almond&Verba 1963: 27f). Diese Differenzen in den Einstellungen stellen nicht zwangsläufig eine Gefahr für den Fortbestand der Demokratie dar. Denn ausschlaggebend für den Systemerhalt ist eine mehrheitliche Übereinstimmung der Einstellungen zu der Struktur und der Funktionsweise des Systems, während die Bewertungen einzelner Politiken durchaus verschieden sein können (Almond&Verba 1963: 30).

Der Zusammenhang zwischen politischen Orientierungen und der Stabilität eines Systems fand auch Eingang in den ‚allgemeinen Analyserahmen des politischen Lebens‘ von David Easton (1965). Ähnlich wie Lipset betont Easton die Bedeutung von

---

<sup>6</sup>Almond und Verba geben keine explizite Definition von Demokratie vor, beschreiben aber den demokratischen Kulturtyp. Die so genannte „civic culture“ zeichnet sich vor allem durch partizipative Einstellungsmuster bei der Mehrheit der Bevölkerung aus (Almond&Verba 1963: 21, 31f).

Legitimität für die Persistenz eines Systems: „no system could endure, at least for very long without the presence of some moderate belief in its legitimacy” (ebd. 1965: 278). Auf die konkreten Annahmen von Easton wird ausführlich im nächsten Kapitel eingegangen, da sein Konzept die Ausgangsbasis für die weiteren theoretischen und analytischen Überlegungen darstellt.

In dem theoretisch-analytischen Konzept von Dieter Fuchs werden die bis jetzt vorgestellten theoretischen Überlegungen zusammengeführt und auf ein demokratisches System ausgerichtet (Fuchs 1989: 5; ebd. 1998: 2; ebd. 2002: 27f.). Im Allgemeinen wird in dieser Arbeit unter Demokratie eine Herrschaftsform verstanden, die gleiche politische Rechte zur Beteiligung an der Entscheidungsfindung sicherstellt, den Zugang zur Herrschaft über freie, faire und kompetitive Wahlen regelt, die Gleichheit vor dem Gesetz garantiert sowie die Kontrolle der Herrschaft gewährleistet (Lauth 2004: 100; ähnlich Fuchs 1998: 13).

Den Wirkungszusammenhang zwischen politischen Einstellungen und der Stabilität eines demokratischen Systems beschreibt Fuchs folgendermaßen: Kulturelle Orientierungen, die sich in dem Prozess der Sozialisation<sup>7</sup> herausbilden, beeinflussen das Handeln der Individuen und das wirkt sich wiederum auf die Strukturen des Systems aus (Fuchs 1998: 3f.; ebd. 2002: 34). Die demokratische Ordnung wird also gefestigt und aufrechterhalten, wenn in der Bevölkerung positive Einstellungen zum System vorherrschen (ebd.). Andererseits: “If a majority of citizens no longer accept their democratic system, they are more likely to participate in revolutionary movements or develop a preference for anti-system parties” (Fuchs 1998: 5). Das aus diesen Annahmen abgeleitete Analysemodell von Fuchs wird in Kapitel 2.3 ausführlich vorgestellt.

In Anlehnung an die vorher vorgestellten theoretischen Annahmen haben später verschiedene Autoren die Bedeutung der politischen Kultur für die Konsolidierung der Demokratie hervorgehoben (u.a. Linz&Stepan 1996; Diamond 1999; Merkel 2007). Konsolidierung der Demokratie lässt sich im Groben als die Verfestigung von demokratischen Strukturen und Verfahren verstehen. Somit kann Konsolidierung als eine Voraussetzung oder Etappe auf dem Weg zur Stabilität eines demokratischen Systems gesehen werden. Juan Linz und Alfred Stepan haben als eine der ersten Autoren die Verankerung von politischen Wertorientierungen gleichrangig mit der Verfestigung von konstitutionellen Strukturen und demokratischen Verhaltensmustern in ihr Konzept der Konsolidierung integriert:

---

<sup>7</sup>Unter Sozialisation kann dabei der Prozess des Heranreifens eines Menschen verstanden werden, in dem politische Einstellungen und Werte geformt werden, wobei bestimmte Einrichtungen wie Schule oder Medien und einzelne Gruppen wie Familie oder Freunde diese Entwicklung beeinflussen (Almond&Powell 1978: 79).

„Attitudinally, democracy becomes the only game in town when, even in the face of severe political and economic crises, the overwhelming majority of the people believe that any further political change must emerge from within the parameters of democratic formulas“ (Linz&Stepan 1996: 5).

Ähnlich betont Wolfgang Merkel in seinem Vier-Ebenen-Modell der Konsolidierung die „Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als sozio-kulturellem Unterbau der Demokratie“ (Merkel 2007: 417). Das Vorhandensein einer demokratie-stützenden Massenkultur macht das System widerstandsfähig gegenüber Krisen ökonomischer oder politischer Art (Merkel 2007: 417). Diese Annahmen werden in der vorliegenden Arbeit untersucht.<sup>8</sup> Im nächsten Kapitel wird das Konzept der politischen Unterstützung nach Easton vorgestellt, das die theoretische Grundlage der Untersuchung bildet.

## 2.2 Das Konzept der politischen Unterstützung von David Easton

### 2.2.1 Politische Unterstützung als Teil des politischen Prozesses

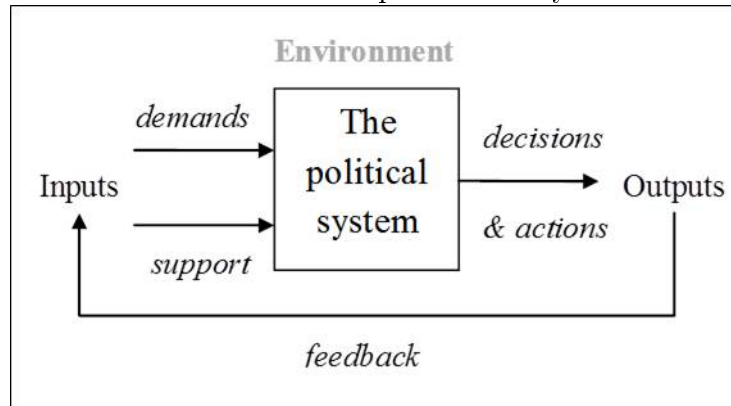
Die grundsätzliche Frage, mit der sich David Easton in seinem Werk „A System Analysis of Political Life“ beschäftigte, lautet: „How do any and all political systems manage to persist in a world of both stability and change?“ (ebd. 1965: 17). Konkret konzentriert sich seine theoretische Betrachtung auf die Prozesse und fundamentalen Funktionen eines politischen Systems sowie auf die Maßnahmen, mit denen Systeme ihr Überleben sichern (ebd.). Mit der Darstellung des politischen Lebens als System in einem Gefüge von Teilsystemen der Gesellschaft schloss Easton wie auch schon Almond und Verba an die Systemtheorie von Talcott Parsons an (Thiery 2009: 203).

Eastons Analyserahmen des politischen System bezieht sich nicht auf einen bestimmten Systemtyp, sondern soll universal anwendbar sein. Das politische System wird dann in Abgrenzung zu seiner Umwelt als “those interactions through which values are authoritatively allocated for a society” (Easton 1965: 21) definiert. Es ist als fortlaufender Prozess organisiert, in dem aus der Umwelt eingehende Inputs und hinaustretende Outputs durch eine Rückkopplungs-Schleife miteinander verbunden

---

<sup>8</sup>Dabei wird eine noch junge Demokratie betrachtet, die im Laufe des 20. Jahrhunderts einem ständigen Wechsel zwischen autoritären und demokratischen Regimen in Folge von verschiedenen Krisen ausgesetzt war. Auch wenn das Konzept der Konsolidierung nicht explizit auf den vorliegenden Fall angewendet wird, können die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, wie gefestigt die Einstellungen der Argentinier gegenüber ihrem System sind und einen Hinweis auf den Fortschritt bei der Konsolidierung der Demokratie geben.

Abbildung 1: Vereinfachtes Modell des politischen Systems nach David Easton



Quelle: Easton 1965: 32; eigene Darstellung

sind (Easton 1965: 29; siehe Abbildung 1).<sup>9</sup> Unter Inputs fasst Easton verschiedene Einwirkungen aus anderen Systemen auf das politische System zusammen und unterscheidet dabei zwei analytisch trennbare Arten: Forderungen (*demands*) und Unterstützung (*support*) (ebd. 1965: 27). Outputs bezeichnen die „effects that are transmitted across the boundary of a system toward some other system“ (Easton 1965: 26). Sie stellen Auswirkungen des Handelns der Herrschaftsträger, im Idealfall als Antworten auf Inputs oder auf sich ändernden Bedingungen der Umwelt, dar (Easton 1965: 27f.). Eine besondere Rolle spielt in diesem Prozess die Rückkopplung (*feedback*), die Outputs und Inputs miteinander verbindet. Das im Schaubild als Schleife eingezeichnetes Feedback verkörpert vor allem den Austausch von Informationen zwischen System und Umwelt.

In dem kontinuierlichen Fluss von politischen Verhalten erfüllt der Input der Unterstützung eine besondere Funktion: „Persistence of a system as a means for converting wants to binding decisions will depend in part, therefore, upon the capacity of the system to stimulate enough support so as to maintain some kind of viable regime“ (Easton 1965: 211). Denn die Unterstützung des politischen Systems ermöglicht einen reibungslosen Ablauf der politischen Prozesse, weil die Strukturen und Verfahren der Entscheidungsfindung anerkannt und die getroffenen Entscheidungen akzeptiert werden (Easton 1965: 220f., 230f.) Damit bildet politische Unterstützung eine wichtige Basis für das Funktionieren eines Systems.

<sup>9</sup>Im Groben unterscheidet Easton zwischen der intra-sozialen und extra-sozialen Umwelt. Die intra-soziale Sphäre umfasst andere Bereiche innerhalb einer Gesellschaft, die ähnlich dem politischen System als „set of behavior, attitudes and ideas“ (Easton 1965: 21f.) definiert werden. Beispiele für andere Teile des gesamten gesellschaftlichen Systems sind die Ökonomie, Kultur oder auch die Sozialstruktur (ebd.). Als extra-soziale Umwelt betrachtet Easton das internationale System und andere Gesellschaften (Easton 1965: 22f.).

Unterstützung wird von Easton ganz allgemein folgendermaßen definiert: “support refers to the way in which a person evaluatively orients himself to some object through either his attitudes or his behavior” (ebd. 1975: 436). Diese evaluative Orientierung kann in latenter (covert) oder offener (overt) Form auftreten (ebd. 1965: 159). Latente Unterstützung bezeichnet die positiven Einstellungen oder Gefühle gegenüber einem Objekt, während die offene sich in konkreten befürwortenden Handlungen äußert (ebd.). Beispiele für die offene Unterstützung sind Mitgliedschaften in bestimmten Organisationen, Teilnahme an Demonstrationen und Wahlen, oder auch Gesetzestreue (ebd.). Latente Unterstützung spiegelt die grundsätzlichen Einstellungen zum System und seinen Bestandteilen wider. In dieser Arbeit wird die latente Art von Unterstützung untersucht, so dass die weiteren Ausführungen sich darauf beziehen.

Im Zentrum der weiteren Betrachtungen steht also die politische Unterstützung als Input des politischen Systems. Diese steht aber immer in Beziehung zu anderen Teilen des Systems. Über das Feedback entsteht eine direkte Verbindung von Outputs zu Inputs: „This response consists of a flow of outputs which, through their consequences, feed back into the system and may thereby add to (or subtract from) the level of support“ (Easton 1965: 343). Wenn Outputs keine adäquate Reaktion auf die Gegebenheiten der Umwelt bzw. auf die Forderungen der Gesellschaft bieten, wird Stress im System ausgelöst (Easton 1965: 230f.). Politische Unterstützung kann in einer solchen Situation als Schutzmechanismus des Systems auftreten. Easton zufolge können Gesellschaftsmitglieder durch die positive Orientierung zu ihrem politischen System ihre Forderungen teilweise zurücknehmen, Geduld bei der Problemlösung beweisen und gewisse Einbußen in Erwartung besserer Zeiten akzeptieren (Easton 1965: 269ff.).

Allerdings lässt sich diese positive Unterstützung nicht dauerhaft aufrechterhalten, wenn das System über längere Zeit keine zufriedenstellenden Outputs produziert (Easton 1965: 347; 363). Ebenso können gravierende kurzfristige Ereignisse sich auf die Unterstützung auswirken (Easton 1975: 445). Outputfehler können also eine Abnahme der Unterstützung für das System auslösen und damit seine Persistenz gefährden. Inwiefern die Wahrnehmung bzw. Bewertung von Outputs sich auf die politische Unterstützung auswirkt, ist eine der Fragestellungen dieser Arbeit, weshalb dieser Zusammenhang später nochmals aufgegriffen wird. Zunächst werden aber in den folgenden Kapiteln die unterschiedlichen Objekte und Arten der politischen Unterstützung vorgestellt.

### 2.2.2 Die Objekte der politischen Unterstützung

Der Input an Unterstützung lässt sich auf drei Objekte des politischen Systems beziehen: die politische Gemeinschaft, das politische Regime und die politischen Herrschaftsträger (Easton 1965: 157). Die politische Gemeinschaft definiert Easton als eine Gruppe von Personen, die durch die Teilhabe an bestimmten politischen Strukturen und Prozessen zusammengehalten werden (ebd. 1965: 177).<sup>10</sup> Die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft wird also durch den politischen Arbeitsteilungsprozess bestimmt (ebd.). Die positive Orientierung zur politischen Gemeinschaft bezeichnet Easton als „sense of community“ (ebd. 1965: 184). Dieser Gemeinschaftssinn ist affektiver Art und kann als Solidarität mit den Menschen, die in den gleichen politischen Prozess eingebunden sind, ausgelegt werden (Easton 1965b: 184f.). Eine solche Verbundenheit entwickelt sich mit der Zeit aufgrund gemeinsamer Ziele oder auch unter Zwang (Easton 1965: 185ff.).<sup>11</sup> Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft bildet dann einen wichtigen Rückhalt der Gesellschaft: „Authorities typically come and go, regimes or constitutional orders may change. In both cases the community may remain quite stable“ (Easton 1965: 179). Umgekehrt können divergierende Einstellungen zur politischen Gemeinschaft eine Veränderung der Struktur bzw. des Regimes auslösen, wenn zum Beispiel ein Teil der Gemeinschaft nach der Unabhängigkeit strebt (Easton 1965: 172, 321).

Eine weitere zentrale Position in dem Konzept der politischen Unterstützung nimmt das politische Regime ein. Das Regime erfüllt eine Organisationsfunktion und besteht aus allgemein verbindlichen Regeln und Strukturen, die es einer Gemeinschaft ermöglichen, ihre konkurrierenden Forderungen und Interessen zu ordnen und auf ein gemeinsames Ziel auszurichten (Easton 1965: 191). Im Detail fasst Easton unter den Begriff des Regimes Folgendes:

„The regime represents relatively stable expectations, depending on the system and its state of change, with regard to the range of matters that can be handled politically, the rules or norms governing the way these matters are processed, and the position of those through whom binding action may be taken on these matters“ (Easton 1965: 192).

<sup>10</sup>Demnach stellt Gemeinschaft ein politisches Phänomen dar, worauf Easton besonders Wert legte. Denn er beabsichtigte mit dieser Definition, sich von einem soziologischen Verständnis einer Gemeinschaft als kulturelle Integration von Menschen mit gemeinsamen Symbolen und Traditionen zu lösen und sein Konzept auf alle Arten von Gemeinschaften, auch mit verschiedenen Kulturen oder Ethnizitäten, anwendbar zu machen (Easton 1965: 177f.; 184f.).

<sup>11</sup>Es wird bei Easton nicht deutlich, ob der Gemeinschaftssinn schon die Unterstützung dieses Objektes präsentiert oder ob es sich nur um eine Vorstufe zur Unterstützung handelt (ebd. 1965: 183ff.; 325; siehe auch Kritik bei Fuchs 2006: 351f.; Westle 1989: 55). Einerseits sieht Easton in dem Gemeinschaftssinn ein Maß für die Unterstützung, andererseits definiert er später die Legitimität der Gemeinschaft als diffuse Form von Unterstützung (Easton 1965: 177; 320-340).

Damit besteht das Regime aus drei Teilen, nämlich aus Werten, Normen und Strukturen und reicht über eine geschriebene Verfassung hinaus, da es auch nicht ausformulierte Bestimmungen beinhaltet (Easton 1965: 193). Dabei zeichnet sich eine hierarchische Ordnung der einzelnen Bestandteile ab, in der die Werte als grundlegende Elemente an oberster Stelle stehen (Westle 1989: 55f.). Werte stellen Prinzipien und Ziele einer Gesellschaft dar, die auf einem Konsens der Gesellschaftsmitglieder beruhen und als weit gefasste Grenzen für alle politischen Handlungen gelten (Easton 1965: 198). Aus Werten leiten sich dann formal festgelegte wie informelle Normen des Regimes ab.<sup>12</sup> Die Normen repräsentieren konkrete Regeln eines Regimes, die den Prozess des Aushandelns von Forderungen und des Implementierens von Entscheidungen regulieren (ebd.). In Eastons Worten stellen sie die „rules of the game“ (Easton 1965: 198) dar. Und schließlich beinhaltet das Regime Autoritätsstrukturen, die sich aus Rollen und ihren Beziehungen zueinander zusammensetzen und dadurch ein geordnetes Muster der Machtverteilung entstehen lassen (Easton 1965: 198, 205f.). Dieses Set von Rollen zur Arbeitsteilung in einem System muss von den Rolleninhabern als Personen, für die Easton die Objektebene der politischen Autoritäten reserviert, unterschieden werden. Wichtig ist anzumerken, dass die Rollenstruktur als Ganzes, d.h. als Regierungssystem, ebenso Objekt der Unterstützung sein kann (Easton 1965: 209f.).

Als drittes Objekt der Unterstützung beschreibt Easton die politischen Autoritäten oder Herrschaftsträger. Diese müssen folgende Definitionskriterien erfüllen: So müssen Autoritäten in die täglichen Geschäfte des politischen Systems involviert sein, von den meisten Mitgliedern als Verantwortliche für diese Belange angesehen werden und ihre Handlungen müssen die meiste Zeit als verbindlich akzeptiert werden (Easton 1965: 212). Dazu können nicht nur die für Entscheidungen verantwortlichen Regierungsmitglieder, sondern auch ausführende Beamte gezählt werden (Easton 1965: 213; ebd. 1975: 438). Später ergänzte Easton die Autoritäten um die von ihnen besetzten Institutionen: „Authorities include, of course, all public officials from chief executives, legislators, judges and administrators down to local city clerks and policemen, as well as the institutions, such as legislatures or courts, of which they are part“ (Easton 1975: 438f.). Hier deutet sich ein Problem bei der Trennung zwischen der Dimension des Regimes und der Autoritäten an, da Institutionen auch als strukturelle Bestandteile des Regimes betrachtet werden können.

---

<sup>12</sup>Diese Normen können gesetzlich festgeschrieben sein oder auch auf Gewohnheit beruhen (Easton 1965: 201ff.). Der Unterschied beider liegt in der Möglichkeit von Sanktionen im Falle eines Verstoßes der gesetzlichen Regeln, die in den Gewohnheitsregeln nur eingeschränkt vorhanden ist (Easton 1965: 203).

Die Persistenz eines Systems hängt entscheidend von der Aufrechterhaltung der Unterstützung für jedes der drei Objekte ab (Easton 1965b: 220). Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft stellt einen Grundkonsens der Gesellschaft sicher und ist damit eine wichtige Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaftsmitglieder (Easton 1965: 157; 172). Die Zustimmung zum Regime bedeutet eine Anerkennung der allgemeinen Spielregeln und Abläufe im politischen System und ermöglicht ein reibungsloses Funktionieren des politischen Prozesses (Easton 1965: 191). Die befürwortende Haltung gegenüber den Autoritäten stellt schließlich sicher, dass von ihnen getroffene Entscheidungen umgesetzt und akzeptiert werden (Easton 1965: 216). An diesen unterschiedlichen Bedeutungen für das System wird eine Rangfolge der Wichtigkeit der Objekte für die Persistenz des Systems deutlich: Die Unterstützung der Gemeinschaft ist essentiell für das Überleben eines Systems, die Unterstützung des Regimes sichert das Weiterbestehen eines bestimmten Systemtyps und die Unterstützung der Autoritäten ist vor allem für die Machtinhaber relevant (Easton 1965: 172, 320ff.). Diese Hierarchie spiegelt sich teilweise in den unterschiedlichen Unterstützungsarten wider, auf die im nächsten Kapitel genauer eingegangen wird.

### **2.2.3 Die Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung**

Neben den Objekten unterscheidet Easton zwei Arten von Unterstützung: die diffuse und die spezifische. Während die diffuse Unterstützung eine Grundhaltung zu den Objekten des Systems ausdrückt, leitet sich spezifische Unterstützung aus der Zufriedenheit mit den Outputs ab (Easton 1975: 437f.). Spezifische Unterstützung ist deswegen von kurzlebiger Natur und häufigen Schwankungen unterlegen. Außerdem tritt diese Unterstützungsart nur bei einem politischen Objekt in Erscheinung, nämlich den Autoritäten (Easton 1975: 437). Diffuse Unterstützung repräsentiert hingegen eine dauerhafte, tief verwurzelte Orientierung, die mit allen Objektebenen in Verbindung gebracht werden kann (ebd.). Dauerhaftigkeit, Objektgebundenheit und Leistungsorientierung können daher als Unterscheidungsmerkmale der beiden Arten identifiziert werden (Westle 1989: 60-64).

Im Detail beschreibt Easton spezifische Unterstützung folgendermaßen: “specific support flows from the favorable attitudes and predisposition stimulated by outputs that are perceived by members to meet their demands as they arise or in anticipation” (Easton 1965b: 273). Sie verkörpert eine Anerkennung der Leistungen und eine Zufriedenheit darüber, dass Forderungen erfüllt werden und Entscheidungen im Sinne der Interessen des Einzelnen oder der Gemeinschaft getroffen werden (Eas-

ton 1965: 268; ebd. 1975: 437f.). Deshalb ist diese Unterstützungsart eng mit den Autoritäten verbunden, die im politischen System gerade die Aufgaben der Entscheidungsfindung übernehmen. Dabei wird unterstellt, dass Autoritäten eine direkte Verantwortung für die Outputs tragen und das auch so von den Gesellschaftsmitgliedern wahrgenommen wird (Easton 1965b: 350f.; ebd. 1975: 437f.). Die Bewertung der Entscheidungen und Handlungen der Autoritäten bildet die Grundlage für die spezifische Unterstützung. Später dehnt Easton die Definition der spezifischen Unterstützung auf das Verhalten oder allgemeine Charakteristika der Autoritäten aus (Easton 1975: 438f.).

Diffuse Unterstützung ist hingegen weitestgehend unabhängig von den Outputs und lässt sich Easton zufolge als „strong bonds of loyalty to the objects of a system as ends in themselves“ (ebd. 1965: 273) beschreiben. Gerade diese Loyalitätsbekundung sorgt dafür, dass die Mitglieder der Gesellschaft auch in Krisenzeiten oder im Falle von widersprüchlichen Interessen ihrem System treu bleiben (Easton 1965: 273f.). Diffuse Unterstützung ist nicht abhängig von einem bestimmten Nutzen, sondern existiert um des von ihr repräsentierten Objektes willen (Easton 1965: 274). Easton unterscheidet bei der diffusen Unterstützung zwischen Vertrauen und Legitimität.

Legitimität kann als eine positiv konnotierte Einstellung ausgelegt werden, die auf der Übereinstimmung der eigenen moralischen Prinzipien und Überzeugungen mit den Werten und grundsätzlichen Bestimmungen, die von den politischen Objekten repräsentiert werden, beruht (Easton 1965: 278).<sup>13</sup> Vertrauen, das Easton in einem späteren Aufsatz als Unterstützungsart differenziert, kann nur gegenüber Autoritäten oder dem Regime auftreten und äußert sich als symbolische Zufriedenheit mit der Funktionsweise des Systems und der Repräsentation der Interessen durch die Autoritäten (ebd. 1975: 447-450). Es ermöglicht ein Regieren ohne dauerhafte Repression und Zwangsausübung (Easton 1975: 448). Hier zeigt sich, dass diffuse Unterstützung in Form von Vertrauen einen direkten Bezug zum politischen Prozess hat. Dadurch ist Vertrauen nicht einfach eine abstrakte intrinsische Überzeugung, sondern aus den Erfahrungen gefolgerte Bewertung der politischen Objekte (Easton 1975: 448; Westle 1989: 70f.). Easton spricht in diesem Fall von generalisierter Erfahrung mit den Outputs. Dabei wird ein Zusammenhang zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung evident, auf den noch später eingegangen wird.

In bestehenden Systemen werden Legitimität und Vertrauen von Individuen im Prozess des Erwachsenwerdens ‚sozialisiert‘ (Easton 1965: 280; ebd. 1975: 448). Da-

---

<sup>13</sup>Die diffuse Unterstützung der Gemeinschaft stellt eine Sonderform dar und kann als Identifikation mit der Gemeinschaft verstanden werden (Easton 1975: 447; auch Fuchs 1989: 28f.; Westle 1989: 66, 82). Auf das Problem der Definition der Gemeinschaft und ihrer Unterstützung wird in der Kritik des Konzeptes ausführlicher eingegangen.

bei können sie unterschiedlichen Quellen entspringen. Easton zufolge beeinflussen vor allem Ideologien<sup>14</sup>, politische Strukturen und Personen die Entstehung diffuser Unterstützung (Easton 1965: 287f.). Beim ideologischen Ursprung wirken moralische Prinzipien und Werte auf die Herausbildung bestimmter Einstellungen zum System und seinen Objekten (Easton 1965: 289-297). Strukturell lässt sich Unterstützung aus der Überzeugung herleiten, dass das System mit seinen Normen und Strukturen das für die Gesellschaft am besten geeignete ist (Easton 1965: 298-301). Und schließlich kann insbesondere in neu entstandenen Systemen die charismatische Wirkung bestimmter Führungspersonen diffuse Unterstützung für das System erzeugen (Easton 1965: 302-307). Darüber hinaus kann diffuse Unterstützung ihren Ursprung in bestimmten ‚Gemeininteressen‘ haben (Easton 1965: 311). Diese Gemeininteressen sind Easton zufolge bestimmte an das Allgemeinwohl gerichtete Ziele, für die die meisten Gesellschaftsmitglieder bereit sind, ihre egoistischen Partikularinteressen zurückzustellen (ebd. 1965: 312f.).

Grundsätzlich grenzt Easton diffuse Unterstützung von der spezifischen Art gerade dadurch ab, dass die Objekte einen Wert an sich genießen und nicht von Leistungen abhängen (ebd. 1975: 446). Daraus leitet sich die größere Bedeutung der diffusen Unterstützung für die Stabilität eines politischen Systems ab. Allerdings können auch Legitimität und Vertrauen in bestimmten Momenten erodieren. Denn die in der Sozialisation herausgebildeten Werte, Überzeugungen und Präferenzen werden im Verlauf des Lebens einem Test an der Realität unterzogen: “on the basis of their own experiences, members may also adjudge the worth of supporting these objects for their own sake” (Easton 1975: 446). Die Erfahrung mit dem System kann eine Stärkung der diffusen Unterstützung bedeuten, wenn die Erwartungen der Systemmitglieder erfüllt werden (Easton 1965: 294). Auf der anderen Seite kann lang andauernde oder schwerwiegende Enttäuschung mit den Outputs das Ausmaß der diffusen Unterstützung verringern (Easton 1975: 445). Es kann hier also festgehalten werden, dass auch diffuse Unterstützung auf lange Sicht von Outputs abhängt, allerdings nicht von einzelnen Politikergebnissen, sondern von der generellen Performanz eines Systems (Easton 1965b: 273f.; ebd. 1975: 446). Insbesondere in dem Konzept des Vertrauens lässt sich diese Beziehung der diffusen Unterstützung zur generalisierten Performanz integrieren. Vertrauen gegenüber einem Objekt kann deswegen als eine Zwischenstufe von der spezifischen zur diffusen Unterstützung verstanden werden.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup>Ideologie definiert Easton als „ethical principles that justify the way power is organized, used, and limited and that define the broad responsibilities expected of the participants in the particular political relationships“ (ebd. 1965: 292).

<sup>15</sup>Es lässt sich vermuten, dass Easton Vertrauen als zusätzliche Form der diffusen Unterstützung einbaut, um gerade den Einfluss von Erfahrungen mit dem System auch in die diffuse Unterstützung

Außerdem legt Easton fest, dass zwischen den einzelnen Unterstützungsarten Wechselbeziehungen bestehen: “each kind of support will spill over to the other and influence it” (Easton 1965b: 343). Weiterhin deutet Easton an, dass zwischen den Objekten Wechselwirkungen auftreten können: So kann die Unterstützung der Struktur des Systems sich positiv auf die Akzeptanz der Autoritäten bzw. ihres Verhaltens auswirken und umgekehrt färbt die Zuneigung zu einer bestimmten Führungsperson auf die Unterstützung des von dieser vertretenen Regimes ab (Easton 1965: 287f.). Diese Annahmen wurden später von verschiedenen Autoren aufgegriffen und konkretisiert. So hat zum Beispiel Dieter Fuchs daraus ein analytisches Modell der politischen Unterstützung konstruiert, was nach einer kritischen Betrachtung von Eastons Annahmen, die im nächsten Abschnitt folgt, in dem Abschnitt 2.3 ausführlich erörtert wird.

#### **2.2.4 Kritik am theoretischen Konzept**

Insgesamt wird von Easton ein nützlicher Analyserahmen für politische Systeme vorgestellt. Dieser ermöglicht es, „jeweils konkrete politische Erscheinungsformen ihren wesentlichen Funktionen nach zu bestimmen und ihre Wirkungen und Bedingtheiten im Gesamtzusammenhang aufzuzeigen“ (Berg-Schlosser 2003: 64). Dies gilt insbesondere für das Teilkonzept der politischen Unterstützung, das in dieser Arbeit im Mittelpunkt steht. Das Konzept bietet einen fruchtbaren Ansatz für die Analyse von politischen Orientierungen im Zusammenhang mit dem politischen Prozess und der Erhaltung des politischen Systems (Westle 1989: 49). Allerdings lassen sich auch einige Schwächen in dem Konzept finden.

Zunächst beinhaltet die Definition der politischen Gemeinschaft einige Widersprüchlichkeiten. Die Gemeinschaft stellt das beständigste der drei Objekte dar, das den Zusammenhalt und die Kooperation der Gesellschaftsmitglieder sicherstellt, insbesondere wenn das Regime und die Autoritäten in eine Krise geraten oder sich in einem Wandel befinden (Easton 1965: 179; 320ff.). Dadurch wird deutlich, dass die politische Gemeinschaft eine übergeordnete Rolle für das System einnimmt, die sich auf alle Teilbereiche innerhalb einer Gesellschaft ausdehnt. Deswegen lässt sich bestreiten, ob das Konzept der Gemeinschaft ausschließlich dem politischen System zuzurechnen ist. Vielmehr kann es als eine Voraussetzung für das politische System gesehen werden und lässt sich mit der Idee von einer Nation oder eines Staatsvolkes vergleichen (Westle 2009: 46). Darüber hinaus bleibt die Abgrenzung des Objektes Gemeinschaft zur eigentlich interessierenden Unterstützungseinstellung unklar (Fuchs 2006: 351f.; Westle 1989: 55, 66). Als Formen der Unterstützung kommen

---

zu integrieren.

dabei sowohl der Gemeinschaftssinn, als auch die Legitimität der Gemeinschaft bzw. die Identifikation mit dieser in Frage (Easton 1965: 184f., 320ff.). Dadurch mangelt es dem Konzept der Gemeinschaft an Präzision und Trennschärfe.

Weiterhin lässt sich in der Definition des Regimes eine konzeptionelle Überfrachtung bemängeln. Durch seine Dreiteilung in Werte, Normen und Strukturen bietet das Regime eine Sammelvariable für verschiedene Aspekte der politischen Ordnung, die durchaus unterschiedliche Einstellungen hervorrufen können. Insbesondere kann eine Trennlinie zwischen den Werten als allgemeinen Bestimmungen und den Normen und Strukturen als konkreten Ausgestaltungen des politischen Lebens gezogen werden. Es ist zum Beispiel vorstellbar, dass in bestimmten Systemen die Mehrheit der Gesellschaft eine gleiche Wertebasis hat, aber sich eine unterschiedliche Implementation dieser Werte in den Strukturen vorstellt (Jacobs 2006: 109; Fuchs 2002: 39). Die Bedeutung der Werte geht bei Easton durch die Integration in das Regime als grobe Handlungsvorgaben unter (Fuchs 2006: 352).

Ein weiteres Problem tritt bei der Differenzierung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung auf. Zunächst lässt sich bemängeln, dass sowohl spezifische, als auch diffuse Unterstützung mehrere Dimensionen gleichzeitig erfassen. So äußert sich spezifische Unterstützung in der Bewertung konkreter Outputs, des Verhaltens der Autoritäten oder ihrer persönlichen Eigenschaften. Diffuse Unterstützung hat entweder eine ideelle Basis oder leitet sich aus der substanziellen Beschaffenheit des Objektes ab, kann auch auf einer Gemeinwohlorientierung basieren und schließlich auf generalisierten Erfahrungen mit den Objekten beruhen. Es lassen sich verschiedene Berührungspunkte der beiden Unterstützungsarten aufzählen, so dass eine klare Grenzziehung schwierig erscheint. Der einzige Unterschied besteht in der Dauerhaftigkeit und Objektgebundenheit, da spezifische Unterstützung sich auf aktuelle Ereignisse in Verbindung mit den Autoritäten bezieht und diffuse die generelle Einstellung zu allen Objekten anspricht (Westle 1989: 59-64).

Allerdings stoßen auch diese Kriterien auf Widerspruch: So bildet das Verhalten von Autoritäten als Basis für spezifische Unterstützung eher eine andauernde Erfahrung mit den Herrschaftsträgern ab und lässt sich dadurch mit dem Vertrauen in Verbindung bringen (Westle 1989: 85). Dieses Vertrauen ließe sich zugleich nicht nur auf einzelne Autoritäten beziehen, sondern auf ihre politischen Rollen und die gesamte Struktur übertragen. Das Kriterium der Leistungsbewertung lässt sich daher auch auf die Funktionsweise der Strukturen anwenden, so dass eine quasi-spezifische Einstellung zum Regime bestehen kann. Das Konzept der spezifischen Unterstützung kann also auch auf andere Objekte angewendet werden und beschränkt sich nicht nur auf kurzfristige Bewertungen (Westle 1989: 79).

Außerdem zeigt sich, dass diffuse Unterstützung nicht vollständig von der Performanz bzw. Outputbewertung getrennt werden kann (Fuchs 1998: 6). Denn diffuse Unterstützung kann auch über generalisierte Erfahrungen mit den Objekten bzw. durch generalisierte Leistungsbewertung entstehen. Die zwei Unterstützungsarten bilden bei Easton ein Kontinuum, das zwar theoretisch und erfahrungsgemäß nachvollziehbar erscheint, aber keine klaren analytischen Kategorien anbietet. Insgesamt lässt sich feststellen, dass es Eastons Konzept teilweise an Präzision bei der Unterscheidung der Objekte und Differenzierung der Unterstützungsarten mangelt. Nichtsdestotrotz lieferten Eastons Annahmen eine gute Vorlage für die Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Einstellungen für das politische System. Zugleich konnten Eastons Überlegungen erweitert und präzisiert werden. Im nächsten Kapitel wird eine besonders ergiebige theoretisch-analytische Erweiterung von Dieter Fuchs vorgestellt.

## **2.3 Analytisches Schema der politischen Unterstützung von Dieter Fuchs**

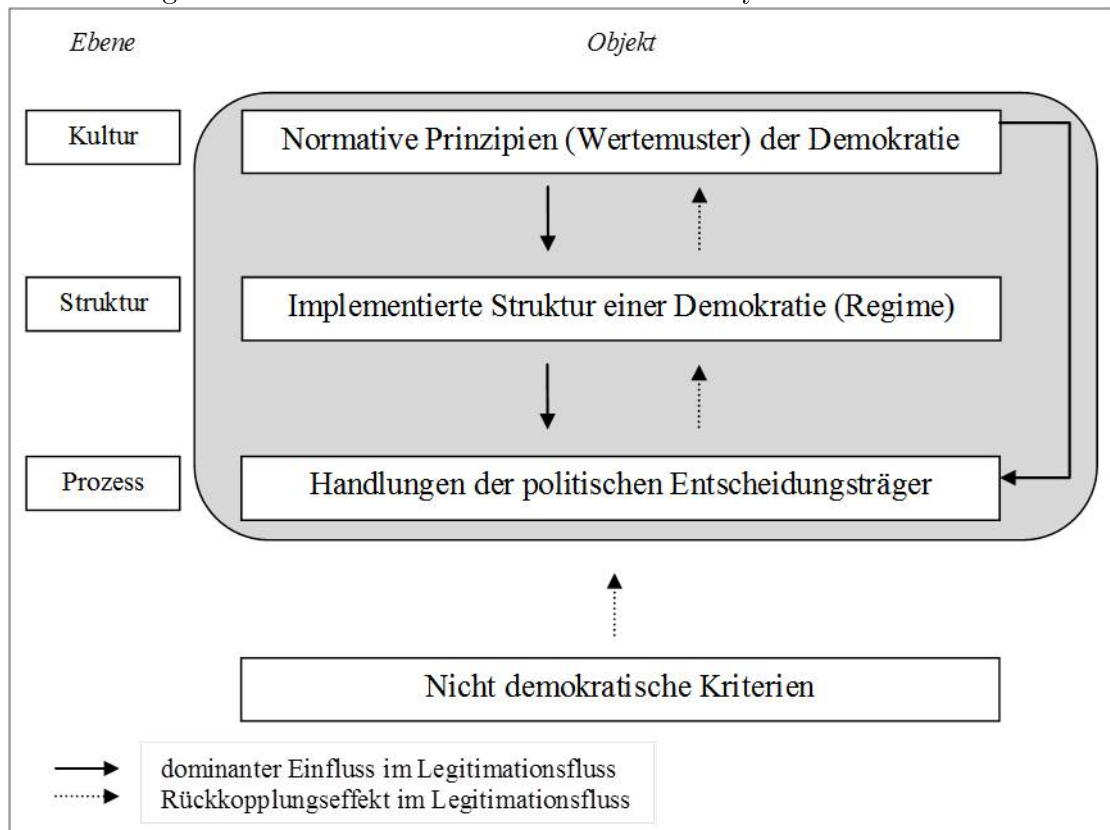
### **2.3.1 Das Ebenenmodell eines demokratischen Systems**

Aufbauend auf dem Konzept von Easton und den Forschungen zur politischen Kultur von Almond und Verba entwickelt Dieter Fuchs ein „analytisches Schema politischer Unterstützung“ (ebd. 1998: 21-32; 2002: 35-40). Dabei modifiziert der Autor die Objekte und Arten der Unterstützung aus Eastons Überlegungen, definiert Kausalbeziehungen zwischen den verschiedenen Unterstützungsformen und integriert Determinanten der Unterstützung in ein Analysemodell. Außerdem schränkt der Autor die Betrachtung der Unterstützung auf demokratische Systeme ein, wodurch der Informationsgehalt der theoretischen Annahmen gesteigert wird. Diese Änderungen werden im Folgenden vorgestellt, wobei in diesem Kapitel die Objekte im Zentrum der Betrachtung stehen.

In seinem Konzept der Unterstützung eines demokratischen Systems überträgt Fuchs die Unterstützungsobjekte von Easton auf drei Ebenen eines demokratischen Systems, die er aus den theoretischen Überlegungen von Talcott Parsons und Niklas Luhmann ableitet (Fuchs 1998: 3f.; ebd. 2002: 35f.). Diese stellen die Ebenen der Kultur, der Struktur und des Prozesses dar. Fuchs trennt analytisch zwischen der ideellen Basis auf der Kulturebene und den Konstruktionselementen der Struktur eines Systems, die bei Easton in dem Konzept des Regimes zusammengefasst sind. Werte werden dann als „Konzeptionen des wünschenswerten Typs eines politischen Regimes“ (Fuchs 2002: 35) von dem Regime abgetrennt und in die Ebene der Kul-

tur eingeordnet. Die Struktur gibt den institutionellen Rahmen des Systems vor, während auf der Kulturebene Überzeugungen und Einstellungen zum System sich widerfinden (Fuchs 1989: 25).

Abbildung 2: Ebenenmodell eines demokratischen Systems nach Dieter Fuchs



Quelle: Fuchs 1996: 258 und ebd. 2002: 36f.; eigene Darstellung

Das Regime verkörpert dann nur noch den formell-institutionellen Rahmen, häufig in Form einer Verfassung vorliegend, und die daraus ableitbaren Normen (Fuchs 2002: 37). Diese Normen und Regeln der Verfassung lassen bestimmte Erwartungen an das Verhalten im politischen System entstehen (Fuchs 2002: 36). Dadurch wird der politische Prozess als dritte Ebene des demokratischen Systems modelliert. In Abgrenzung zur Struktur besteht der politische Prozess aus den Handlungen der politischen Akteure in den von dem Regime vorgegebenen Rollen (ebd.). In diese Ebene gliedert Fuchs deswegen die von Easton definierten Autoritäten ein, wobei er sie als Entscheidungsträger bezeichnet (Fuchs 2002: 36f.). Sie erfüllen die in der Struktur vorgegebenen Funktionen und von der Gesellschaft definierte Aufgaben.

Die Ebenen des politischen Systems stehen Fuchs zufolge in einer hierarchischen Ordnung, die den „Legitimationsfluß von oben nach unten“ (Fuchs 1996: 260; siehe Abbildung 2) widerspiegelt. Das Verhalten im politischen Prozess wird sozusagen

gen stufenweise legitimiert: Die Kulturebene nimmt eine zentrale Position über der Struktur und dem Prozess ein und determiniert die beiden Ebenen (ebd. 2002: 35f.). Strukturen eines Systems leiten sich idealerweise aus den politischen Wertvorstellungen der Mitglieder ab und gestalten gleichzeitig die Interaktionsmöglichkeiten im politischen Prozess (ebd.). Auf der Ebene des Prozesses wird das politische Geschehen und die Dynamik des Systems abgebildet. Neben den Bestimmungen der Struktur wirken auch kulturelle Werte direkt auf den Prozess, da in den Strukturen möglicherweise nicht alle Prinzipien oder keine ausreichende Regelangaben enthalten sind (Fuchs 2001: 248f.; ebd. 2002: 36).

In den oberen Ebenen lassen sich die Bewertungskriterien für die unteren erkennen (Fuchs 1996: 260). Bei einer Übereinstimmung von ideellen Grundsätzen auf der Kulturebene und den realen Bestimmungen der Struktur mit dem Handeln im Prozess entsteht ein positiver Legitimationsfluss (Fuchs 1996: 260). Darüber hinaus hat Fuchs auch Rückwirkungen von der Prozessebene Richtung Kulturebene in sein Modell eingebaut (siehe Abbildung 2). Die Performanz der Akteure des politischen Systems kann bei strukturkonformen Verhalten die politische Ordnung verfestigen und die implementierte Struktur erhält dann die ihr entsprechenden Wertemuster aufrecht (Fuchs 1996: 260). Umgekehrt können die Einflüsse auch negativ ausgeprägt sein, so dass zum Beispiel mangelhafte Performanz die Strukturen des Systems beschädigen und dann sogar die demokratischen Überzeugungen erschüttern kann (ebd.).

Das demokratische System lässt sich bei Fuchs durch die drei Ebenen von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen abgrenzen. Dabei integriert er in das Modell generelle Einflüsse aus der Umwelt auf das System, die im Schaubild abgetrennt von den Systembeziehungen als „nicht demokratische Kriterien“ auftreten. Darunter können zum Beispiel die Leistungsfähigkeit des Systems auf dem wirtschaftlichen Gebiet oder im Bereich des Sozialstaats fallen (Fuchs 1996: 258f.).<sup>16</sup> Diese Einflüsse aus der Umwelt stehen in direkter Beziehung zur Prozessebene und können über die Rückkopplungsverbindungen an die höheren Ebenen weitergeleitet werden (Fuchs 1996: 260).

Es wird deutlich, dass hier Eastons Überlegungen konsequent weitergeführt und eine größere Genauigkeit bei der Definition der politischen Objekte vorgelegt wurden. Gleichzeitig fällt auf, dass das Objekt der politischen Gemeinschaft weggefallen ist. In seinen ersten Überlegungen sowie in einigen späteren Untersuchungen behält Fuchs dieses Objekt bei (ebd. 1989; 1998). In seiner aktuellsten Erörterung des

<sup>16</sup>Ebenso vorstellbar sind allgemeine gesellschaftliche Problematiken im Bereich der Sicherheit, Bildung, Umwelt usw. oder auch Einflüsse von internationalen Entwicklungen.

Konzeptes wird die politische Gemeinschaft separat diskutiert (Fuchs 2002: 43f.). Denn die politische Gemeinschaft verkörpert nur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gesellschaftsmitglieder, sagt aber nichts über die Art des Regierens oder die Herrschaftsausübung aus und stellt daher kein konstituierendes Element der Demokratie dar (Fuchs 2002: 44f.). Deshalb schlägt Fuchs vor, die „Identifikation mit der politischen Gemeinschaft als ein eigenständiges Konzept“ (ebd. 2002: 44f.) zu formulieren und diesen dann im Zusammenhang mit der Unterstützung der Demokratie zu betrachten. Auch für die vorliegende Untersuchung spielt die politische Gemeinschaft keine Rolle, da die Fragestellung sich nur auf das demokratische System konzentriert. Deswegen wird die politische Gemeinschaft in der weiteren Darstellung der Annahmen von Fuchs nicht berücksichtigt.

### 2.3.2 Die Arten von Unterstützung

Neben den Objekten des politischen Systems unterscheidet auch Fuchs in seinem Konzept verschiedene Arten von politischer Unterstützung. Dabei modifiziert er Eastons Einteilung in diffuse und spezifische Unterstützung grundlegend. Er kritisiert vor allem, dass Easton nicht zwischen der grundlegenden Eigenschaft von Unterstützung und ihrer funktionalen Implikation für das System trennt (Fuchs 1989: 21). Diese Vermischung der analytischen Perspektiven löst Fuchs auf, in dem er in Anlehnung an Parsons drei evaluative Handlungsorientierungen differenziert: die instrumentelle, die expressive und die moralische (Fuchs 1989: 23f; 1998: 7f). Diese Orientierungsformen repräsentieren die drei Arten von politischer Unterstützung und können zugleich als drei verschiedene Quellen oder Determinanten der Unterstützung betrachtet werden, die sich in kausale Beziehungen der einzelnen Ebenen übersetzen lassen (Fuchs 1998: 7).

Unter instrumenteller Orientierung wird nach Fuchs die performanz-basierte Einstellung zu einem Objekt verstanden, die sich aus der Bewertung des erwarteten oder erhaltenen Nutzens bei der Verfolgung bestimmter Ziele herleitet (Fuchs 1989: 24). Die instrumentelle Einstellungsart ähnelt der spezifischen Unterstützung bei Easton, hat aber im Gegensatz zu dieser keine zeitliche Begrenzung ihrer Wirkung. Instrumentelle Unterstützung kann also sowohl aus der Bewertung einzelner aktueller Leistungen, als auch aus der generellen, akkumulierten Performanz gefolgert werden. Das wesentliche Merkmal der instrumentellen Orientierung ist demnach nicht die Bindung an bestimmte Outputs oder an das Verhalten von Herrschaftsträgern, sondern die „Effektivität der Zielerreichung im Sinne einer Optimierung der Ziel-Mittel Relation“ (Fuchs 1989: 24f). Darin liegt eine wichtige Neuerung des Konzeptes vor, die eine eindeutige Trennlinie zwischen den einzelnen Unterstützungsarten erlaubt.

Weiterhin differenziert Fuchs zwischen einer expressiven und einer moralischen Orientierung, die bei Easton in der diffusen Form der Unterstützung zusammengefasst sind. Die expressive Orientierung drückt die Unterstützung eines Objektes „um seiner selbst willen“ (Fuchs 1989: 24) aus, beruht daher auf den Eigenschaften des Objektes bzw. auf seinem eigenständigen Wert. Expressive Unterstützung äußert sich als Identifikation mit dem Objekt (Fuchs 1989: 27f.). Auf der anderen Seite definiert Fuchs eine moralische Orientierungsart, die objektive Sollzustände einer Gesellschaft widerspiegelt (Fuchs 1989: 24). Diese Idealvorstellungen des gemeinschaftlichen Lebens beruhen auf Normen und Grundsätzen der Gesellschaft. Bei Easton lässt sich diffuse Unterstützung sowohl als intrinsische Qualität eines Objektes verstehen, als auch aus der Übereinstimmung der persönlichen Überzeugungen mit den Prinzipien und Normen des Systems herleiten (Easton 1965: 274; ebd. 1975: 451). Die Trennung dieser zwei Einstellungsarten in Fuchs' Konzept präsentiert eine präzisere Erfassung der Unterstützungsarten.

Die drei ausgearbeiteten Orientierungsarten können Fuchs zufolge bei allen Objekten aus dem Modell Eastons auftreten, sodass insgesamt neun verschiedene Formen von Unterstützung resultieren (Fuchs 1989: 27).<sup>17</sup> Für jedes Objekt gibt es immer einen dominanten Orientierungsmodus. So tritt im Falle des Regimes vor allem die moralische Orientierung hervor und repräsentiert die Legitimität der Herrschaftsordnung (Fuchs 1989: 27f.). Gegenüber den Autoritäten überwiegen hingegen die instrumentellen Einstellungen, die auf der Bewertung der systemischen Leistungen basieren und sich als Effektivität der Herrschaftsträger ausdrücken (Fuchs 1989: 27f.). Im Hinblick auf die Werte, die erst später als Objekte der Kulturebene differenziert wurden, lässt sich eine expressive Einstellung vermuten, obwohl das nicht explizit von Fuchs erwähnt wird.<sup>18</sup> Das lässt sich darauf zurückführen, dass Werte eindeutig aufgrund ihrer Eigenschaft bzw. um ihrer selbst willen befürwortet werden (Fuchs 1998: 9). Die verschiedenen Einstellungsarten spiegeln sich in den Beziehungen zwischen den Ebenen im kausalen Modell wider, das im Folgenden vorgestellt wird.

---

<sup>17</sup>Ursprünglich wurde in diese Unterscheidung auch die politische Gemeinschaft einbezogen, deren dominanter Orientierungsmodus der expressive ist und der sich als Identifikation mit der politischen Gemeinschaft äußert (Fuchs 1989: 27f.).

<sup>18</sup>Die Anwendbarkeit der drei Orientierungsarten auf die Werte bereitet einige Probleme, da dazu konkrete Angaben von Fuchs fehlen. Es lässt sich bezweifeln, dass eine instrumentelle Orientierung gegenüber Werten existiert. Ebenso besteht zwischen der moralischen Orientierung und Werten eher eine umgekehrte Kausalbeziehung, da die moralische Einstellung per Definition gerade aus den Werten hergeleitet wird. Die expressive Orientierung lässt sich am ehesten mit der Einstellung „Bindung an demokratische Werte“ auf der Kulturebene in dem Kausalmodell vereinbaren, das im nächsten Kapitel vorgestellt wird.

### 2.3.3 Das kausale Einstellungsmodell der Unterstützung eines demokratischen Systems

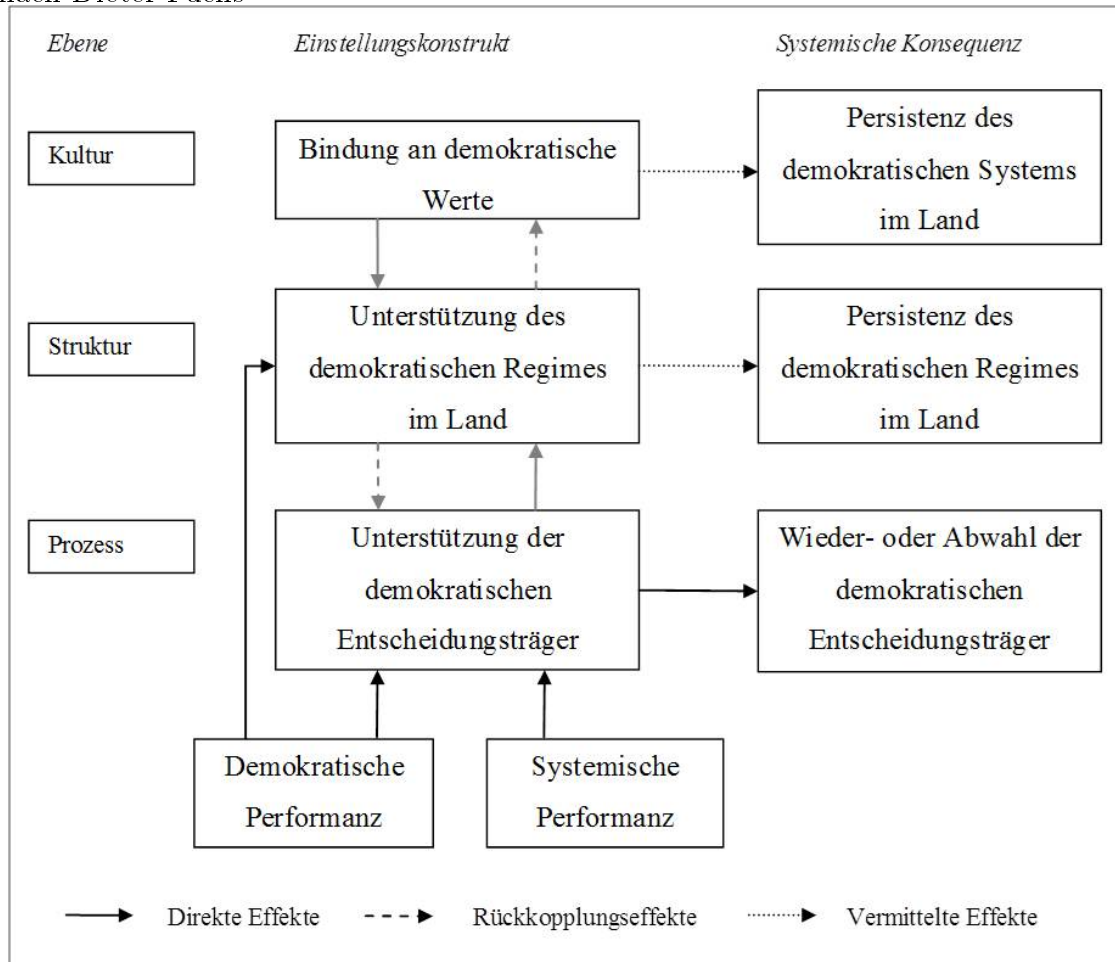
Aus dem vorgestellten Zusammenhang zwischen den Ebenen eines demokratischen Systems konstruiert Fuchs unter Berücksichtigung der Unterstützungsarten ein kausales Einstellungsmodell. Die Abbildung 3 demonstriert graphisch die Annahmen des Modells.<sup>19</sup> Nach dem Modell lässt sich Unterstützung eines demokratischen Systems in drei Einstellungskonstrukte aufteilen, die miteinander in Beziehung stehen. Jede Ebene beinhaltet vermittelte oder direkte Konsequenzen für die Stabilität eines demokratischen Systems. So fördert die Bindung an demokratische Werte auf der Kulturebene den Fortbestand der Demokratie als System in dem betroffenen Land (Fuchs 2002: 38f.). Dabei stellt die Bindung an demokratische Werte eine expressive Orientierung dar, die sich durch relative Unabhängigkeit von aktuellen Ereignissen und Beständigkeit auszeichnet.

Die Bindung an demokratische Werte hat einen direkten Effekt auf die Unterstützung des Regimes auf der Strukturebene. Der Einfluss von demokratischen Werten auf die Unterstützung des Regimes spiegelt die moralische Unterstützungsart wieder, d.h. es repräsentiert die Legitimität des Systems (Fuchs 1998:9; Fuchs 2002: 38). Einstellungen auf der Strukturebene unterstützen den Erhalt des in einem Land etablierten Demokratietyps (Fuchs 2002: 38f.). Dabei handelt es sich um einen vermittelten Effekt, „weil er sich über systemkonforme oder systemkritische Handlungen der kollektiven Akteure eines politischen Systems durchsetzt“ (Fuchs 2002: 39). Die Unterstützung des Regimes entsteht demnach aus den konkreten Erfahrungen mit der etablierten Herrschaftsordnung, die anhand der normativen Vorgaben von der Kulturebene bewertet werden (Fuchs 1998: 9). Dabei wird ein instrumenteller Einfluss von der Prozessebene auf die Unterstützung des Regimes deutlich. Diese kausale Beziehung verkörpert die Effektivität des Regimes (Fuchs 1989: 28f.; Fuchs 2002: 38). Unterstützung des Regimes enthält damit instrumentelle und moralische Orientierungen.

---

<sup>19</sup>Dieses Modell basiert hauptsächlich auf den theoretischen Überlegungen von Fuchs im Aufsatz von 2002, enthält aber auch Elemente eines stärker analytisch-ausgerichteten Modells in einem früheren Aufsatz (1998). Es wurde versucht, die Darstellung der Annahmen möglichst originalgetreu und anschaulich wiederzugeben, dabei aber zugleich auf die Zielsetzung dieser Arbeit auszurichten. Deswegen wurden leichte Anpassungen des Schemas vorgenommen, die aber keine grundsätzlichen Modifikationen der Annahmen von Fuchs darstellen.

Abbildung 3: Einstellungsmodell der Unterstützung eines demokratischen Systems nach Dieter Fuchs



Quellen: Fuchs 1998: 8 und ebd. 2002: 37; eigene Darstellung

Auf der Ebene des demokratischen Prozesses ist die Unterstützung der Entscheidungsträger angesiedelt. Gegenüber den politischen Entscheidungsträgern dominiert die instrumentelle Einstellung, da sie als primäre Handlungsobjekte des politischen Prozesses ständig anhand ihrer Leistungen beurteilt werden (Fuchs 1998: 10). Die Konsequenz der Unterstützung der Entscheidungsträger besteht darin, dass Konflikte im politischen System über den Wahlmechanismus geregelt werden, ohne die grundlegenden Bestimmungen des demokratischen Regimes zu verletzen (Fuchs 2002: 38).<sup>20</sup> Für die Persistenz des Systems spielt es insofern eine Rolle, als im Allgemeinen der politische Prozess nach demokratischen Regeln abläuft. Denn Unzufriedenheit mit den Entscheidungsträgern, die nicht über den Regierung-Oppositions-

<sup>20</sup>Der Wahlmechanismus wurde von Fuchs vermutlich als wesentliches Verfahren aller demokratischen Systeme repräsentativ ausgewählt. Es ließen sich in Anlehnung an Easton auch andere Konsequenzen der Unterstützung der Entscheidungsträger vorstellen, wie Akzeptanz der getroffenen Entscheidungen oder die Einhaltung von Gesetzen und Regeln des demokratischen Systems (Easton 1965: 161; 263).

Mechanismus gelöst werden kann, könnte zu einer Ablehnung der demokratischen Strukturen führen (Klingemann&Fuchs 2004: 3). Dies wird anhand des direkten Effektes von der Unterstützung der Entscheidungsträger auf die Unterstützung des Regimes unterstrichen (Fuchs 2002: 39).

Eine Besonderheit des Modells von Fuchs besteht darin, dass es reziproke Beziehungen der Unterstützung zwischen den einzelnen Ebenen bzw. Objekten des Systems ausarbeitet. Neben den schon vorgestellten Beziehungen zwischen den Ebenen enthält das Modell auch rückwirkende Effekte: Die Unterstützung des Regimes beeinflusst die Bindung an bestimmte Werte und die Einstellung zu den politischen Entscheidungsträgern. Allerdings sind diese Effekte schwächer ausgeprägt als die direkten Einflüsse auf die Unterstützung des Regimes.<sup>21</sup> Der von der Strukturebene ausgehende Effekt auf die Unterstützung der Entscheidungsträger drückt moralisch-geprägte Einflüsse auf die Einstellung gegenüber den Autoritäten aus. Auch wenn die Unterstützung der Entscheidungsträger primär instrumenteller Art ist, lassen sich moralische Orientierungen also nicht vollständig ausschließen. Auf der anderen Seite spiegelt die Rückkopplung von der Strukturebene auf die Bindung an demokratische Werte einen instrumentellen Einfluss wider, d.h. die mit dem Regime gemachten Erfahrungen färben auf die Bindung an demokratische Werte ab. Dabei geht dieser Effekt von der Ebene des Prozesses aus und wird über die Ebene der Struktur weitergeleitet. Es handelt sich dann um einen vermittelten Effekt der Performanz des demokratischen Systems (Fuchs 1998: 8ff.).

Die Beziehungen zwischen den Unterstützungsebenen leiten sich im Grunde aus dem Formierungsprozess der Einstellungen ab und unterliegen dadurch „einer gewissen zeitlichen Ordnung“ (Pickel&Pickel 2006: 115). Politische Einstellungen können Fuchs zufolge wie schon bei Easton auf zwei Wegen entstehen: während des Prozesses der Sozialisation und durch die konkrete Erfahrung mit den politischen Objekten (Fuchs 1998: 9; ebd. 2002: 34).<sup>22</sup> Während der Sozialisation bilden sich vor allem Bindungen an demokratische Werte. Daraus entwickeln sich im Idealfall dann Einstellungen zu den Strukturen und Akteuren des Systems. Im Laufe des Lebens

<sup>21</sup>Hier lässt sich hinterfragen, inwiefern der dominante Effekt tatsächlich von dem Prozess auf die Struktur geht. Wenn der Legitimationsfluß aus dem Ebenenmodell der Demokratie herangezogen wird, müsste der Effekt gerade umgekehrt vorliegen, d.h. dass die Unterstützung des Regimes die Einstellung zu den politischen Herrschaftsträgern maßgeblich prägt (Fuchs 1996: 258f.).

<sup>22</sup>Der Einfachheit halber wird hier angenommen, dass die Sozialisation irgendwann im Erwachsenenalter abgeschlossen wird. Dies ermöglicht eine genaue Abgrenzung der zwei Entstehungswege der Einstellungen. Hier soll trotzdem darauf verwiesen werden, dass auch eine lebenslange Sozialisation theoretisch nicht ausgeschlossen ist, dabei sind Erfahrungen dann quasi als ständige Modifikationen oder Störungen integriert. Fuchs spricht in einem Aufsatz von der „secondary socialization“ (ebd. 1998: 9). Ein Beispiel dafür wären Veränderungen der Einstellungen nach Systemwechseln. Für das Thema dieser Arbeit ist diese Diskussion nur von untergeordneter Bedeutung. Näheres dazu Fuchs 2001: 247f., Westle 2010.

häufen sich immer mehr Erfahrungen mit diesen Objekten im politischen Prozess, so dass die Einstellungen zum demokratischen System entweder gefestigt oder revidiert werden (ebd.), was die Rückkopplungspfeile verdeutlichen. Dabei kann angenommen werden, dass diese Modifikationen bis in die Ebene der Kultur reichen können (Fuchs 1998: 30). Denn Werte und Normen sind keine starren Konstrukte, sondern können von der Performanz des Systems bzw. der Umsetzung der demokratischen Prinzipien in der Realität beeinflusst werden (Fuchs 1996: 9; ebd. 2002: 34).

Erfahrungen mit dem System können also einen Einfluss auf die Unterstützung haben. In die Einstellungen fließen Erfahrungen als Bewertungen der Performanz des Systems ein. Fuchs differenziert für ein demokratisches System zwei Arten von Performanz: die demokratische und die systemische Performanz (ebd. 1998: 10f.; ebd. 2001: 249f.). Die demokratische Performanz präsentiert die praktische Umsetzung der demokratischen Prinzipien im System im Sinne von Verfassungsrealität (Fuchs 1998: 10f.). Dazu können zum Beispiel bei einer liberalen Demokratie Kriterien wie die Gewährleistung von Freiheitsrechten, der Gewaltenteilung oder auch die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit gezählt werden (ebd.). Die demokratische Performanz hat dabei einen direkten Effekt auf die Einstellungen zur demokratischen Struktur. Der gleiche Effekt lässt sich auch im Hinblick auf die politischen Entscheidungsträger unterstellen, da sie als die verantwortlichen Akteure für die Performanz des Systems gesehen werden. An diesem Punkt wird Fuchs' Modell ergänzt, da er nicht explizit von einer solchen Beziehung ausgeht.

Eine Demokratie muss aber wie jedes andere System auch andere Leistungen erbringen, die Fuchs als systemische Performanz bezeichnet. Diese Leistungen erfassen generelle gesellschaftliche Ziele eines Staats, zu denen z.B. Wohlfahrt, allgemeine Sicherheit oder Wirtschaftswachstum gezählt werden können (Fuchs 1998: 11; ebd. 2001: 249f.). Diese systemische Performanz ist ausschlaggebend für die Unterstützung der Entscheidungsträger in dem kausalen Modell von Fuchs, d.h. diese beruht auf der instrumentellen Bewertung der Leistungen von Entscheidungsträgern (Fuchs 1998: 8, 10f.). Es lässt sich auch ein vermittelter Effekt der systemischen Performanz auf die Unterstützung des demokratischen Regimes erwarten, der über die Ebene des Prozesses weitergeleitet wird.

Aus dem hier vorgestellten Modell werden später Hypothesen abgeleitet und die Fragestellung operationalisiert. Im Zentrum steht dabei die Unterscheidung der drei Ebenen mit den unterschiedlichen Wirkungen für die Stabilität des Systems. Es lässt sich eine eindeutige Rangordnung der Relevanz für den Fortbestand einer Demokratie erkennen, in der die Bindung an demokratische Werte am wichtigsten erscheint und die Unterstützung der Entscheidungsträger von nachgeordneter Bedeutung. Die

kausalen Beziehungen zwischen den Ebenen werden nicht überprüft, da die Fragestellung diese Beziehungen nicht explizit anspricht. Sie verdeutlichen aber die Wirkung verschiedener Determinanten über die Ebenen hinweg. Im Fokus der Untersuchung werden die Beziehungen der Unterstützungsebenen zur systemischen Performanz aus dem Modell stehen. Außerdem wird die demokratische Performanz als weitere Determinante betrachtet. Die im Modell festgelegten kausalen Beziehungen zwischen den Performanzfaktoren und den Unterstützungsformen werden weitestgehend übernommen und nur im Hinblick auf die Bindung an demokratische Werte aufgrund des untersuchten Falls modifiziert. Diese Abwandlungen werden ausführlich im Kapitel zu den Hypothesen diskutiert. In Fuchs' Modell lassen sich einige Schwächen entdecken, die im nächsten Kapitel kritisch betrachtet werden.

#### **2.3.4 Kritik am theoretischen Konzept**

Durch die Unterscheidung von drei Ebenen sowie die Strukturierung der Zusammenhänge in zeitlich-hierarchische Abläufe gelingt es Fuchs ein überzeugendes Konzept für die Analyse von Demokratien vorzulegen (Pickel&Pickel 2006: 114; 116f.). Die Herausarbeitung der Werte als eigenständiger Aspekt der politischen Unterstützung mit Auswirkung auf die Persistenz des demokratischen Systems zählt dabei zu den wichtigsten neuen theoretischen Annahmen des Konzeptes. Gleichzeitig lässt sich die klare Definition der Unterstützungsarten über drei Orientierungsmodi hervorheben, die vor allem für die empirische Forschung fruchtbare Ansätze bietet. Allerdings lässt sich grundsätzlich kritisch anmerken, dass das gesamte theoretische Konzept von Fuchs nur zerstückelt in mehreren Aufsätzen und der Monographie von 1989 vorliegt, so dass eine konsequente Verbindung aller Annahmen fehlt. Die meisten Aufsätze sind auf empirische Untersuchungen ausgerichtet, sodass nur einzelne theoretische Annahmen beleuchtet werden. Im Laufe der Jahre wurden außerdem einige Aspekte modifiziert, erweitert oder ergänzt, dazu gehört zum Beispiel die Abtrennung der politischen Gemeinschaft oder die Unterscheidung zwischen demokratischer und systemischer Performanz (Fuchs 1996, 1998, 2002). Kurzum es fehlt leider eine alle Annahmen integrierende Darstellung des theoretischen Modells.

Einige Schwierigkeiten bereitet diese fehlende Integrität vor allem in dem kausalen Einstellungsmodell, was in der Darstellung schon angeklungen ist. So lassen sich die konkreten Ausprägungen der Unterstützung auf jeder Ebene nur erahnen. Genauso fehlt eine konkrete Beschreibung der Arten von Beziehungen zwischen den Ebenen. Es wird nicht erklärt, warum die dominanten Effekte von der einen Ebene zur anderen und nicht umgekehrt führen. Dabei fällt außerdem auf, dass die Effekte zwischen den Einstellungsstrukturen insbesondere in der Rückkopplung sich nicht

immer eindeutig herleiten lassen bzw. auf eine Überlappung von Ebenen hindeuten. Beispielhaft soll hier nur der Einfluss von der Unterstützung des Regimes auf die Bindung an demokratische Werte erwähnt werden. Dieser Effekt beruht vermutlich auf den Erfahrungen mit dem demokratischen Regime. Erfahrungen lassen sich aber eindeutig mit der Prozessebene in Verbindung bringen. Damit erscheint die Darstellung der Effekte inkonsistent, da eine kausale Relation von der Struktur- auf die Kulturebene aufgezeigt wird, statt eine direkte Verbindung zum Prozess herzustellen.

Ebenso ist fraglich, inwiefern die Unterstützung des demokratischen Regimes eine Einstellung zu den Strukturen, wie sie in der Verfassung festgelegt sind, präsentiert, wenn Fuchs selbst betont, dass diese Einstellung auf der Bewertung der Funktionsweise des Regimes beruht (Fuchs 2002: 39). In einem anderen Aufsatz differenziert er zwischen der Unterstützung der Performanz des Regimes und der Unterstützung des im Land implementierten Typs von Demokratie, ohne aber eine klare Einteilung auf die Ebenen vorzunehmen (Fuchs 1998: 9). Diese unklare Differenzierung wird zum Problem, wenn konkrete Schlussfolgerungen bezüglich der Wirkung dieser Unterstützung auf die Stabilität des Systems gezogen werden sollen. Denn die Unterstützung der Performanz des Regimes lässt sich mit der Leistungsfähigkeit des Systems in Verbindung bringen, während die Unterstützung des implementierten Demokratietyps eher als moralische Unterstützung zu verstehen ist. Auf diese Schwierigkeit wird im Abschnitt zur Operationalisierung und empirischen Analyse nochmals eingegangen.

Ein weiteres Problem tritt bei der Wirkung der zwei Performanzen auf: So beeinflusst die demokratische Performanz die Einstellung zum Regime, aber nicht zu den Entscheidungsträgern (Fuchs 1998: 9ff.). Diese Kausalität widerspricht etwas der grundsätzlichen Annahme, dass Entscheidungsträger im Prozess handeln und dadurch die Urheber jeglicher Performanz sind. Demokratische Performanz wird an strukturbedingten Vorgaben gemessen und beeinflusst dadurch die Einstellung zum Regime. Dabei bezieht sie sich nicht auf einzelne Akteure, sondern abstrakt auf das generelle Verhalten im System. Allerdings kann ein Einfluss dieser demokratischen Leistungen auf konkret definierte Entscheidungsträger nicht ausgeschlossen werden. Auf der anderen Seite kann im Einklang mit Fuchs auch eine Wirkung von systemischen Leistungen auf die Unterstützung des Regimes angenommen werden, da Menschen empirisch oft nicht klar zwischen demokratie-spezifischen Kriterien und solchen wie wirtschaftliche Effizienz bei der Bewertung der Performanz des demokratischen Regimes trennen (Fuchs 1996: 259; ebd. 2001: 249f.). Diese modifizierten Annahmen werden für die spätere empirische Analyse übernommen.

Die hier beobachteten Unstimmigkeiten lassen sich dadurch erklären, dass für die einzelnen Fragestellungen nur bestimmte Aspekte von Relevanz waren und aus Simplifikationsgründen der komplexe Zusammenhang nicht in allen Details nachgezeichnet wurde. Zugleich stand die Anwendbarkeit des Modells für empirische Untersuchungen im Vordergrund, nicht die Ausarbeitung einer umfassenden Theorie. Trotzdem stellt es ein Problem dar, dass die Vielfalt der Relationen nicht problematisiert oder überhaupt angesprochen wird. So muss jeder, der Fuchs' Konzept adaptiert, sich auf eigene Interpretationen verlassen. Die dargestellten Lücken können durch Verbindungen zu anderen Annahmen geschlossen werden, auch wenn es etwas mehr Aufwand bereitet. Die eindeutige Stärke des Modells liegt auf der Erweiterung und Präzision von Eastons Annahmen für die Operationalisierung von politischer Unterstützung und die empirische Prüfung der Theorie. Deswegen wird das Modell auch in dieser Arbeit übernommen und getestet. Bevor es an die Vorstellung der Hypothesen und Darstellung der empirischen Ergebnisse geht, werden im nächsten Kapitel die Entwicklungen in Argentinien vor, während und nach der Krise dargestellt.

### **3 Politische und ökonomische Entwicklungen in Argentinien vor, während und nach der Krise**

#### **3.1 Die Vorgeschichte: Argentinien's Politik, Wirtschaft und Sozialstruktur im 20. Jahrhundert**

Argentinien durchlebte während des 20. Jahrhunderts einen ständigen Wechsel zwischen Militärdiktaturen und demokratisch gewählten Zivilregierungen (Carreras 2002: 27f.; Boris&Tittor 2006: 12). Während die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts durch den Kampf zwischen oligarchisch-konservativen und reformistisch-demokratischen<sup>23</sup> Kräften beherrscht wurde, wurde der Konflikt ab den 1950er Jahren von der aufkommenden Massenbewegung des Peronismus ergänzt und verstärkt. Der Peronismus<sup>24</sup>

<sup>23</sup>Die führende Kraft dabei war die später als Partei etablierte Union Cívica Radical (Radikale Bürgerunion), die gestützt auf die wachsende Mittelschicht mehr Partizipation und gleiche politische Rechte einforderte (Carreras 2002: 21f; Mustapic 2002: 321; Reyes Alvarez 2003: 75).

<sup>24</sup>Unter Peronismus wird die Bewegung unter der Führung von Juan Domingo Peron verstanden. Peron bekleidete von 1946 bis 1955 sowie einige Monate vor seinem Tod 1973 das Amt des Präsidenten (Carreras 2002: 25f.). Während seiner Regierungszeit begründete er eine nach seinen Ideen und auf seine Persönlichkeit ausgerichtete Partei – Partido Justicialista (frei übersetzt: Gerechtigkeitspartei), die durch ihren an sozialer Gerechtigkeit orientiertem Appell insbesondere die Arbeiter und unteren Mittelschichten ansprach. Diese Partei hat bis heute eine bedeutende Stellung im politischen System Argentinien's. Näheres dazu z.B. bei Carreras 2002; Birle 2002; Mustapic 2002.

und später die daraus hervorgegangene Partido Justicialista (Gerechtigkeitspartei, im Folgenden PJ) traten für die Inklusion marginalisierter Gruppen in den politischen Prozess und „den Abbau ihrer sozio-ökonomischen Benachteiligung durch Teilhabe“ (Nohlen&Zilla 2002: 245) ein. Diese Bewegung erhielt ab der Mitte des 20. Jahrhunderts die zahlenmäßig stärkste Unterstützung, stieß aber gleichzeitig auf den heftigsten Widerstand der anderen politischen Kräfte und deren Anhänger. Das grundsätzliche Problem in dieser Zeit bestand darin, dass die politischen Gruppierungen den Machtanspruch der anderen - oft trotz der Legitimierung durch gewonnene freie Wahlen - nicht anerkannten (Birle&Carreras 2002: 8). Das Militär verstand sich in diesem Zusammenspiel immer als Ordnungsmacht im Sinne von einem „Garant und Hüter der Werte, auf denen das Vaterland oder die Nation beruhen“ (Reyes Alvarez 2003: 224).

Auf dem wirtschaftlichen Gebiet zeichnete sich Argentinien zunächst durch einen großen Wohlstand ab, der auf dem Export von Agrargütern aufbaute (Boris&Tittor 2006: 10f). In den 1940er Jahren versuchte das Land durch Protektionismus und Importsubstitution seine Industrialisierung voranzutreiben. Gleichzeitig wurde in dieser Zeit das Sozialversicherungswesen enorm ausgebaut (Boeckh 2002: 300; Sottoli 2002: 125). Lange Zeit galt Argentinien als lateinamerikanisches Vorzeigeland, das im Hinblick auf grundsätzliche Versorgungsleistungen, Einkommensverteilung und soziale Mobilität den europäischen Standards nahekam (Birle&Carreras 2002: 7; Boeckh 2002: 297; Hujo 2002: 85). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts befand sich die argentinische Wirtschaft durch Stagnation der Exporte, Abnahme der Produktivität im Agrarsektor und den Widerstreit politischer Interessen in einem ständigen konjunkturellen Auf und Ab (Boris&Tittor 2006: 16). Im Zuge dieser Entwicklungen wurde 1976 die bis dato gravierendste Militärregierung mit dem Ziel der ‚Nationalen Reorganisation‘ errichtet (Carreras 2002: 27). Um diese Reorganisation des Landes voranzutreiben, griff die Militärregierung verstärkt auf das Mittel der Repression zurück: Die in den 1950er Jahren erstarkten Gewerkschaften wurden zerschlagen, oppositionelle Kräfte und sonstige Andersdenkende wurden verfolgt, vertrieben oder getötet (Boris&Tittor 2006: 18; Carreras 2002: 28f.). Bis heute werden ca. 30.000 Ermordete oder Verschwundene und ein Mehrfaches davon an Vertriebenen gezählt (ebd.).

Die Strategie des Militärregimes auf dem wirtschaftlichen Gebiet konzentrierte sich auf die Liberalisierung des Handels wie auch des Finanzwesens und hatte desaströse Folgen für die Bevölkerung: Aufgrund von Lohnfixierung bei gleichzeitiger Freigabe von Preisen mussten die einfachen Beschäftigten erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen und die Kluft zwischen besitzenden und lohnabhängigen Schichten weitete sich enorm aus (Boeckh 2002: 301ff.). Diese Entwicklungen wurden von massiven Protesten Anfang der 1980er Jahre begleitet, jedoch erst die außenpolitische Niederlage gegen Großbritannien im Falklandkrieg diskreditierte das Regime vollends, so dass 1983 ohne einen großen Aushandlungsprozess die Demokratisierung eingeleitet wurde (Carreras 2002: 29).

Der erste demokratisch gewählte Präsident aus dem Lager der Unión Cívica Radical (Radikale Bürgerunion, im Folgenden UCR) Raúl Alfonsín musste ab 1983 mit einem schweren Erbe des Militärregimes kämpfen, das sich in einem stagnierenden Inlandsprodukt und Rückgang der Industrieproduktion äußerte (Boris&Tittor 2006: 19f; Reyes Alvarez 2003: 139). Ebenso hatte das Militärregime eine Menge an Auslandsschulden angehäuft und ein Fiskaldefizit von 20% des Bruttoinlandsproduktes hinterlassen (ebd.). Außerdem wurde Argentinien mit bis dahin nicht gekannten Ausmaßen an Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen konfrontiert, resultierend in zunehmender Einkommensungleichheit und Verarmung (Boris&Tittor 2006: 19f.; Carreras 2002: 19). Die nur vorsichtigen und kurzfristig orientierten Reformversuche der Regierung Alfonsín konnten diese Situation nicht verbessern (Boris&Tittor 2006: 19f; Sottoli 2002: 126). Als dann 1989 die Inflation auf über 3000% anstieg und immer mehr Menschen zum Protest auf die Straße gingen und nicht vor Plünderungen von Geschäften zurückschreckten, trat Alfonsín sein Amt vorzeitig an seinen schon gewählten Nachfolger Carlos Saúl Menem von der PJ ab (Boris&Tittor 2006: 20; Sottoli 2002: 126).

Die neue Regierung unter Menem führte weitreichende neoliberale Reformen durch, die das Land vollends zum Weltmarkt hin öffneten und die Interventionen des Staats in den Markt stark begrenzten (Carreras&Birle 2002: 8; Llanos 2002: 71). Um die Geldwertstabilität wieder herzustellen, wurde der Wechselkurs des argentinischen Pesos an den US-Dollar fixiert. Gleichzeitig wurde die argentinische Wirtschaft grundlegend umstrukturiert: Dabei wurden Handelsschranken weitestgehend beseitigt und der Finanzsektor nach außen geöffnet, der Großteil der staatlichen Betriebe verkauft sowie Arbeitsmarktregelungen gelockert (Boris&Tittor 2006: 25f.; Hujo 2002: 89-100; Boeckh 2002: 306ff.). Diese Maßnahmen fruchteten und kurbelten das Wirtschaftswachstum in der ersten Hälfte der 1990er Jahre an, was sich in einem deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf äußerte (Noh-

len&Zilla 2002: 250f.). Durch die niedrig gehaltene Inflation konnte die Situation der Armen verbessert werden, was sich in einem Rückgang der Armutquote von 47% in 1989 auf 18% in 1994 niederschlug (Boris&Tittor 2006: 26; Nohlen&Zilla 2002: 252; siehe Abbildung 6 in Kapitel 3.4). Die neoliberalen Reformen hatten aber auch einen negativen Effekt auf die soziale Situation im Land: So stieg die Arbeitslosenquote insbesondere infolge zahlreicher Umstrukturierungen im ehemaligen öffentlichen Dienst und Schließungen von nicht konkurrenzfähigen Betrieben enorm an und erreichte 1995 ein Rekordhoch von fast 19% (Boeckh 2002: 307ff.; Boris&Tittor 2006: 29f.; siehe Abbildung 5 in Kapitel 3.4).

Die einschneidenden Wirtschaftsreformen wurden größtenteils über Notstandsgesetze, die dem Präsidenten weitestgehende Entscheidungsfreiheit zusicherten, sowie durch den ausschweifenden Gebrauch von Dekreten durchgesetzt (Llanos 2002: 58-63; Hujo 2002: 89f.). Auch wenn das Zwei-Kammern-Parlament nicht untätig blieb, zeichnete sich dadurch eine immer stärkere Praxis zur Delegation gesetzgeberischer Gewalt auf den Präsidenten ab (Llanos 2002: 63-67). Verstärkt wurde diese Erscheinung durch die Restrukturierung des Obersten Gerichtshofes, bei der Menem sechs der neun Richter neu einberief und damit die Kontrolle der Exekutive durch die dritte Gewalt quasi ausschaltete (Llanos 2002: 61f.; Thiery 2002: 355-359). Auch die Verabschiedung der neuen Verfassung im Jahr 1994, die von gewählten Vertretern herausgearbeitet wurde, verfestigte das enorme Gewicht des Präsidenten: Zwar wurden wichtige demokratische Elemente wie Grundrechte, die Direktwahl der Vertreter und Volksinitiativen verankert, gleichzeitig aber auch die Dekretmacht des Präsidenten gesetzlich festgelegt und die Wiederwahl des Staatsoberhauptes ermöglicht (De Riz&Nohlen 2002: 347-352).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die argentinische Bevölkerung im 20. Jahrhundert mehrmals krisenhaften Situationen im ökonomischen Bereich ausgesetzt war, die oft von politischen Konflikten oder Umstürzen begleitet wurden (Boeck 2002: 300; Carreras 2002: 15). Andererseits bewies das seit 1983 bestehende demokratische Regime Widerstandsfähigkeit während der Inflationskrise von 1989. Das Militär griff nicht wie sonst als traditioneller Ordnungsgarant in den politischen Prozess ein und ein erster demokratischer Machtwechsel fand statt (Mustapic 2002: 319; Reyes Alvarez 2003: 227). Der demokratische Wettbewerb und Wahlmechanismus konnten sich fest etablieren; deutliche Defizite wiesen aber die rechtsstaatlichen Kontrollmechanismen sowie das gesamte Rechtssystem auf (Carreras&Birle 2002: 14; Thiery 2002: 342f.). Während Menems erster Amtszeit hatte die Wirtschaft sich wieder erholt, trotzdem war ein Großteil der Arbeitsbevölkerung weiterhin vom sozialen Abstieg bedroht (Boris&Tittor 2006: 30).

### 3.2 Die stabile Situation vor der Krise: 1995 - 1998

Die Wiederwahl von Menem war aufgrund der verbuchten Erfolge bei der Stabilisierung der Ökonomie nicht überraschend, auch wenn 1995 infolge der mexikanischen Tequila-Krise im Land kurzzeitig das Bankensystem zusammenbrach und die Wirtschaft in eine Rezession geriet (Hujo 2002: 108f.; Krüger 2005: 207).<sup>25</sup> Der Einbruch der Konjunktur wurde von einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit und einem Nachfragerückgang begleitet (ebd.; siehe Abbildung 4 und 5 in Kapitel 3.4). Die ökonomische Situation der Bevölkerung verschlechterte sich zusätzlich, als 1996 Steuererhöhungen anstanden, um die angehäuften Staatsschulden abzubauen (ebd.). Die Mehrheit der Argentinier unterstützte trotz dieser Rückschläge weiterhin den neoliberalen Kurs der Regierung und sah in dem fixen Wechselkurssystem eine Sicherung gegen eine erneute ausufernde Inflation (Boeckh 2002: 310; Boris&Tittor 2006: 27). Außerdem setzte Ende 1996 eine rasche wirtschaftliche Erholung aufgrund der Rückkehr von Kapitalzuflüssen und günstiger Exportentwicklung ein (Hujo 2002: 109f.).

Gegen Ende seiner ersten Amtszeit ließ der Rückhalt für Menems Regierung nach: Die Verschlechterung der sozialen Situation im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik, ein ineffektiver Polizei- und Justizapparat sowie ausschweifende Korruption erfuhren zunehmend Kritik (Thiery 2002: 344f.). Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 wurde die Dominanz der zwei traditionellen Parteien PJ und UCR von einem neuen reformorientierten Bündnis durchbrochen (Birle 2002: 227f.; Mustapic 2003: 324).<sup>26</sup> Die Frente País Solidario (Front Solidarisches Land, im Folgenden FREPASO) setzte sich aus Kritikern der Regierung Menems zusammen, die sich auf das Anprangern der Korruption, der zunehmenden sozialen Zugangsbarrieren zur Justiz oder den Anstieg der Arbeitslosigkeit konzentrierten (ebd.). Später schloss FREPASO ein Wahlbündnis mit der schwächelnden UCR, welches erhebliche Erfolge bei den Kongresswahlen 1997 verbuchte und schließlich die Präsidentschaftswahlen 1999 für sich entschied (Birle 2002: 231-234; Mustapic 2002: 328f.).

Das Auftauchen einer dritten politischen Kraft gab Anzeichen einer aufkommenden „Repräsentationskrise“ (Birle 2002: 235; auch Wolff 2010: 64) des politischen

<sup>25</sup>Durch die starke Abwertung der Währung in Mexiko sank das Vertrauen der Investoren in die neuen Märkte, was sich in einem massiven Abzug des investierten Kapitals äußerte. Die Währungsreserven der argentinischen Zentralbank waren schnell erschöpft und sie musste ausländische Schulden anhäufen, um den fixen Wechselkurs aufrechterhalten zu können (Hujo 2002: 105).

<sup>26</sup>Das argentinische Parteiensystem zeichnete sich bis dahin durch einen geringen Fragmentierungsgrad aus: Die zwei traditionellen Parteien UCR und PJ versammelten in den 1980ern zwischen 80 und 90% der Stimmen in landesweiten Wahlen auf sich (Birle 2002: 216f.; Mustapic 2002: 323f.). 1995 erlebte insbesondere die UCR eine herbe Niederlage mit nur knapp 15% der Stimmen für ihren Präsidentschaftskandidaten, was häufig als Abstrafung für die Kooperation mit der PJ während der Verfassungsreform gedeutet wird (Birle 2002: 224f.).

Systems. Programmatisch boten die zwei traditionellen Parteien insbesondere in ökonomischer Hinsicht keine Alternative und zeichneten sich bei den Wahlen durch ein „catch-all“-Verhalten aus (Mustapic 2002: 332f.; ähnlich Birle 2002: 219f.).<sup>27</sup> Ursprünglich sprach die PJ insbesondere die Arbeiterschicht an, während das Klientel der UCR aus den höheren Mittelschichten bestand (Birle 2002: 215f.; Mustapic 2002: 333). Die generelle Ausrichtung der PJ veränderte sich im Zuge des neoliberalen Kurses von Menem und öffnete die Partei für die Mittel- und Oberschicht (Mustapic 2002: 333; Schamis 2002: 84). Die UCR bot keine programmatische Alternative zur liberalen Politik und fand erst über den Zusammenschluss mit FREPASO in ihre Oppositionsrolle zurück (Birle 2002: 224f.). Besonders die wachsende Gruppe der Arbeitslosen, Unterbeschäftigten und Armen sah sich durch die traditionellen Parteien oder Gewerkschaften nicht ausreichend repräsentiert (Villalón 2007: 140f.; Boris&Tittor 2006: 67f.).<sup>28</sup> Als Antwort auf diese Umstände entstanden neben der FREPASO auch soziale Bewegungen wie die „Piqueteros“ (frei übersetzt: Straßenblockierer). Durch Streiks und Demonstrationen versuchten die Piqueteros, deren besonderes Merkmal das Absperren wichtiger Straßen darstellte, die Medien und die Politik auf ihre missliche Lage aufmerksam zu machen. Dabei forderten sie die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Verbesserung der sozialen Absicherung, aber auch die Abschaffung korrupter Praktiken (Boris&Tittor 2006: 67f.; Villalón 2007: 140ff.).

Die zivilgesellschaftliche Aktivität<sup>29</sup> der Bevölkerung verdeutlicht, dass trotz der relativen ökonomischen Stabilität die politischen und sozialen Probleme nicht ausgeblendet wurden. Der Mangel an Transparenz im Entscheidungsprozess sowie die Ausschaltung von Kontrollmechanismen der Judikative durch die Ernennung von geneigten Richtern wurden von den Argentinern wahrgenommen und zunehmend beanstandet (Levitsky&Murillo 2003: 153; Thiery 2002: 350f.). Eine wichtige Vermittlungsrolle spielten dabei die Medien, die sich trotz der Eindämmungsversuche von Menem als unabhängige vierte Gewalt etablieren konnten (Thiery 2002: 347). In den Fokus der Kritik gerieten immer mehr die sozio-ökonomischen Barrieren beim

---

<sup>27</sup>Zu den weiteren Problemen des Parteiensystems werden häufig innerparteilicher Personalismus und Klientelismus sowie intransparente Entscheidungsstrukturen und Faktionalisierung gezählt (Birle&Carreras 2002: 12; Mustapic 2010: 175f.; Nohlen&Zilla 2002: 21-25).

<sup>28</sup>Diese Probleme wurden von der Regierung nicht konsequent genug angegangen, vereinzelt wurden assistenzialistische Programme für die Ärmsten implementiert, aber diese litten an Koordinationsproblemen und korrupten sowie klientelistischen Praktiken (Boeck 2002: 311f.; Sottoli 2002: 131f.).

<sup>29</sup>Diese erstreckte sich außerdem auf Menschenrechtsorganisationen, die Verbrechen der Militärdiktatur zur Anklage bringen wollten. Die Verfahren gegen die Militärs wurden unter der Regierung von Alfonsín eingestellt, was bestimmte Gruppen wie die „Madres de la Plaza de Mayor“ (Mütter der Verschollenen, die auf der Plaza de Mayor demonstrierten) nicht hinnehmen wollten (Boris&Tittor 2006: 67f.; Villalón 2007: 141ff.).

Zugang zur Justiz, die relative Straflosigkeit von Staatskräften und deren Verbündeten sowie die damit zusammenhängende Ausbreitung von Korruption (Thiery 2002: 359ff.).

Zusammenfassend kann also folgendes Bild festgehalten werden: Mit einem Wachstum von durchschnittlich 5% kann die ökonomische Entwicklung in den 1990er insgesamt als positiv bezeichnet werden, die Inflation wurde konstant niedrig gehalten und das Bruttosozialprodukt pro Kopf stieg stetig.<sup>30</sup> In den Augen vieler Analysten befand sich Argentinien 1997 wieder auf dem Weg zum ökonomischen Wohlstand und als Instrumente dafür galten der fixe Wechselkurs und die liberale Wirtschaftspolitik. Andererseits verschlechterte sich die Arbeitsmarktsituation deutlich im Vergleich zu den 1980er Jahren (siehe Abbildung 5 in Kapitel 3.4).<sup>31</sup> Hinzu kam, dass die politischen Fehlfunktionen immer stärker hervortraten. Wie das nächste Kapitel zeigen wird, war gerade diese Kombination von sozialen und politischen Problemen neben den ökonomischen Schwierigkeiten ausschlaggebend für den heftigen Krisenverlauf.

### 3.3 Der Krisenverlauf: 1999 - 2002

Die Erholung der Wirtschaft hielt nur bis Mitte 1998 an, dann wurde Argentinien erneut von externen Schocks erfasst: Durch die Asien- und Russlandkrise ging das Vertrauen der Investoren in die neuen Märkte wiederholt verloren, was in einem Kapitalabzug resultierte und das Finanzsystem Argentiniens erneut in Liquiditätsschwierigkeiten brachte (Boris&Tittor 2006: 40; Daseking&al. 2003: 23; Hujo 2002: 110f.). Gleichzeitig wurden viele Schwächen des argentinischen Wirtschaftssystems evident: Zum einen hatte der Staat trotz der Privatisierungen und Umstrukturierungen der Sozialversicherung enorme Schulden angehäuft, zum anderen war der heimische Finanzsektor sehr klein bzw. die Abhängigkeit vom ausländischen Kapital sehr groß, und schließlich bestand ein hoher Importüberschuss, was neben der geringen Konkurrenzfähigkeit und Diversifikation der argentinischen Exporte auf eine Überbewertung der argentinischen Währung zurückzuführen war (Daseking&al. 2003: 4-15; Hujo 2002: 110f.). All diese Faktoren trugen dazu bei, dass die Politik kaum Antwortmöglichkeiten auf den Konjunkturerinbruch besaß. Aufgrund der

---

<sup>30</sup>Die Diskussion anderer Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung wie Investitionen, Handel, Konsum u.Ä. muss an dieser Stelle entfallen, da für den Zweck dieser Arbeit die Darstellung der wichtigsten makroökonomischen Daten genügt. Für eine ausführliche Diskussion der ökonomischen Entwicklung im Zusammenhang mit der Krise siehe Daseking&al. 2003; Hujo 2002.

<sup>31</sup>Auch auf eine ausführliche Darstellung dieser Zusammenhänge muss hier verzichtet werden. Zu nennen sind neben dem schon erwähnten Problem der Arbeitslosigkeit generelle Trends wie Anstieg von Unterbeschäftigung und der flexiblen Arbeitsverhältnisse, zugleich die zunehmende Informalisierung der Arbeit und die Abnahme des Einkommens in den Unter- und Mittelschichten (Boris&Tittor 2006: 30-35; Nohlen&Zilla 2002: 254-259).

Wechselkurs-Parität mit dem Dollar fielen außerdem wichtige Instrumente für den Konjunkturausgleich wie die Währungs- und Geldpolitik aus (Daseking&al. 2003: 4; Levitsky&Murillo 2003: 153f.).<sup>32</sup>

Als 1999 Fernando de la Rúa, der Sieger der Präsidentschaftswahlen aus dem Bündnis zwischen UCR und FREPASO, das Präsidentenamt antrat, befand sich das Land in einer Rezession. Der Warenabsatz im Ausland ging aufgrund der Überbewertung zurück, dadurch kam es zur Unterauslastung der Industrie und einer schrumpfenden Binnennachfrage (Boris&Tittor 2006: 39f.; Daseking&al. 2003: 14f.). Als dann der größte argentinische Handelspartner Brasilien im gleichen Jahr seine Währung abwertete, wurde Argentinien mit billigen brasilianischen Waren überschwemmt und erlitt einen noch größeren Produktionseinbruch der heimischen Industrie (ebd.). Gleichzeitig fielen die Weltmarktpreise für Primärgüter, die Argentinien wichtige Absatzprodukte darstellen (Daseking&al. 2003: 23). Die Rezession vergrößerte die Staatsschulden noch mehr, denn die Zinsen für neue Kredite stiegen, da Anleger eine Zahlungseinstellung der Regierung fürchteten (Blanchard&Illing 2006: 615f.; Boris&Tittor 2006: 42f.).<sup>33</sup> Aufgrund dieser Schuldenanhäufung war der argentinische Staat zunehmend auf die Kreditzusagen des Internationalen Währungsfonds angewiesen, der seinerseits strikte Haushaltsdisziplin und harte Einschnitte im Sozialsystem verlangte (Krüger 2005: 225f.). Diese Vereinbarungen und der enorme Schuldenberg entzogen der Regierung auch das Mittel der Fiskalpolitik, um zum Beispiel über Investitionen in Infrastrukturprojekte oder Konsumsteigerung anti-zyklische Politik zu betreiben (Daseking&al. 2003: 26f.; Wolff 2003: 4). In dieser Situation griff die Regierung de la Rúas nicht konsequent durch und scheute die Aufhebung des fixen Wechselkursregimes, was die Situation noch verschlimmerte (Boris&Tittor 2006: 40; Levitsky&Murillo 2003: 154).

Neben den ökonomischen Problemen war die erste Koalitionsregierung in Argentinien Geschichte, bestehend aus der UCR und FREPASO, auch mit politischen Schwierigkeiten konfrontiert: Nur zehn Monate nach der Amtsübernahme wurden Regierungsmitglieder beschuldigt, einige Senatoren bestochen zu haben, um die Arbeitsmarktreformen durchzubringen (Levitsky&Murillo 2003: 154; Wolff 2010: 59). Dieser Skandal diskreditierte die Koalition bei den Wählern, da das Bündnis ge-

<sup>32</sup>Schon während des Konjunkturereintruchs 1995 zeigte sich, dass eine finanzielle Umstrukturierung notwendig wäre und vor allem das fixe Wechselkurssystem überdacht werden müsste (Daseking&al. 2003: 20; Levitsky&Murillo 2003: 153; Schamis 2002: 84). Es wird angenommen, dass das Wechselkursregime aus politischem Kalkül aufrechterhalten wurde, da es bei der Bevölkerung und den Investoren als Garant für Stabilität galt (ebd.).

<sup>33</sup>Die Parität des Wechselkurses mit dem Dollar setzte voraus, dass die Reserven der Zentralbank zu fast 100% gedeckt sind, was in dieser Situation zu noch stärkerer Schuldenanhäufung führte (Blanchard&Illing 2006: 615f.; Hujo 2002: 112f.).

rade mit dem Versprechen, die Korruption zu bekämpfen, angetreten war (Birlé&Bodemer&Pauli 2010: 11; Wolff 2010: 59). Aufgrund interner Streitigkeiten der Koalition traten kurze Zeit darauf zwei wichtige Minister und Führungspersonen der FREPASO zurück, zunächst im November 2000 der Vizepräsident Carlos Álvarez und dann im März 2001 auch die Sozialministerin Graciela Fernández Meijide (Schamis 2002: 87).<sup>34</sup> Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2001 zeigte sich der enorme Vertrauensverlust in die gesamte politische Klasse: Die Regierungsparteien verloren über 20 Prozentpunkte im Vergleich zu den Präsidentschaftswahlen, PJ konnte ihren historisch niedrigen Anteil von 27% mit geringen Verlusten halten, der Anteil der Nichtwähler stieg von einem Fünftel auf ein Drittel an und über 20% der Wähler gaben leere oder ungültige Stimmen ab (Levitsky&Murillo 2003: 154; Mustapic 2010: 162; Nohlen&Zilla 2002: 265f.).<sup>35</sup> Diese Ereignisse demonstrierten die Zuspitzung einer politischen Krise, die im Dezember 2001 eskalierte.

Die schwere Rezession verschlechterte gravierend die Lebensbedingungen für die Armen, Arbeitslosen oder informell Beschäftigten und erfasste zunehmend auch die Mittelschichten (Boris&Tittor 2006: 34; Sottoli 2002: 146f.). Dadurch bekamen die schon in den 1990ern entstandenen Protestbewegungen großen Zulauf (Villalón 2007: 145f.; Wolff 2003: 6). Als dann im Dezember 2001 der Zugang zu den Sparkonten der Argentinier drastisch beschränkt wurde, um Kapitalflucht zu verhindern, durchzogen Massendemonstrationen, die ihren besonderen Ausdruck in dem Schlagen von haushaltsüblichen Töpfen fanden, Plünderungen von Geschäften und Straßenblockaden sowie gewaltsame Übergriffe das gesamte Land (Boris&Tittor 2006: 40f.; Schamis 2002: 83; Wolff 2003: 6). Dabei forderten die Demonstranten mit dem Slogan „Que se vayan todos“, dass die gesamte politische Klasse ihre Posten räumen sollte (Levitsky&Murillo 2003: 155; Wolff 2003: 4). De la Rúa rief daraufhin den Notstand aus und ordnete repressive Polizeieinsätze an, was den Massenprotest noch verstärkte (Levitsky&Murillo 2003: 154f.; Wolff 2003: 6). Schließlich trat der Präsident mit seinem Kabinett am 20. Dezember 2001 zurück (ebd.).

Innerhalb von zwei Wochen wechselten sich drei Kandidaten im Präsidentenamt ab, bis sich der Kongress am 1. Januar 2002 auf Eduardo Duhalde endgültig einigen konnte.<sup>36</sup> Ihm stand eine „Regierung der nationalen Einheit“, die sich

<sup>34</sup>Außerdem besetzte de la Rúa die wichtigsten Posten mit nahestehenden Vertrauten statt mit wichtigen UCR-Funktionären, wodurch er versäumte, den Rückhalt im Kongress und bei den Senatoren auf regionaler Ebene zu sichern (Schamis 2002: 87; Wolff 2010: 59). Auf der anderen Seite war die Alianza mit dem Widerstand der PJ-Mehrheit im Senat konfrontiert (Mustapic 2002: 331).

<sup>35</sup>In Argentinien herrscht Wahlpflicht, die Versäumnis wird allerdings nur mit geringen Strafen belegt (Mustapic 2010: 162).

<sup>36</sup>Der zuerst gewählte Vertreter Rodríguez Saá aus der PJ scheiterte am Widerstand im Kongress zu seinem liberalen Kurs, der nur eine Fortsetzung der bisherigen Strategie bedeutete, und aufgrund von heftigen Protesten (Levitsky&Murillo 2003: 155; Wolff 2003: 6). Zwischenzeitlich übernahmen

aus den Fraktionen der PJ, UCR und FREPASO zusammensetzte, zur Seite (Gallo&Steagall&Stegman 2006: 1999; Schamis 2002: 91). Bereits kurz vor dem Antritt der neuen Regierung verkündete der argentinische Staat seine Zahlungsunfähigkeit (Boris&Tittor 2006: 40f.; Daseking&al. 2003: 37f.; Krüger 2005: 227). Die neue Regierung hob dann die Dollarbindung des Pesos schrittweise auf, worauf eine krasse Abwertung und ein Anstieg der Inflation auf 40% folgten (Daseking&al. 2003: 38; Krüger 2005: 232).<sup>37</sup> Die argentinische Ökonomie erreichte einen Tiefpunkt mit 11% negativen Wachstums für das gesamte Jahr 2002; der Schuldenberg des Staats entsprach 135% des Bruttoinlandsproduktes (für weitere Daten siehe Daseking&al. 2003). Die Arbeitslosigkeit stieg in 2002 auf 20% an; mehr als die Hälfte der Bevölkerung befand sich laut der offiziellen Statistik unter der Armutsgrenze (Boris&Tittor 2006: 47f.; Wolff 2010: 58; siehe Abbildungen 5 und 6 in Kapitel 3.4).

Heftige soziale Proteste zogen sich noch bis in die Mitte des Jahres 2002, wurden dann zunehmend von den staatlichen Stellen unterdrückt (Boris&Tittor 2006: 50f.; Wolff 2003: 8). Während dieser Zeit entstanden verschiedene Selbsthilfeorganisationen wie Nachbarschaftsversammlungen, die in öffentlichen Treffen politische und soziale Probleme angingen, es häuften sich Tauschringe, die den Mangel an Geldmitteln mit Tauschgeschäften und materiellen Krediten auszugleichen suchten, und Kooperativen, die geschlossene Werke wieder in Betrieb nahmen (Boris&Tittor 2006: 77-94; Villalón 2007: 146-149; Wolff 2003: 6-11).<sup>38</sup> Gleichzeitig beschloss die Regierung Nothilfeprogramme für Arme und Arbeitslose, froh die Tarife der privatisierten Versorgungsunternehmen ein und gab schließlich im Herbst 2002 die Bankguthaben frei (Boris&Tittor 2006: 50; Daseking&al. 2003: 38; Wolff 2003: 7). Die sozialen Unruhen gingen in der zweiten Hälfte von 2002 allmählich zurück, da die Regierung zunehmend auf die Forderungen der Demonstranten einging und soziale Zugeständnisse machte (Villalón 2007: 145f.; Wolff 2003: 8). Ab der Mitte des Jahres 2002 begann sich auch die Wirtschaft zu erholen: Die Abwertung des Peso verbesserte die Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens und drängte die Importe zurück, gleichzeitig stiegen die Preise für Primärgüter auf dem Weltmarkt (Boris&Tittor 2006: 49; Krü-

---

entsprechend den Regeln der Verfassung außerdem der Senats- und der Kongresspräsident das Amtsgeschäft (Mustapic 2010: 163). Duhalde konnte sich schließlich mit der Aussicht auf Reformen und dem Versprechen, bei den nächsten Wahlen nicht für das Präsidentenamt zu kandidieren, durchsetzen (Carreras 2002: 29; Schamis 2002: 91).

<sup>37</sup>Um die verschuldeten Unternehmen und Haushalte, ebenso wie die Staatskasse zu entlasten, wurde eine asymmetrische Pesifizierung des Finanzsystems beschlossen: „Während Dollar-Schulden zum alten Kurs von 1-zu-1 umgewandelt werden, werden sämtliche Einlagen auf 1,40 Peso/Dollar umgestellt“ (Wolff 2003: 7; auch Boris&Tittor 2006: 47; Daseking&al. 2003: 38).

<sup>38</sup>Im Rahmen dieser Arbeit kann nicht detailliert auf die einzelnen Protestbewegungen und neuen sozialen Organisationsformen, die besonders während der Krise hervortraten, eingegangen werden. Ausführlich dazu z.B. Boris&Tittor 2006: 77-85; Villalón 2007.

ger 2005: 229ff.; Wolff 2003: 7f.). Außerdem konnte sich die Regierung Duhalde auf neue Kredite mit dem IWF einigen (ebd.).

Insgesamt präsentierte das Jahr 2002 einen Wendepunkt der Krise, der sich in der Zuspitzung der sozialen Probleme bis zur Mitte des Jahres und dann in der allmählichen Auflösung bis 2003 äußerte. Bemerkenswert erscheint, dass die politische Krise nach institutionellen Spielregeln gelöst wurde, da der Kongress den Interimspräsidenten, wie es die Verfassung vorsieht, bestimmte (Mustapic 2010: 163; Schamis 2002: 88). Auf der anderen Seite nahm die gesellschaftliche Protestbewegung großen Einfluss auf das politische Geschehen und zeigte noch nie in der Form da gewesene Organisationsstrukturen, die zugleich die Krise der politischen Repräsentation manifestierten.

### 3.4 Die Situation nach der Wiedergewinnung der Stabilität: 2003 - 2005

Die vorverlegten Wahlen für das Amt des Präsidenten im April 2003 zeigten deutliche Veränderungen in der politischen Landschaft: Die PJ stellte aufgrund von internen ideologischen und personellen Streitigkeiten gleich drei Kandidaten auf, von denen der ehemalige Präsident Menem und der von Duhalde unterstützte Senator Nestór Kirchner die zweite Runde der Wahlen erreichten (Levitsky&Murillo 2003: 156ff.). Während der Kandidat der UCR kaum Beachtung fand, gründeten zwei ehemalige UCR-Mitglieder eigene Wahlplattformen und konnten sich als die neue Opposition etablieren (ebd.).<sup>39</sup> Es entstanden weitere Splitterbewegungen mit geringer Resonanz. Von dieser Neuformierung des Parteiensystems profitierte am meisten der Peronismus, der auf eine stabile Stammwählerschaft aus den unteren Schichten zurückgreifen konnte (Mustapic 2010: 168f.; Wolff 2010: 65). Begünstigt wurde das durch ein extensives klientelistisches Netzwerk der PJ auf regionaler Ebene, das in die Implementierung von Sozialprogrammen involviert war (Birle 2002: 221f.; Levitsky&Murillo 2003: 160; Wolff 2010: 65). Anders als erwartet verlief die Wahl friedlich und knüpfte mit einer Beteiligung von fast 80% an frühere Wahlen an (Boris&Tittor 2003: 51; Levitsky&Murillo 157f.).

In der Präsidentschaftswahl konnte sich Kirchner durchsetzen,<sup>40</sup> der den Kurs von Duhalde fortführte. Dieser konzentrierte sich in ökonomischer Hinsicht auf die

<sup>39</sup>„Ab 2003 nahm das System Züge eines Vielparteiensystems an, in dem eine politische Gruppierung (der Peronismus) eine dominierende Rolle spielte und sich einer fragmentierten Ansammlung kleinerer Parteien gegenüber sah, von denen auf keine mehr als 20% der Stimmen entfielen“ (Mustapic 2010: 166).

<sup>40</sup>Menem gab noch während des Wahlkampfes für die zweite Runde auf, da in den Umfragen Kirchner mit 70% vorn lag (Levitsky&Murillo 2003: 159f.; Wolff 2003: 8).

Wiederherstellung der Unabhängigkeit der argentinischen Wirtschaft von internationalen Investoren, die Stärkung des Binnenmarktes und die Verbesserung der sozialen Lage (Boris&Tittor 2006: 54-57; Wolff 2003: 11). Dabei bediente sich die Regierung Kirchners statt den traditionellen Instrumenten der Geld- oder Fiskalpolitik zunehmend solchen Mitteln wie „Preisabsprachen und -kontrollen, gezielte Exportbeschränkungen sowie teils offene Boykottandrohungen“ (Wolff 2010: 62). Gleichzeitig wurden die Schulden gegenüber den internationalen Gläubigern drastisch reduziert (um bis zu 70%) und der Einfluss des IWF in die Wirtschaftspolitik zurückgedrängt (Boris&Tittor 2006: 54-57; Wolff 2003: 11).<sup>41</sup> Die Wirtschaft erholte sich deutlich und wuchs um durchschnittlich 9% von 2003 bis 2006 (siehe Abbildung 4). Die Armutsquote ging bis 2006 auf 34% zurück und die Arbeitslosigkeit konnte auf 14% reduziert werden (Boris&Tittor 2006: 60f.; Wolff 2010: 64; siehe Abbildungen 5 und 6). Dies ist unter anderem auf die konsequente Weiterführung der Sozialprogramme zurückzuführen, die sich aus Sozialhilfe, Umschulungs- und Beschäftigungsprojekten für die Armen und Arbeitslosen zusammensetzten (ebd.). Außerdem wurden die staatlich geregelten Monatslöhne, vor allem der öffentlichen Angestellten, angehoben; zugleich die Preise für öffentliche Dienstleistungen stabil gehalten und durch Wohnungsbau- und Infrastrukturprojekte der Binnenmarkt sowie die Beschäftigung angekurbelt (Boris&Tittor 2006: 57).

Auf dem politischen Gebiet wurde ebenfalls ein neuer Kurs eingeschlagen:

„Kirchner entthob führende Militärs ihrer Ämter; er veranlasste die Neustrukturierung der Bundespolizei, stellte die für ihre Korruptionslastigkeit berüchtigte Gesundheitsbehörde [...] unter staatliche Aufsicht; er leitete politische Verfahren gegen Schlüsselvertreter des in Verruf gekommenen Obersten Gerichtshofes ein [...]“ (Llanos 2010: 132; vgl. auch Boris&Tittor 2005: 52f.; Wolff 2010: 63f.).

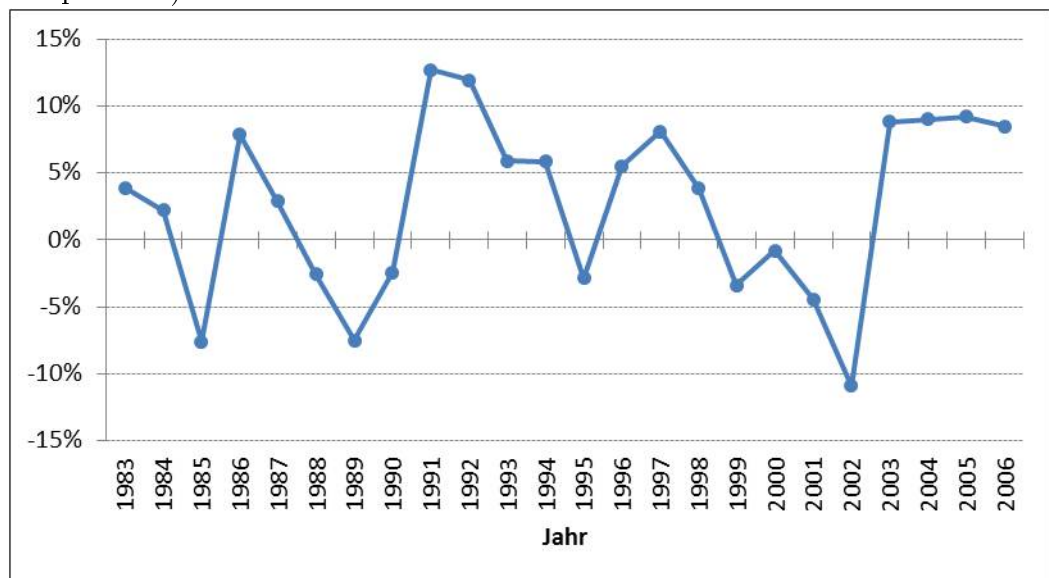
Außerdem leitete die Administration Kirchner Reformen des Justizwesens ein.<sup>42</sup> So wurde der intransparente Prozess der Richterernennung in allen Instanzen stärker in die Zuständigkeit des Parlamentes übertragen (Llanos 2010: 131ff.; Wolff 2003).

<sup>41</sup>Die Regierung verfolgte einen harten Verhandlungskurs für neue Kredite, da sie auf einzelne Forderungen des IWFs wie z.B. die Erwirtschaftung eines Haushaltsüberschusses oder die Neuverteilung der Steuereinnahmen der Provinzen einging, aber andere Aspekte wie die Aufhebung des Preisstopps oder die Einschränkung der Sozialmaßnahmen ignorierte (Boris&Tittor 2006: 61; Levitsky&Murillo 2003: 161).

<sup>42</sup>Diese verhalfen dazu, mehrere Menem-treue Mitglieder des Obersten Gerichtshofes zu ersetzen. In der neuen Zusammensetzung erklärte der Gerichtshof wichtige Entscheidungen während der Krise wie den eingeschränkten Kontenzugang oder die Gesetze zur asymmetrischen Entdollarisierung, die vorher blockiert worden waren, für verfassungskonform (Gallo&Steagall&Stegman 2006: 208). Während die Reformen des Ernennungsprozesses als positiv zu bewerten sind, scheinen die neuen Mitglieder ebenso der Kirchner-Regierung genehm zu sein, was kritisch zu betrachten ist.

Zugleich führte der Präsident einen offenen Dialog mit wichtigen Arbeitslosenbewegungen und Menschenrechtsgruppen (Boris&Tittor 2006: 53; Llanos 2010: 123; Wolff 2010: 63f.). Diese Maßnahmen stießen auf Anerkennung in der Bevölkerung, so dass Kirchner schon nach kurzer Zeit eine Zustimmungsquote von über 70% erreichte (Llanos 2010: 123; Levitsky&Murillo 2003: 164). Das zeigte sich auch bei den Zwischenwahlen für den Senat und den Kongress Ende 2003, als die PJ erneut die Mehrheit in beiden Kammern für sich sichern konnte (Boris&Tittor 2006: 65; Levitsky&Murillo 2003: 159).

Abbildung 4: Wirtschaftswachstum in Argentinien 1983-2006 (als Anteil am Bruttoinlandsprodukt)



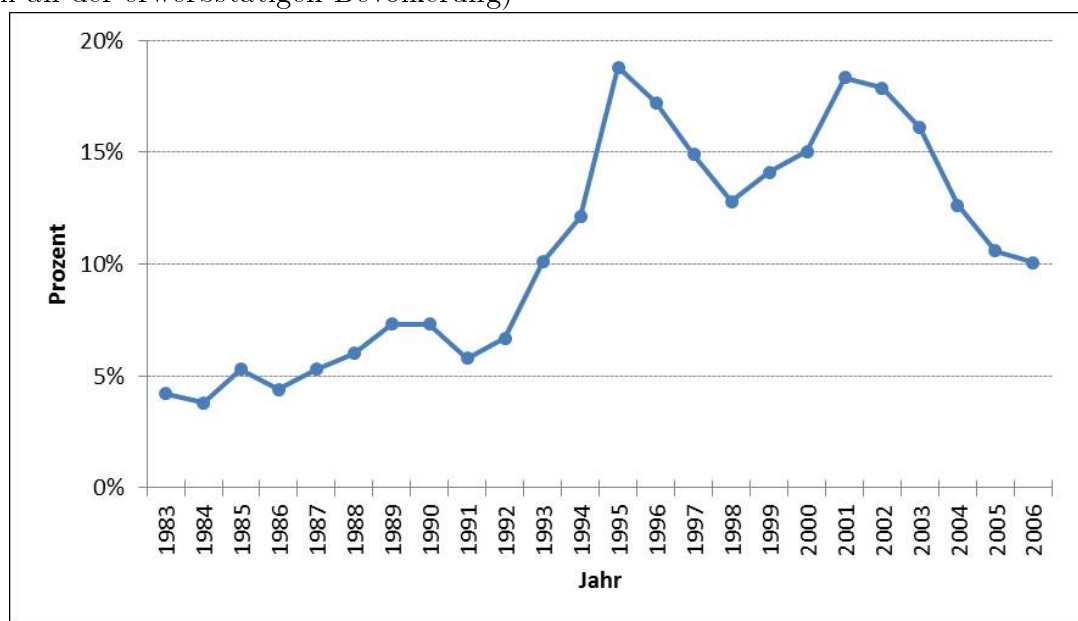
Quelle: Daten der World Bank; eigene Darstellung

Trotz dieser politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erfolge wurden einige Fehlfunktionen des argentinischen Systems nicht konsequent angegangen bzw. weiterhin aufrechterhalten: So griff auch Kirchner verstärkt auf das Mittel der Dekrete zur Durchsetzung seiner Politik zurück, der Notstand wurde trotz der Restabilisierung der ökonomischen und gesellschaftlichen Lage jedes Jahr vom Parlament auf Antrag des Präsidenten erneuert (Llanos 2010: 124f.; Wolff 2010: 68).<sup>43</sup> Dabei lässt sich kritisch anmerken, dass sich diese delegativen Praktiken auf eine unzureichende Erfüllung der Kontrollfunktion seitens des Parlaments zurückführen lassen (Llanos 2010: 127). Weiterhin regelte Kirchner viele Streitigkeiten über informelle Absprachen mit den Vertretern der Industrie oder der Zivilgesellschaft (Wolff 2010: 68). Die Figur des Präsidenten war omnipräsent und „restored a degree of governability

<sup>43</sup>Mit 236 Dekreten in seiner vierjährigen Amtszeit übertrifft Kirchner sogar die Quote von Menem, der 276 Dekrete während zehn Jahren Regierung verabschiedete (Llanos 2010: 125).

through a combination of old-school machine politics and effective social policies” (Levitsky&Murillo 2003: 161; vgl. auch Llanos 2010: 123). Legislative oder judikative Institutionen des demokratischen Systems wurden hingegen kaum gestärkt und gerade durch diese enorme Konzentration auf den Präsidenten wurden personalistische und klientelistische Züge des Systems nicht eingedämmt (Birle&Bodemer&Pagni 2010: 12; Mustapic 2010: 175; Wolff 2010: 68).<sup>44</sup>

Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosenquote in Argentinien 1983-2006 (als Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung)



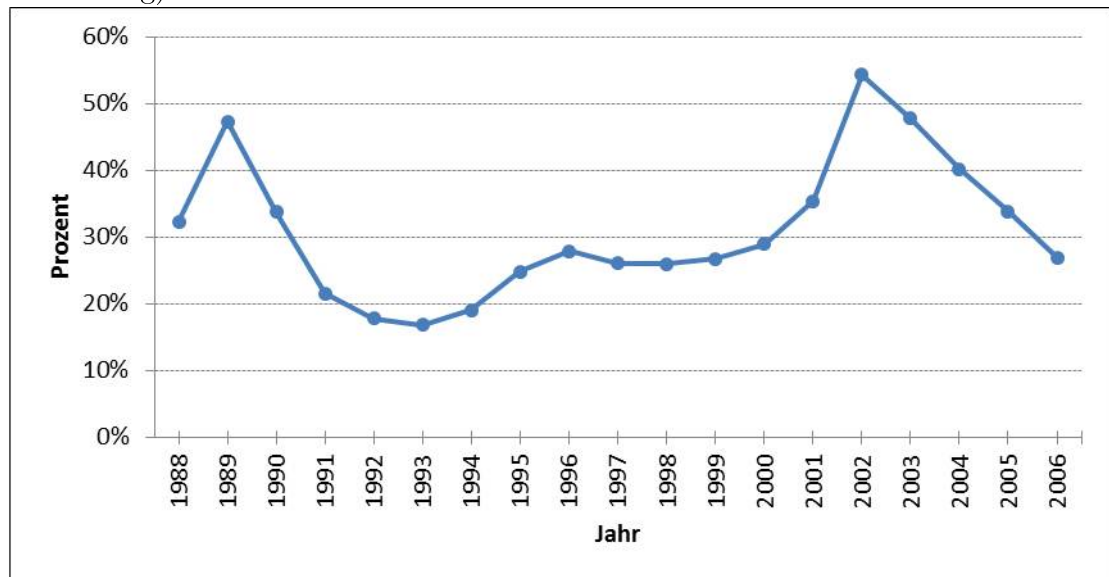
Quelle: Daten der World Bank; eigene Darstellung

Insgesamt kann in der Situation nach der Krise von einer Rückkehr zur Stabilität ausgegangen werden, die mit der Situation vor der Krise vergleichbar ist. Aber auch in diesen stabilen Phasen lassen sich weitreichende Probleme im politischen und sozialen Bereich aufzeigen. Einen Überblick über den gesamten betrachteten Zeitraum geben die Abbildungen 4 bis 6, die die wichtigsten Indikatoren für wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung seit dem Übergang zum demokratischen Regime bis 2006 darstellen. In Abbildung 4 wird das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes nachgezeichnet. Es zeigt sich ein starker Einbruch des Wirtschaftswachstums während des Krisenzeitraums von 1999 bis 2002, während vor der Krise und auch direkt im Anschluss darauf eine hohe Zunahme der Wirtschaftstätigkeit deutlich wird.<sup>45</sup>

<sup>44</sup>Zusätzlich wird von einigen Autoren mit Bedauern auf das schnelle Verblässen der sozialen Bewegungen verwiesen (Villalón 2006: 149ff.; Wolff 2003: 10f.). Das Entgegenkommen der Regierung gegenüber einzelnen Gruppen, die hohe Zersplitterung der Interessen, der geringe Organisationsgrad sowie die allgemeine Verbesserung der ökonomischen Situation werden dabei als Gründe für diese Entwicklung genannt (ebd.).

<sup>45</sup>Ein ähnlicher, wenn auch etwas schwächerer und kürzerer Einbruch der Wirtschaftstätigkeit

Abbildung 6: Urbane Armutsquote in Argentinien 1988 - 2006 (Anteil an urbaner Bevölkerung)



Quelle: Daten der World Bank; eigene Darstellung

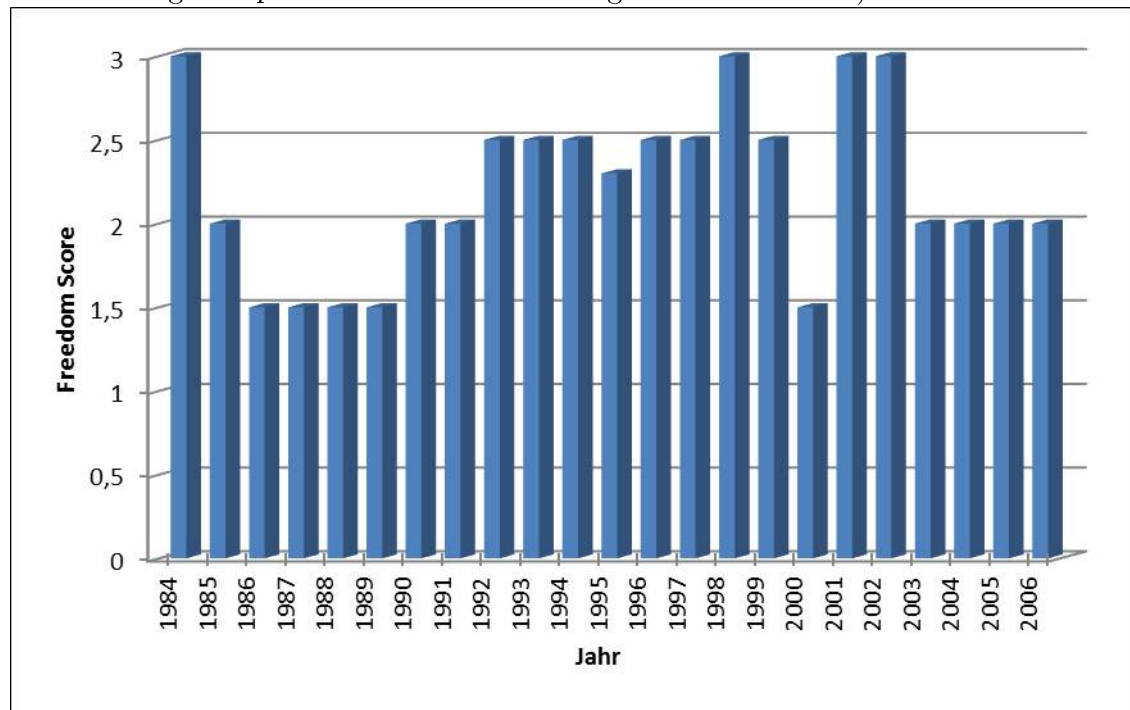
Die Abbildungen 5 und 6 demonstrieren die sozio-ökonomische Seite dieser Entwicklung anhand von Zahlen zur Arbeitslosigkeit und zur Armutssituation. Im Hinblick auf Arbeitslosigkeit zeigt sich ein wachsender Trend, der kurzzeitig zwischen 1996 und 1998 unterbrochen wird. Während der Krise stieg die Arbeitslosigkeit stark an und fiel nach der Restabilisierung der Lage wieder deutlich, so dass 2005 sogar ein besseres Niveau als in der betrachteten Vorkrisensituation erreicht wurde. Auch bei der Entwicklung der Armutsquote lässt sich ein negativer Trend nach oben seit den 1990er Jahren verfolgen, der seinen Höhepunkt in 2002 erreicht. Die Rückkehr zur Stabilität nach der Krise wirkt sich positiv auf die Armutsquote aus, die sich nun in einem abnehmenden Trend befindet und 2006 ungefähr das Niveau vor der Krise erreicht.

Für die politische Entwicklung werden in der Abbildung 6 der Freiheits-Index für politische Rechte und bürgerliche Freiheiten von Freedom House, der häufig zur Messung der demokratischen Entwicklung verwendet wird (Munck&Verkuilen 2002: 6), betrachtet.<sup>46</sup> Der Index kann Aufschluss darüber geben, wie gut demokratische Prinzipien wie freie und faire Wahlen oder die Gleichbehandlung vor dem Gesetz

zeigt sich für die Jahre 1988 bis 1990, als die Inflationskrise das Land erfasste.

<sup>46</sup>Der Index setzt sich aus zwei Skalen für politische Rechte und bürgerliche Freiheiten zusammen. Die Einstufungen in diesen Skalen erfolgen anhand von Experteneinschätzungen zur politischen Situation in einem Land. Ausführliche Informationen zur Methode und zu den jährlichen Messungen befinden sich auf der Homepage von Freedom-House ([www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)). Auch wenn sich verschiedene Kritikpunkte gegenüber dem Index anbringen lassen, hat er sich auch im Vergleich zu anderen Demokratie-messungen bewährt (Näheres dazu bei Munck&Verkuilen 2002).

Abbildung 7: Entwicklung der argentinischen Demokratie (Mittelwert der Freedom-House-Ratings für politische Rechte und bürgerliche Freiheiten)



Quelle: Freedom House; eigene Darstellung

sowie grundsätzliche Freiheiten umgesetzt werden. Bei Werten zwischen 1 und 2,5 gelten Länder als frei, mit einem Ergebnis zwischen 3 und 5,5 nur als teilweise frei und zwischen 6 und 7 als unfrei.<sup>47</sup> Argentinien wurde seit der Redemokratisierung bis zu der Krise stets als frei eingestuft, wobei in den 1990er Jahren die Werte häufig an der Grenze zu teilweise frei standen, was als Indiz für die erwähnten Probleme in der Gewaltenteilung und in der Rechtsstaatlichkeit betrachtet werden kann. In den schwersten Krisen Jahren erhielt das Land nur den teilweise-freien Status. Ab 2003 wurde Argentinien mit einem Rating von 2 wieder als frei eingestuft, was die Restabilisierung der politischen Situation verdeutlicht. Außerdem kann eine Verbesserung des Ergebnisses im Vergleich zu den 1990er Jahren festgestellt werden, was vermutlich auf die beschriebenen politischen Reformen der Regierung Kirchner zurückzuführen ist. Bei der Betrachtung der Gesamtentwicklung rund um die ökonomische Krise konnten deutlich drei Phasen differenziert werden, auf denen das Untersuchungsdesign aufbaut. Im nächsten Abschnitt der Arbeit wird die Vorgehensweise der empirischen Untersuchung erläutert und die zugrundeliegenden Annahmen vorgestellt.

<sup>47</sup>Diese Beschreibungen sind folgender Seite von Freedom-House entnommen: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=277> (13.08.2011, 21:06).

## 4 Empirische Analyse

### 4.1 Untersuchungsdesign und Hypothesen

Die Ereignisse 2001/02 in Argentinien werden häufig als eine gesamtgesellschaftliche Krise interpretiert (Boris&Tittor 2006: 39; Birle&Bodemer&Pagni 2010: 11). Das verweist darauf, dass die Krisenursachen vielschichtig sind und sich nicht nur auf politische Fehlkalkulationen oder externe Faktoren wie die Abhängigkeit von internationalen Märkten beschränken.<sup>48</sup> Auf dem Höhepunkt der Krise mehrten sich Forderungen nach der Auflösung des Parlaments, der Regierung und der Justizinstanzen bei gleichzeitiger Berufung einer neuen verfassungsgebenden Versammlung (Birle 2010: 193; Wolff 2003: 3). Zu einem Umsturz ist es trotz der Massenproteste, gewalttätigen Auseinandersetzungen mit den Ordnungskräften und des kurzzeitigen politischen Vakuums nicht gekommen. Als einer der relevanten Faktoren für das Überleben der Demokratie in dieser schwierigen Situation wird politische Unterstützung betrachtet: „The other part had to do with socialization, political learning, and a pervasive growth of democratic sentiment across large segments of civil and political society“ (Schamis 2002: 90). An dem letzten Punkt knüpft die folgende Untersuchung an.

Es wird überprüft, wie sich die Einstellungen der Argentinier zum demokratischen System während der Krise und nach der Wiederherstellung der ökonomischen Stabilität im Vergleich zu der Vorkrisensituation verändert haben. Dabei wird die von Fuchs vorgeschlagene analytische Aufteilung der Unterstützung des demokratischen Systems auf drei Ebenen angewendet. Entsprechend den Annahmen des Modells wird hier von einer hierarchischen Ordnung der Unterstützungsformen in der Bedeutung für die Stabilität eines demokratischen Systems ausgegangen. Diese Rangordnung spiegelt sich auch in dem Verhältnis zur Systemperformanz wider: Die Unterstützung der Entscheidungsträger steht in einem direkten Zusammenhang zu der systemischen Performanz des Systems (Fuchs 2002: 39). Über die Prozessebene hat die systemische Performanz einen vermittelten Effekt auf die Unterstützung des Regimes. Dieser Effekt kann auch auf die Kulturebene weitergeleitet werden, wobei insbesondere akkumulierte Erfahrungen mit der Performanz über einen längeren Zeitraum darauf wirken (Fuchs 1998: 6,30; ebd. 2002: 34). Im Prinzip besteht die Bindung an demokratische Werte weitestgehend unabhängig von der alltäglichen Performanz eines Systems und ist deswegen die entscheidende Unterstützung für den Fortbestand einer Demokratie (Fuchs&Rohrschneider 2001: 245).

<sup>48</sup>Ausführliche Diskussionen dazu bieten z.B. Boris&Tittor 2006, Daseking&al. 2003 oder Nohlen 2004.

Die Annahmen dieses drei Ebenen-Modells von Fuchs beziehen sich auf den alltäglichen Zustand eines demokratischen Systems und berücksichtigen nicht explizit Extremsituationen wie zum Beispiel schwere ökonomische Rezessionen. Mit Easton kann argumentiert werden, dass kurzfristige tiefgreifende Ereignisse auch die diffuse Unterstützung bzw. die Bindung an demokratische Werte erschüttern können (Easton 1975: 445). Ebenso kann nach dem analytischen Modell von Fuchs ein Einfluss der systemischen Performanz auf die Struktur- und Kulturebene, der über die kausalen Beziehungen zwischen den Ebenen zustande kommt, unterstellt werden. Dabei ist fraglich, inwiefern weiterhin von einer stabilisierenden Wirkung der Unterstützung für das demokratische System ausgegangen werden kann. Deswegen wird in dieser Arbeit überprüft, wie sich die Unterstützung eines demokratischen Systems im Zuge einer wirtschaftlichen Krise verändert.

Im Vordergrund der Untersuchung steht also ein Test der Theorie der politischen Unterstützung im Allgemeinen und des analytischen Modells von Fuchs im Besonderen. Betrachtet werden die Auswirkungen einer schweren wirtschaftlichen Krise auf die Unterstützung des demokratischen Systems. Dabei lassen sich einerseits Schwankungen im Ausmaß der Unterstützung erwarten und andererseits könnte sich der Einfluss der Determinanten der drei Unterstützungsformen verändern. Um diese Veränderungen festzustellen, wird ein Vergleich der Einstellungen über die Zeit vorgenommen. Dafür wurden drei Zeitpunkte ausgewählt, wobei der erste die politisch und ökonomisch stabile Vorkrisensituation erfasst, der zweite die unmittelbaren Umstände während der Krise wiedergibt und der dritte die Lage nach der Wiederherstellung der Stabilität reflektiert.

Die drei Zeitpunkte wurden so gewählt, dass sie die generellen Trends der ökonomischen und politischen Situation in den drei beschriebenen Phasen repräsentieren. Zum ersten Zeitpunkt der Untersuchung im Jahr 1997 war die Situation in Argentinien durch ökonomischen Aufschwung und positive Zukunftsaussichten gekennzeichnet, auch wenn einige politische und soziale Probleme vorhanden waren.<sup>49</sup> Die Ergebnisse zu diesem Zeitpunkt werden deswegen als Normalzustand bzw. Referenzpunkt für den Vergleich genommen. Den unmittelbaren Kontext der Krise reflektieren Daten aus dem Jahr 2002, die in eine noch ungewisse Phase der Krise fallen. Es zeichnete sich zwar allmählich eine Besserung der Zustände aufgrund der Maßnahmen der neuen Regierung ab, aber die Ausschreitungen des Dezembers 2001 waren noch präsent und gleichzeitig wurden die Massenproteste fortgesetzt.<sup>50</sup> Der

<sup>49</sup>Als Ausgangslage kämen auch die Jahre 1996 und 1998 in Frage. Allerdings könnten 1996 noch Auswirkungen des Konjunkturerinbruchs in Folge der Tequila-Krise die Betrachtung leicht ins Negative verzerren. 1998 fanden hingegen Wahlen statt, die die Wahrnehmung des politischen Systems positiv beeinflussen könnten. Deswegen erschien 1997 als ausgeglichene Wahl.

<sup>50</sup>Da außerdem die Befragung für das Jahr 2001 im Mai, also noch vor allen wichtigen Ereignissen

letzte ausgewählte Zeitpunkt in 2005 ist durch die Wiedererlangung der Stabilität auf dem ökonomischen und politischen Gebiet gekennzeichnet, wobei einige soziale und politische Probleme weiterhin aktuell waren.<sup>51</sup>

In Bezug auf die Bindung an demokratische Werte lassen sich keine eindeutigen Annahmen treffen: Auf der einen Seite kann der Theorie zufolge unterstellt werden, dass diese Unterstützungsform zu allen drei Zeitpunkten das gleiche Niveau hatte, da sie grundsätzlich auf normativen Prinzipien bzw. der Überzeugung von der Richtigkeit des demokratischen Systems beruht und dadurch von systemischen Leistungen oder Problemen unbeeinflusst bleibt. Auf der anderen Seite waren die Ereignisse der Krise gravierend: Viele Argentinier konnten grundlegende Bedürfnisse nicht ausreichend befriedigen, was sich z.B. an dem enormen Anstieg der Armut zeigte, und die Allgemeinheit befand sich in einer Situation von Unsicherheit. In einer solchen Lage erscheint es möglich, dass die Bereitschaft, autoritäre Systemordnungen zu akzeptieren, steigt, da mit diesen alternativen Systemen ein schnelleres Durchgreifen, die Aufrechterhaltung der Ordnung oder auch sozioökonomische Sicherheit verbunden werden (Inglehart&Welzel 2007: 300). Daher kann angenommen werden, dass das Ausmaß der Bindung an demokratische Werte während einer Krise sinkt, sich aber im Zuge der Verbesserung der ökonomischen, sozialen und politischen Situation nach der Krise wieder erholt. Deswegen lassen sich zwei Konkurrenzthesen formulieren:

**H<sub>N</sub>1a: Das Niveau der Bindung an demokratische Werte in einer ökonomischen Krise unterscheidet sich nicht von dem Niveau in wirtschaftlich stabilen Zeiten.**

**H<sub>N</sub>1b: Das Niveau der Bindung an demokratische Werte ist in einer ökonomischen Krise niedriger als in wirtschaftlich stabilen Zeiten.**

Für die Einstellungen zum Regime und zu den Entscheidungsträgern kann erwartet werden, dass das Niveau der Unterstützung während der Krise sank, nach der Wiedererlangung der Stabilität aber wieder anstieg. Die Forderungen der Demonstranten deuten unverkennbar auf den Entzug von Unterstützung gegenüber der gesamten politischen Elite hin, wie der Slogan ‚Alle sollen verschwinden‘ verdeutlicht. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Verantwortung für die Notlage bei den politischen Akteuren gesehen wurde, wie auch eine Umfrage des Latinobarómetro von 2002 demonstriert (siehe Abbildung 12 im Anhang). In einer Krise könnte die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Entscheidungsträger sich auf die Struktu-

---

stattfand, erschien das Jahr 2002 als besser geeignet.

<sup>51</sup>Alternativ zu 2005 wäre auch das Jahr 2004 in Frage gekommen. Aber 2004 könnte ähnlich wie 2003 einerseits zu nahe an den Krisenereignissen und andererseits von dem Optimismus nach der Wahl einer neuen Regierung und der raschen Besserung der ökonomischen Lage geprägt sein.

ren und Mechanismen des Regimes übertragen (Dalton 2004: 63; Klingemann&Fuchs 1998: 3). Im theoretischen Modell kann das durch die Rückkopplung von der Prozess- auf die Strukturebene abgeleitet werden. Während der Krise äußerte sich das zum Beispiel daran, dass nicht nur die Akteure, sondern auch die institutionellen Mechanismen wie zum Beispiel die Wahl- und Entscheidungsstrukturen in Frage gestellt wurden.<sup>52</sup> Drei Jahre nach der Krise hatte sich die ökonomische wie auch die politische Situation drastisch verbessert, die neue Regierung Kirchner ist bis 2005 auf viele der in der Krise angeprangerten Probleme eingegangen. Dadurch erscheint ein Anstieg der Unterstützung der Entscheidungsträger sowie der Unterstützung des demokratischen Regimes wahrscheinlich. Es könnte unterstellt werden, dass dieser Anstieg eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor der Krise bedeuten würde. Da aber die Unterstützung der Entscheidungsträger und des Regimes von vielen Faktoren abhängt, deren Einfluss zu keinem Zeitpunkt eindeutig vorhergesagt werden kann,<sup>53</sup> lässt sich plausibel nur ein deutlicher Unterschied zwischen der stabilen und der Krisensituation erwarten. Folgende Hypothesen lassen sich für diese Ebenen aufstellen:

**H<sub>N</sub>2: Das Niveau der Unterstützung des demokratischen Regimes ist während einer ökonomischen Krise niedriger als in wirtschaftlich stabilen Zeiten.**

**H<sub>N</sub>3: Das Niveau der Unterstützung der Entscheidungsträger ist in einer ökonomischen Krise niedriger als in wirtschaftlich stabilen Zeiten.**

Da ökonomische Performanz einen entscheidenden Faktor der Krise repräsentiert, wird im nächsten Schritt überprüft, in welchem Zusammenhang die ökonomische Performanz mit der Unterstützung des demokratischen Systems zu den drei Zeitpunkten stand. Auf die Bindung an demokratische Werte hat die Bewertung der wirtschaftlichen Performanz nach dem analytischen Modell von Fuchs keinen direkten Einfluss. Dies wird hier für ökonomisch stabile Zeiten unterstellt. Die argentinische Krise von 2001/02 hatte aber schwere sozio-ökonomische Folgen für einen Großteil der Bevölkerung. Aufgrund dieser weit verbreiteten Betroffenheit und der extremen Reaktion auf die Krise - insbesondere die Forderung nach Auflösung der bestehenden Ordnung - kann angenommen werden, dass die Unzufriedenheit über die ökonomische Performanz sich auf die Prinzipien des Systems abgefärbt hat. Es kann also erwartet werden, dass diejenigen, die die ökonomische Performanz des Systems als schlecht bewerten und davon persönlich getroffen sind, in der Krise eher dazu neigen, die demokratischen Werte abzulehnen (Rose&Mishler&Haerpfer 1998: 118). Damit hängt der Effekt der Bewertung der ökonomischen Performanz auf die

<sup>52</sup>So kann der hohe Anteil von Enthaltungen bzw. ungültigen Stimmen bei den Kongresswahlen im Oktober 2001 interpretiert werden.

<sup>53</sup>So müsste nach dem Modell der Effekt der demokratischen Performanz berücksichtigt werden.

Bindung an demokratische Werte von der wirtschaftlichen Lage ab und führt zu folgenden Hypothesen:

**H<sub>E</sub>1.1:** In wirtschaftlich stabilen Zeiten hat die Bewertung der ökonomischen Performanz keinen Effekt auf die Bindung an demokratische Werte.

**H<sub>E</sub>1.2:** Je schlechter die ökonomische Performanz in einer wirtschaftlichen Krise bewertet wird, desto schwächer ist die Bindung an demokratische Werte.

Auf die Unterstützung des demokratischen Regimes hat die ökonomische Performanz nach dem theoretischen Modell von Fuchs einen über die Prozessebene vermittelten Effekt. Im Normalfall lässt sich daher eine schwache Wirkung der systemischen Performanz auf die Einstellung zum Regime im Vergleich zu der Unterstützung der Autoritäten erwarten. Die beschriebenen Umstände der Krise könnten diesen Effekt verstärken. Da außerdem die ökonomische Krise 2001/02 kein Novum für die argentinische Gesellschaft darstellt, auch wenn es in diesem Ausmaß noch nicht vorher da gewesen ist, könnte die immer wiederkehrende schlechte ökonomische Leistungsfähigkeit als Fehlfunktion bestimmter systemischer Mechanismen oder des gesamten Regimes betrachtet werden. Dadurch lässt sich erwarten, dass während der Krise der Effekt der ökonomischen Performanz auf die Unterstützung des demokratischen Regimes viel stärker hervortritt als in wirtschaftlich stabilen Zeiten. Aus diesen Überlegungen leiten sich folgende Hypothesen ab:

**H<sub>E</sub>2.1:** Je schlechter die ökonomische Performanz bewertet wird, desto geringer ist die Unterstützung des demokratischen Regimes.

**H<sub>E</sub>2.2:** Der Effekt der Bewertung der ökonomischen Performanz auf die Unterstützung des demokratischen Regimes ist in wirtschaftlichen Krisenzeiten größer als in wirtschaftlich stabilen Zeiten.

Im Hinblick auf die Unterstützung der Autoritäten lässt sich nach dem theoretischen Modell ein direkter Effekt der ökonomischen Performanz annehmen. Aufgrund der schon dargestellten Reaktionen auf die Krise - insbesondere die allgemeine Unzufriedenheit mit den politischen Akteuren - lässt sich erwarten, dass der Effekt der ökonomischen Performanz stärker während der Krise war als in der stabilen Phase davor oder nach dem Wiedererlangen der ökonomischen Stabilität. Deshalb lassen sich folgende Hypothesen formulieren:

**H<sub>E</sub>3.1:** Je schlechter die ökonomische Performanz bewertet wird, desto geringer ist die Unterstützung der Entscheidungsträger.

**H<sub>E</sub>3.2: Der Effekt der Bewertung der ökonomischen Performanz auf die Unterstützung der Entscheidungsträger ist in wirtschaftlichen Krisenzeiten größer als in wirtschaftlich stabilen Zeiten.**

Neben den ökonomischen Leistungen haben auch politische Faktoren einen Einfluss auf die Unterstützung des demokratischen Systems im Analysemodell von Fuchs. Die demokratische Performanz aus dem analytischen Modell von Fuchs wird als konkurrierende Determinante der Unterstützung einbezogen, zumal in vielen Studien die Dominanz dieses Faktors im Vergleich zur ökonomischen Performanz herausgestellt wurde (Bratton&Mattes 2001: 468f.; Chu&al. 2008: 75f.; Diamond 1999: 162; Mishler&Rose 1998: 176ff.). Da allerdings die Fragestellung dieser Arbeit sich auf die ökonomischen Faktoren konzentriert, werden hier keine eigenständigen Hypothesen aufgestellt, sondern nur einige Erwartungen im Zusammenhang mit dem theoretischen Modell dargelegt. Für ein demokratisches System treten insbesondere solche politischen Ideale wie die Gewährleistung von grundsätzlichen Rechten und Freiheiten und die Gleichheit vor dem Gesetz als Bewertungsgrundlagen hervor (Fuchs 1998: 19). Außerdem können transparentes Regieren und Rechenschaftspflicht, Repräsentation der Interessen und die Einhaltung von grundlegenden prozeduralen Regeln als wichtige Anforderungen an ein demokratisches System gesehen werden (Anderson&Tverdova 2003: 91; Diamond 1999: 154). Wie in dem vorherigen Kapitel dargestellt, hatte das junge demokratische System Argentiniens einige Defizite in diesen Bereichen, die sich besonders im Hinblick auf die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit ergeben. Außerdem offenbarte sich in den Protesten vor und verstärkt während der Krise, dass die Bevölkerung sich nicht ausreichend von den vorhandenen Parteien und Akteuren repräsentiert fühlt.

Im Allgemeinen lässt sich deswegen erwarten, dass dem demokratischen System umso weniger Unterstützung entgegengebracht wird, je schlechter die demokratische Performanz bewertet wird. Entsprechend des Analysemodells von Fuchs kann unterstellt werden, dass der Effekt der demokratischen Performanz am stärksten im Zusammenhang mit der Unterstützung des demokratischen Regimes auftritt. Da zudem angenommen werden kann, dass die Entscheidungsträger als verantwortliche Akteure für demokratie-spezifische Leistungen gesehen werden, kann ein ähnlich starker Effekt auf die Unterstützung der Entscheidungsträger vermutet werden. Bei der Bindung an demokratische Werte kann hingegen eine schwache Beziehung erwartet werden, die im Modell von Fuchs über den Rückkopplungseffekt von der Unterstützung des Regimes auf die Kulturebene zustande kommt. In dem nächsten Kapitel wird erläutert, welche Daten zur Messung der gerade beschriebenen Annahmen herangezogen werden.

## 4.2 Datengrundlage

Für den empirischen Test der vorgestellten Hypothesen wurden die Umfragedaten des Latinobarómetro verwendet.<sup>54</sup> Das Latinobarómetro ist eine seit 1995 jährlich durchgeführte Befragung in mittlerweile 18 lateinamerikanischen Ländern zu Themen wie Demokratie, Wirtschaft und aktuellen Problematiken. Der Survey basiert auf einem Trenddesign mit einem jedes Jahr erhobenen Kern von Fragestellungen und einem jährlich wechselnden Schwerpunkt. In der vorliegenden Arbeit wurden Daten aus den Befragungen in Argentinien in den Jahren 1997, 2002 und 2005 verwendet. Im Fokus der Untersuchung steht die erwachsene Bevölkerung Argentinien (ab 18 Jahren), die in der Erhebung mit einer jährlichen Stichprobe von rund 1200 Befragten erfasst wird (Latinobarómetro 2009: 3). In der Untersuchung werden also Individualdaten, die über Face-to-Face-Interviews erhoben wurden, aus drei Querschnittstudien betrachtet. Tabelle 1 fasst die Angaben zu den Stichproben der drei Jahre aus den „Technical Notes“ zusammen.<sup>55</sup>

Es lässt sich nicht bestreiten, dass eine Panelstudie für die ausgewählte Fragestellung besser geeignet wäre. Allerdings existieren solche Daten für den ausgewählten Fall, soweit bekannt ist, nicht. Generelle Trends lassen sich auch mit repräsentativen Querschnittsdaten beobachten (Diekman 2004: 270). Das Untersuchungsdesign dieser Arbeit greift auf drei Zeitpunkte zurück, die stellvertretend für die anderen Jahre typische Situationen rund um die ausgewählte Problematik erfassen. Die Auswahl der Zeitpunkte erfolgte nach inhaltlichen Kriterien, wie in den vorherigen Kapiteln deutlich wurde.

Im Hinblick auf die Erhebungsmethoden lassen sich einige Differenzen feststellen: So wurden die Stichproben 1997 und 2002 in den ersten beiden Stufen zufällig und dann per Quote gezogen, während 2005 eine dreistufige Zufallsauswahl vorliegt. Auffällig sind dabei die von den Forschungsinstituten berechneten Angaben zur Repräsentativität der gezogenen Stichproben im Bezug auf die Grundgesamtheit. Die Berechnungen der Repräsentativität des Latinobarómetro berufen sich auf Zensus-Ergebnisse aus dem Jahr 2001, ohne allerdings die genaue Methode offen zu legen (Latinobarómetro 2009: 5). Nach den vorhandenen Angaben kann nur 2005 tatsächlich von einer repräsentativen Stichprobe gesprochen werden, während 1997 nur annähernd 70% und 2002 75% der Bevölkerung über das Sample abgedeckt wird.

<sup>54</sup>Die Korporation Latinobarómetro ist eine gemeinnützige Nicht-Regierungs-Organisation mit Sitz in Santiago de Chile. Die Umfrage wird in jedem Land von einem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut durchgeführt. Weitere Informationen sowie die Datensätze sind über die Homepage ([www.latinobarometro.org](http://www.latinobarometro.org)) erhältlich.

<sup>55</sup>Die „Technical Notes“ wurden in einem Überblicksdokument zusammengefasst, das über die Homepage abrufbar ist (Latinobarómetro o.J.). Leider werden ausführlichere methodische Berichte von Latinobarómetro erst ab dem Jahr 2006 bereitgestellt.

Tabelle 1: Überblick über die Erhebungsmethoden des Latinobarómetro in den ausgewählten Jahren

	<b>1997</b>	<b>2002</b>	<b>2005</b>
<b>Auswahlmethode</b>	Dreistufige Auswahl: Zufallsauswahl der Gemeinde und des Haushaltes, dann Quotenauswahl nach dem Geschlecht und dem Alter	Dreistufige Auswahl: Zufallsauswahl der Gemeinde und des Haushaltes, dann Quoten nach dem Geschlecht und dem Alter	Dreistufige Zufallsauswahl
<b>Zeitraum der Erhebung</b>	15. November – 5. Dezember	24. April – 24. Mai	1.– 26. August
<b>Stichprobe (Anzahl der Befragten)</b>	1196	1200	1200
<b>Stichprobenfehler bei einem 95%-Konfidenzintervall</b>	+/-3%	+/-3%	+/-2,8%
<b>Repräsentativität</b>	68%	75%	100%

Quelle: eigene Zusammenstellung mit Daten von Latinobarómetro o.J.

Die unterschiedliche Repräsentativität der Stichproben verweist auf das Problem von verzerrten Stichproben, die insbesondere bei Quotenverfahren auftreten können (ausführlich dazu Diekmann 2004: 390-398).<sup>56</sup> Allerdings lässt sich auch bei reinen Zufallsstichproben keine 100%ige Repräsentativität annehmen, da immer nur ein Teil der Bevölkerung erfasst wird, der nicht zwangsläufig ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit darstellt (Diekmann 2004: 430).

Durch die Verschiedenheit der Stichproben entstehen zwei Probleme für die vorliegende Untersuchung: Das erste Problem besteht in der eingeschränkten Übertragbarkeit der Ergebnisse auf die Grundgesamtheit der erwachsenen argentinischen Bevölkerung. Das zweite betrifft den Vergleich der Ergebnisse in den drei Zeitpunkten, für den alle drei Stichproben annäherungsweise eine gleiche Zusammensetzung in den sozio-demographischen Merkmalen der Befragten aufweisen sollten.<sup>57</sup> Für die

<sup>56</sup> Außerdem kann auf weitere Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Selektionsbias verwiesen werden. Die Diskussion dieser Probleme geht über den Zweck dieser Arbeit hinaus. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Thema bietet zum Beispiel Diekmann (2004).

<sup>57</sup> Beim Vergleich der Verteilungen der drei Jahre sind in Bezug auf die Merkmale Geschlecht und Alter, die beim Quotenverfahren angewendet wurden, nur für die Stichprobe von 2002 eine leichte Abweichung bei den männlichen Befragten sowohl in der grafischen Betrachtung über Box-Plots als auch bei der Varianzanalyse aufgefallen. Da auch diese Abweichung nicht groß ist, lässt sich

Überprüfung von Zusammenhangshypothesen, was gerade im Vordergrund dieser Arbeit steht, sind repräsentative Stichproben allerdings nicht zwingend notwendig (Diekmann 2004: 379f.). Der Effekt der ökonomischen Performanz wird unabhängig von bestimmten sozio-demographischen Merkmalen vermutet. Außerdem wird in den Regressionsanalysen auf wichtige demografische Faktoren, die bei dem Quotenverfahren die Auswahl mitbestimmen, kontrolliert. Verallgemeinerungen im Hinblick auf die interessierende Zielpopulation werden trotzdem nur vorsichtig formuliert.

### 4.3 Operationalisierung

#### 4.3.1 Abhängige Variablen

Im Zentrum der Untersuchung stehen die drei theoretischen Konstrukte der Unterstützung aus dem Modell von Fuchs, die in der Tabelle 2 mit den entsprechenden Indikatoren aufgelistet sind. Auf der Kulturebene wird die „Bindung an demokratische Werte“ mit der Zustimmung zur Aussage, dass Demokratie allen anderen Regierungsformen vorzuziehen ist, erfasst. Eine ähnliche Indikatorwahl findet sich auch bei Fuchs und wird dadurch begründet, dass Demokratie ein Wert an sich darstellt (Fuchs 1998: 20f.).<sup>58</sup> In der Formulierung der Aussage wird Demokratie als ein abstraktes Ideal oder wünschenswerte Art von Regierungssystem präsentiert und ist somit von Bezügen zu realen Formen abgekoppelt (Fuchs&Guidorossi&Svensson 1998: 348). Werte können gerade als „Konzeptionen des Wünschenswerten“ (Kluckhohn 1951: 395) verstanden werden. Der gewählte Indikator präsentiert zugleich eine Konsequenz der Bindung an demokratische Werte, d.h. bei Vorhandensein von demokratischen Werten kann die Präferenz der Demokratie logisch gefolgert werden. Somit erscheint dieser Indikator angemessen, um das latente theoretische Konstrukt zu erfassen.

Die Variable bietet zwei alternative Antwortkategorien zum demokratischen Ideal: eine Aussage, die eine relative Präferenz für ein autoritäres System ausdrückt, und eine, in der Gleichgültigkeit gegenüber den zwei Systemen vermittelt wird. Für die multiplen Regressionen wurden diese drei Kategorien als ein Kontinuum, das die Präferenz eines demokratischen Systems vor einem autoritären wiedergibt, interpretiert und entsprechend umcodiert. Dabei wird Gleichgültigkeit gegenüber der Regierungsform als Mittelkategorie aufgefasst, da sie keine direkte Ablehnung der Demokratie, aber auch keine Befürwortung repräsentiert. Die Zustimmung zur Aus-

---

hier eine systematische Verzerrung ausschließen.

<sup>58</sup>Auch andere Studien greifen auf diesen Indikator zurück, um diffuse Unterstützung der Demokratie zu messen (Dalton 1999: 24; Diamond 1999: 169; Norris 1999a: 16f.; Rose&Mishler&Haerpfer 1998: 102).

sage, dass in manchen Situationen eine autoritäre Regierung einer demokratischen vorzuziehen ist, stellt das negative Extrem der Skala dar und erfasst die Demokratie-Skeptiker, die dem System nicht in allen Problemlagen Effektivität zutrauen, und deutliche Anti-Demokraten. Es lässt sich nicht bestreiten, dass innerhalb der Kategorien teilweise heterogene Motivationen erfasst werden. Da sie sich aber eindeutig voneinander abgrenzen lassen und vor allem eine deutliche Haltung zum demokratischen System als interessierendes Objekt vermitteln, kann das Problem der unzureichenden Differenzierung der Kategorien vernachlässigt werden.

Tabelle 2: Indikatoren der abhängigen Variablen

Theoretisches Konstrukt	Empirischer Indikator	Fragestellung und Antwortkategorien
<i>Bindung an demokratische Werte</i>	Präferenz der Demokratie vor einem autoritären System	Which of the following statements do you agree with most? [1] Democracy is preferable to any other kind of government. [2] In certain situations, an authoritarian government can be preferable to a democratic one. [3] To people like me, it doesn't matter whether we have a democratic government or a non-democratic government.
<i>Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land</i>	Bewertung der Performanz der Demokratie im eigenen Land	In general, would you say that you are [1] very satisfied, [2] fairly satisfied, [3] not very satisfied or [4] not at all satisfied with the way democracy works in Argentina?
<i>Unterstützung der politischen Entscheidungsträger</i>	Vertrauen in den nationalen Kongress	Please look at this card and tell me how much confidence you have in each of the following groups, institutions or persons mentioned on the list: National Congress. [1] a lot [2] some [3] a little [4] no confidence.

Quelle: eigene Zusammenstellung mit dem Codebuch des Latinobarómetro 2002

Die Unterstützung auf der Strukturebene wird mit der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land erfasst (für den genauen Wortlaut siehe Tabelle 2). Dieser Indikator ist in der Forschung zur politischen Unterstützung umstritten (Fuchs&Guidorossi&Svensson 1998: 330; Jacobs 2004: 153f.; Norris 1999b: 220). Bei der Betrachtung des Indikators über einen längeren Zeitraum wurden in verschiedenen Studien über Demokratien starke Schwankungen der

Zufriedenheit mit dem demokratischen System festgestellt (Dalton 2004: 39-41; Klingemann 1999: 49ff.). Das verweist darauf, dass dieser Indikator weniger die generelle Unterstützung für das Normen- und Institutionengefüge in einem Land misst, sondern stärker die Unterstützung der Funktionsweise des Regimes. Da per theoretische Annahme Werte und Normen den Bewertungsmaßstab für die Funktionsweise des demokratischen Regimes vorgeben, erfasst der Indikator die wahrgenommene Diskrepanz zwischen den verinnerlichten demokratischen Werten und dem konkreten Verhalten der politischen Akteure im demokratischen Prozess (Fuchs&Rohrschneider 2001: 250; Montero&Gunther&Torcal 1997: 137). Es wird also ein spezieller Aspekt des theoretischen Konstruktes gemessen, nämlich die Performanz des demokratischen Regimes (Fuchs 1998: 9; Miller&Listhaug 1999: 204f.). Da die Frageformulierung sich auf das im Land etablierte demokratische System bezieht, wurde der Indikator trotz des starken Bezugs zur Performanz in die Ebene der Struktur eingeordnet.

Schließlich wird die Unterstützung der Autoritäten auf der Ebene des Prozesses mit der Frage nach dem Vertrauen in den nationalen Kongress operationalisiert (vgl. für den genauen Wortlaut Tabelle 2). Der Kongress setzt sich aus gewählten Vertretern zusammen, die aufgrund ihrer legislativen Kompetenz als Entscheidungsträger aufgefasst werden können. Es lässt sich vermuten, dass die Kongressabgeordneten an ihrer Aufgabe der Interessenrepräsentation und an der Gemeinwohlorientierung bei der Gesetzgebung gemessen werden. Dadurch wird eine instrumentelle Tendenz der Einstellungen zu diesem Objekt deutlich. Allerdings wird bei der Frage das Vertrauen gegenüber einer Institution als Ganzes angesprochen, und nicht direkt auf die einzelnen Vertreter verwiesen. Theoretisch betrachtet stellt eine Institution ein Objekt der Struktur dar, so dass mit diesem Indikator die Unterstützung gegenüber einem Teil des Regimes gemessen werden könnte (Norris 1999a: 19; Dalton 2004: 35-38). Vertrauen gegenüber einer Institution basiert allerdings auf generalisierten Erfahrungen damit und spiegelt daher die Bewertung des akkumulierten Verhaltens vieler Vertreter wider (Jacobs 2004: 216f.; Dalton 2004: 58). Für die vorliegende Untersuchung erscheint gerade eine generalisierte Bewertung der Leistungen von Entscheidungsträgern interessant. Denn der Austausch einzelner unliebsamer Autoritäten bzw. die Abwahl von bestimmten Regierungen liegt in der Natur des demokratischen Systems (Dalton 2004: 25; Fuchs 2002: 39). Die Abnahme der generellen Unterstützung der Gesamtheit der gewählten Vertreter könnte hingegen die Funktionsweise des Systems stark beeinträchtigen und alternative Regierungsformen attraktiver machen. Daher erscheint der gewählte Indikator als geeignet, um das theoretische Konstrukt auf der Prozessebene abzubilden.

### 4.3.2 Unabhängige Variablen

Zu den wesentlichen Determinanten der Unterstützung des demokratischen Systems in dem analytischen Modell von Fuchs zählt die systemische Performanz. Im Vordergrund steht also die Beurteilung von Leistungen des Systems bei der Lösung allgemeiner gesellschaftlicher Problemlagen. In der hier untersuchten Fragestellung interessiert vor allem der Effekt der ökonomischen Performanz, die einen wichtigen Bereich der systemischen Performanz abdeckt. Entsprechend dem theoretischen Modell wird auch die demokratische Performanz als Determinante der Unterstützung in die multiplen Regressionen eingeschlossen. Der Zusammenhang mit ökonomischer Performanz verweist auf eine instrumentelle Orientierung gegenüber einem Systemobjekt. Bei der demokratischen Performanz orientiert sich die Bewertung des demokratischen Systems an den verinnerlichten Werten und Normen und ist daher nicht ausschließlich instrumentell geprägt (Bratton&Mattes 2001: 468f.).

Tabelle 3: Indikatoren der unabhängigen Variablen

<b>Theoretisches Konstrukt</b>	<b>Empirischer Indikator</b>	<b>Fragestellung und Antwortkategorien</b>
<i>Systemische Performanz</i>	Bewertung der nationalen ökonomischen Situation	In general, how would you describe the present economic situation of the country? Would you say that it is [1] very good, [2] good, [3] about average, [4] bad or [5] very bad?
	Einschätzung der persönlichen ökonomischen Situation	In general, how would you describe your present economic situation and that of your family? Would you say that it is [1] very good, [2] good, [3] about average, [4] bad or [5] very bad?
<i>Demokratische Performanz</i>	Gleichbehandlung vor dem Gesetz	Have (Countrymen) equal treatment in front of the law? [1] Very [2] Quite [3] A little [4] Not at all (umkodiert zu einem Dummy in Orientierung an Codierung von 1997: [1+2] Everybody is equal before the law [3+4] There is no equality before the law)

Fortsetzung nächste Seite

<i>Demokratische Performanz</i>	Korruptionsperzeption	From the list of issues that I am going to read out to you (here: corruption), do you think they have [1] increased a lot or [2] a little, or [3] remained the same [4] have decreased a lot or [5] a little in the last 12 months? <sup>59</sup>
	Prospektive Wahl	If there were elections tomorrow, which party would you vote for? [1] Partido Justicialista; [2] Unión Civica Radical; [3] . . . ; [97] None/blank vote; [98] Don't know <sup>60</sup> (umkodiert in Dummies: „Wahl einer Partei“, „Unentschlossenheit“, „Keine Wahl“)
<i>Soziodemographie</i>	Bildung	Years in education - summary [1] Illiterate [2] Incomplete primary [3] Complete primary [4] Incomplete secondary, technical [5] Complete secondary, technical [6] Incomplete high [7] Complete high
	Alter	How old are you? (als Zahlenangaben codiert)
	Geschlecht	[1] male; [2] female

Quelle: eigene Zusammenstellung mit dem Codebuch des Latinobarómetro 2002

<sup>59</sup>Bei dieser Variable enthielt der Datensatz von 2005 nur eine äquivalente Fragestellung, die folgendermaßen lautet: How much progress do you think has been made on reducing corruption in the State institutions during the last 2 years? Do you think there has been much progress, some progress, little or no progress at all?

<sup>60</sup>Während diese Fälle bei den anderen Variablen grundsätzlich aus der Betrachtung ausgeschlossen werden, stellen sie im Zusammenhang mit dieser Frage eine große Gruppe dar (zwischen 200-300 Befragten pro Jahr), so dass der Ausschluss dieser Personen die Ergebnisse verzerren würde. Zugleich lassen sich aus dieser Gruppe wichtige Informationen für die demokratische Performanz entnehmen, wie die späteren Ausführungen verdeutlichen.

Die Bewertung der ökonomischen Performanz wird für die vorliegende Untersuchung einerseits mit der subjektiven Beurteilung der aktuellen ökonomischen Situation im eigenen Land und andererseits mit der Einschätzung der derzeitigen persönlichen Situation erfasst.<sup>61</sup> Der genaue Wortlaut der verwendeten Fragestellungen ist in der Tabelle 3 dokumentiert. Beide Indikatoren werden häufig in der Forschung zur politischen Unterstützung parallel angewendet (Dalton 2004: 111-127; Graham&Sukhtankan 2004; Rose&Mishler&Haerpfer 1998: 160-178). Die Fragestellung zielt jeweils explizit auf die Einschätzung der aktuellen ökonomischen Situation. Es kann dabei unterstellt werden, dass die Bewertung der aktuellen Situation einerseits in Relation zum bisherigen ökonomischen Verlauf erfolgt und zugleich sich abzeichnende kurzfristige positive oder negative Trends dadurch erfasst werden (Rose&Mishler&Haerpfer 1998: 165f.). Der gewählte Indikator erschien insbesondere passend, um den Effekt der ökonomischen Performanz in der Krisensituation hervorzuheben.

Es wurde entschieden, zwei Indikatoren für ökonomische Performanz parallel zu verwenden, da sie unterschiedliche Sichtweisen auf die wirtschaftliche Lage bieten. So wird mit der Einschätzung der ökonomischen Situation im Land die Performanz des Systems auf der Makroebene betrachtet, während die Bewertung der eigenen ökonomischen Situation die Auswirkungen dieser makroökonomischen Faktoren auf der individuellen Ebene - insbesondere zum Zeitpunkt der ökonomischen Krise - berücksichtigt (Rose&Mishler&Haerpfer 1998: 164f.). Zu den makroökonomischen Faktoren, die bei der Bewertung der ökonomischen Performanz ausschlaggebend sind, zählen die Inflation und die Arbeitslosenrate (Lewis-Beck 2000: 117; Sanders 2000: 276). Auch wenn der durchschnittliche Befragte keine genauen Zahlen dazu kennt, kann die grobe Entwicklung dieser Faktoren im täglichen Leben beobachtet werden, entweder durch die Diskussion in den Medien oder anhand von eigenen Erfahrungen und Begegnungen mit dem unmittelbaren Umfeld (Jacobs 2004: 200; Lewis-Beck 1990: 37).<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup>Als Alternative standen retrospektive oder prospektive Betrachtungen zur Verfügung. Zwar lässt sich durch die retrospektive Bewertung der Situation eine Veränderung der Lage, die sich gut als Performanz deuten lässt, erfassen, aber die Ausgangslage dieser Veränderung bleibt immer ungewiss. Die prospektiven Einschätzungen präsentieren hingegen die grundsätzlichen Erwartungen an die Zukunft, die von verschiedenen Faktoren abhängen können. Obwohl beide Alternativen gewisse Vor- und Nachteile bieten, wurde sich für den Mittelweg entschieden, der mit der Bewertung der aktuellen Situation sowohl Aspekte der retrospektiven, als auch prospektiven Betrachtung enthält. Außerdem wurde die Entscheidung von der Einheitlichkeit bzw. Vergleichbarkeit der Variablen über die drei Zeitpunkte hinweg beeinflusst. Nur die Frage nach der aktuellen Situation (persönlich und national) hatte eine Fünf-Punkte-Antwortskala zu allen drei Zeitpunkten.

<sup>62</sup>Die so getroffenen Einschätzungen zeichnen den Trend dieser makroökonomischer Faktoren relativ präzise nach, wie David Sanders in einer Gegenüberstellung der makroökonomischen Daten und den subjektiven Beurteilungen nachweist (Sanders 2000: 290f.; ebenso Chu&al. 2008: 76).

Eine wichtige Annahme in diesem Zusammenhang ist, dass die makroökonomischen Entwicklungen der Regierung oder dem politischen System in Rechnung gestellt werden (Lewis-Beck 2000: 119). Dies lässt sich für die Beurteilung der ökonomischen Situation des Landes unterstellen, da eine gewisse Steuerung der ökonomischen Prozesse von der Politik erwartet wird (McAllister 2003: 189; Rose&Mishler&Haerpfer 1998: 165). Die gegenwärtige persönliche Situation wird hingegen nicht zwangsläufig mit der Performanz der Regierung oder des Systems in Verbindung gebracht, sondern kann stark von Eigenverantwortung geprägt sein (Lewis-Beck 1990: 36f.). In Krisensituationen neigen die Menschen allerdings verstärkt dazu, die Verantwortung für die nachteilige persönliche Situation bei der Regierung zu sehen (ebd.). Deswegen ist auch die Einschätzung der persönlichen Situation relevant für die vorliegende Fragestellung.

Für die Operationalisierung der demokratischen Performanz wurden drei Variablen aus dem Datensatz herausgegriffen, deren vollständige Formulierung in der Tabelle 3 dokumentiert wurde. Für alle drei Zeitpunkte enthielt der Datensatz eine Frage danach, ob alle Mitbürger die gleiche rechtliche Behandlung erfahren. Diese Variable wurde als Indikator für „Gleichheit vor dem Gesetz“ übernommen. Zusätzlich lässt sich diese Variable in Verbindung mit der Gewährleistung grundsätzlicher Rechte und Freiheiten, wie sie in Gesetzen festgelegt sind, bringen. Die Einschätzungen der Befragten spiegeln ihre eigenen Erfahrungen oder Beobachtungen wider. In der Befragung von 1997 lag der Indikator als dichotome Variable vor, so dass auch für die zwei anderen Zeitpunkte eine dichotome Variable gebildet wurde, um maximale Vergleichbarkeit zwischen den Jahren zu gewährleisten (siehe Tabelle 3).

Der zweite Indikator der demokratischen Performanz bezieht sich auf die generelle Perzeption der Korruption im Land und lenkt den Fokus auf die Verfahrensgerechtigkeit bei der Durchsetzung von Interessen (Anderson&Tverdova 2003: 91f.; Seligson 2002: 410; Warren 2004: 333). Politische Korruption lässt sich als “inappropriate use of common power and authority for purposes of individual or group game at common expense” (Warren 2004: 332) definieren.<sup>63</sup> In einem demokratischen System impliziert dies, dass die Entscheidungsfindung nicht transparent abläuft, die Bürger systematisch durch informelle Strukturen davon ausgeschlossen und benachteiligt werden. Der hier verwendete Indikator misst deshalb die wahrgenommene Bindung an demokratische Regeln im Allgemeinen und an Mechanismen

---

<sup>63</sup>Bei der ausgewählten Fragestellung handelt sich um die Perzeption der generellen Korruption im Land, die auch private Firmen und Personen einschließt. Eine Ausnahme bildet dabei die Fragestellung aus dem Datensatz 2005 (siehe Fußnote 60). Dieser Umstand kann aber vernachlässigt werden, da Bestechung im privaten Bereich nicht die gleiche mediale Aufmerksamkeit gewidmet wird und nicht zwangsläufig als ein Gesetzesbruch betrachtet wird. Es wird hier unterstellt, dass die Befragten gerade die definierte politische Korruption vor Augen haben.

der Interessenrepräsentation sowie -durchsetzung im Besonderen (della Porta 2000: 216ff.; Seligson 2002: 410f.). Die Fragestellung zielt auf die Einschätzung des Zustandes der Korruption im Land durch den Befragten. Diese beruht auf Informationen aus der Berichterstattung in den Medien über schwere öffentliche Fälle oder auch auf alltäglichen Erfahrungen damit.<sup>64</sup> Bei den vorgegebenen Antwortkategorien fällt auf, dass eine Bewertung im Vergleich zu einem früheren Zeitpunkt gefordert wird. Da die Frage ausdrücklich auf eine Problematik (issue) verweist, beziehen sich die Antworten auf einen negativen Zustand der Korruption als Ausgangslage.<sup>65</sup>

Beim dritten Indikator der demokratischen Performanz steht Repräsentation der eigenen politischen Ansichten im Vordergrund der Betrachtung. Mit der Frage, für welche Partei sich ein Befragter entscheiden würde, wenn am nächsten Tag gewählt werden würde, wird häufig überprüft, ob der Befragte sich der Regierung oder der Opposition verbunden fühlt. Das verweist auf folgenden Zusammenhang: „allegiance to those in power provides a lens through which people view the political world around them“ (Anderson&Tverdova 2003: 104). Angesichts der heftigen Proteste während der Krise gegen die gesamte politische Klasse, die häufig als Repräsentationskrise der argentinischen Demokratie gedeutet werden, kann diese Überlegung über die Regierungswähler auf die Gesamtheit der Parteien im argentinischen System übertragen werden. Das bedeutet, dass Befragte, die irgendeine Partei des Systems präferieren, grundsätzlich sich in ihren politischen Interessen und Ideen besser repräsentiert fühlen und deshalb eine größere Unterstützung gegenüber dem demokratischen System aufweisen (Klingemann&Fuchs 1998: 2). Auf der anderen Seite sehen unentschlossene Individuen oder diejenigen, die gar keine Partei des Systems wählen würden, keine ansprechende Alternative im Parteiensystem und könnten deshalb stärker am demokratischen System zweifeln.<sup>66</sup> Entsprechend dieser drei Gruppen wurden die Antworten umcodiert (vgl. Tabelle 3).

Zusätzlich zu den genannten potenziellen Einflussfaktoren der demokratischen Unterstützung werden auch sozio-demographische Variablen wie das Geschlecht, das Alter und die Bildung in die Untersuchung einbezogen. Neben ihrer grundsätzlichen

<sup>64</sup>So können Individuen diese Ausfälle tagtäglich miterleben, wenn zum Beispiel sie oder ihnen bekannte Personen durch ein Bestechungsgeld einer Strafe bei einer Polizeikontrolle entkommen oder die Beschleunigung einer Antragsbearbeitung in Behörden erwirken können (Seligson 2002: 416).

<sup>65</sup>Das bestätigen auch Angaben zur Frage nach dem größten Problem des Landes, die ebenfalls in dem Datensatz erfasst werden. Korruption wird in den ausgewählten Jahren als eine von den fünf wichtigsten Problemen (2002 sogar an zweiter Stelle, 1997 an dritter) genannt.

<sup>66</sup>Grundsätzlich lassen sich in diesen Entscheidungen verschiedene Motive vermuten, die sowohl von Unkenntnis oder einem generellen Desinteresse am politischen Geschehen gekennzeichnet sind, als auch eine Enttäuschung über die realen Zustände oder auch grundsätzliche Anti-System-Haltungen repräsentieren.

Kontrollfunktion können sozio-demographische Variablen auf Zusammenhänge mit schwer messbaren Einflussfaktoren verweisen. So kann das Alter einen Hinweis auf die Sozialisation und auf die mit dem politischen System gemachten Erfahrungen geben (Jacobs 2004: 246f.; Rose&Mishler&Haerpfer 1998: 128f.). Im Falle von Bildung wird häufig angenommen, dass die Bessergebildeten sich gründlicher über politische Sachfragen informieren, mit besseren Analysefähigkeiten ausgestattet sind und dadurch auch eher demokratische Werte vertreten (Booth&Seligson 2009: 115; Lipset 1959: 79ff). Um die Unterschiede im Bildungsstatus zu berücksichtigen, wurde eine ordinal geordnete Variable aus dem Datensatz übernommen, die Bildungsjahre der Befragten zu Kategorien zusammenfasst (vgl. Tabelle 3).

### 4.3.3 Probleme der Operationalisierung

Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine Sekundäranalyse. Deshalb können nur die Variablen verwendet werden, die im Datensatz abgefragt wurden. Es wurde bei der Operationalisierung versucht, dem theoretischen Konstrukt so nahe wie möglich zu kommen und maximale Vergleichbarkeit der drei Zeitpunkte zu gewährleisten. In den vorangegangenen Abschnitten wurden die einzelnen Indikatoren in Bezug auf ihre theoretische Angemessenheit diskutiert und vereinzelt auf Interpretationsschwierigkeiten hingewiesen. Ausführliche Tests im Hinblick auf Reliabilität und Validität können im Rahmen dieser Arbeit und anhand der vorhandenen Mittel nicht durchgeführt werden.<sup>67</sup> Im Folgenden sollen punktuell grundsätzliche Probleme dieser empirischen Untersuchung angesprochen werden, die auch für den gesamten Forschungszweig von Bedeutung sind.

Zunächst kann hinsichtlich der Inhaltsvalidität angemerkt werden, dass die Indikatoren für die abhängigen Variablen die theoretischen Dimensionen nicht hundertprozentig widerspiegeln. So wird die Bindung an demokratische Werte mit einem Indikator erfasst, der eher eine Folgerung dieses theoretischen Konstruktes darstellt. Dabei fehlt es an einer klaren Unterscheidung der implizierten Werte genauso wie an Angaben zur Stärke der Bindung. Die Befürwortung der Demokratie oder der Vorzug eines autoritären Systems in bestimmten Situationen erfordern ein grobes Verständnis der Wesenszüge der beiden Systemarten. In einem späteren Kapitel wird deshalb überprüft, ob das Demokratieverständnis der befragten Argentinier der hier verwendeten Definition entspricht. Insbesondere wird betrachtet, welches Konzept von Demokratie bei den Demokratiebefürwortern vorherrscht. Allerdings kann auch aus der Betrachtung des Verständnisses der Demokratie weder auf Wertebindungen,

<sup>67</sup>Die einzige vergleichbare Studie stellt der renommierte World Values Survey dar, allerdings erfasst diese Studie nicht die interessierenden Zeitpunkte und Variablen und bietet sich deshalb nur sehr eingeschränkt zur Validierung der Ergebnisse oder zum Test der Reliabilität an.

noch auf die Gründe für die Zustimmung zum demokratischen Ideal geschlossen werden. Daran wird deutlich, dass zur exakten Messung des hier verwendeten theoretischen Konzeptes Fragenitems, bei denen die Einstellungen zu konkreten demokratischen Werten, wie sie theoretisch postuliert werden, verwendet werden sollten.

Außerdem kann ein normativer Bias bei der Formulierung der Antwortkategorien kritisiert werden, da die Ablehnung der Demokratie nur mit der Einschränkung „in manchen Situationen“ geäußert werden kann. Einerseits wird dadurch, die Entscheidung für eine ablehnende Haltung vereinfacht; andererseits suggeriert diese Antwortvorgabe, dass Demokratie das politische Ideal sein sollte, was das Problem der sozialen Erwünschtheit hervortreten lässt. Daran zeigen sich prinzipielle Probleme der Forschung zur politischen Unterstützung: Bei diesen sensiblen ideologischen Fragen ist die Gefahr von Interviewer-Effekten oder der Tendenz zur Beantwortung der Frage entsprechend der vorherrschenden öffentlichen Meinung groß (Schedler&Sarsfield 2007: 638).

Weiterhin ergeben sich Schwierigkeiten bei der Interpretation des Indikators der Unterstützung des demokratischen Regimes. Unzufriedenheit mit dem Funktionieren des Systems lässt sich auf vielfältige Weise interpretieren: Es kann die Ablehnung des demokratischen Regimes an sich bedeuten, aber auch die Forderung nach einem regelkonformeren Verhalten im Prozess implizieren oder den Wunsch nach demokratischen Reformen (Diamond 1999: 169; Mishler&Rose 1998: 99). Zugleich lässt sich nicht bestreiten, dass die allgemeine Leistungsfähigkeit des Systems ebenfalls in diese Bewertung einfließt, so dass die Variable eine Art „catchall approval rating“ (Chu&al.2008: 82) für das gesamte politische System präsentiert. Schließlich lässt sich aus der Frage nicht ableiten, vor welchem Hintergrund die Befragten ihr System bewerten und welche Erwartungen sie an ein demokratisches System stellen (Mishler&Rose 2001: 82). Auch wenn dieser Indikator nicht perfekt den interessierenden Aspekt der Unterstützung des Regimes erfasst, veranschaulicht er, inwiefern die spezifischen Erwartungen der Bürger an ihr demokratisches Regime in der Realität umgesetzt werden (Fuchs&Guidorossi&Svensson 1998: 332; Lagos 2001: 141). Gerade in jungen Demokratien kann dieser Aspekt von großer Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Systems sein, da die normativen Bindungen an das Ideal der Demokratie eventuell noch nicht so stark ausgeprägt sind (ebd.; Diamond 1999: 200). Deswegen stellt die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie einen nützlichen Indikator für die vorliegende Untersuchung dar. Grundsätzlich muss er mit Vorsicht interpretiert werden.

Außerdem bestehen einige Unsicherheiten bezüglich der operationalisierten erklärenden Variablen. So fehlt bei den zwei Indikatoren für die ökonomische Perfor-

manz ein eindeutiger Bezug zum eigentlich interessierenden Aspekt der systemischen Performanz, nämlich die Verbindung mit der Leistungsfähigkeit der Regierung oder des Systems als Ganzes. Schließlich lässt sich der Zustand der nationalen Ökonomie auch auf externe Faktoren wie die zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit oder internationale Schocks zurückführen (vgl. Abbildung 12 im Anhang). Deshalb müssen nicht nur bei den so genannten Globalvariablen wie Bildung und Alter, sondern auch bei thematisch eindeutigen Fragen nur vorsichtige Schlussfolgerungen aus den gefundenen Zusammenhängen gezogen werden, da die genauen Hintergründe für die gegebene Antwort nicht bekannt sind. Deshalb werden im Folgenden die Ergebnisse unter dem Vorbehalt vorgestellt, dass „die Indikatoren auch tatsächlich das messen, was sie vorgeben zu messen“ (Jacobs 2004: 283). Prinzipiell kann angenommen werden, dass die gemessenen Variablen einen relevanten Teil des interessierenden Objektraumes der nicht beobachtbaren Sachverhalte trotz der angeführten Kritikpunkte abbilden.

## **4.4 Das Niveau der Unterstützung des demokratischen Systems vor, während und nach der Krise**

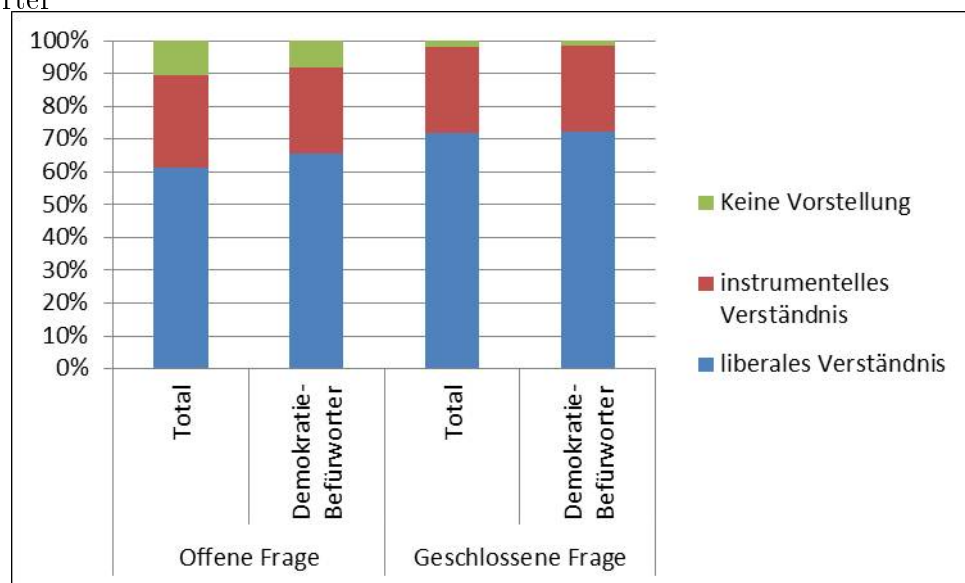
### **4.4.1 Verständnis von Demokratie**

Bevor es an die Analyse der Daten geht, wird hier betrachtet, was die Befragten unter Demokratie verstehen. Wie schon dargelegt wurde, gibt das Verständnis der Demokratie einen Hinweis darauf, welche Prinzipien mit der Demokratie in Verbindung gebracht werden. Das kognitive Verständnis von Demokratie kann als notwendige Voraussetzung für Unterstützungseinstellungen gesehen werden (Fuchs&Roller 1994: 15f.). Bei den unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie lassen sich im Groben zwei Konzepte differenzieren: Ein auf demokratischen Prinzipien beruhendes Verständnis, das einzelne Merkmale der Demokratie nach der hier verwendeten Definition anspricht (vgl. Abschnitt 2.1), und ein auf bestimmte Leistungen des Systems zielendes Verständnis, das Aspekte wie soziale Gleichheit, ökonomischen Wohlstand oder Sicherheit anspricht (Ai Camp 2001: 9; Dalton&Jou&Sin 2007: 142; Schedler&Sarsfield 2007: 639). Die erste Art von Verständnis wird hier als liberal bezeichnet, die zweite als instrumentell.

Der Datensatz aus dem Jahr 2002 enthielt zwei entsprechende Fragestellungen: In einer offenen Frage wurden die Befragten aufgefordert, die Bedeutung der Demokratie für einen selbst darzulegen; in der geschlossenen standen ihnen Kategorien zur Auswahl des wichtigsten Charakteristikum eines demokratischen Systems. Während in der offenen Frage eine persönliche Definition von Demokratie gefordert

wird, zielte die geschlossene stärker auf die grundsätzlichen Erwartungen oder Anforderungen an das System. Die im Datensatz schon eingeteilten Antwortkategorien wurden entsprechend den oben dargelegten Definitionen zusammengefasst (ausführliche Informationen in der Tabelle 7 und 8 im Anhang). Die Ergebnisse werden in Abbildung 8 graphisch präsentiert, wobei die ersten beiden Balken aus der offenen Frage und die letzten beiden aus der geschlossenen abgeleitet sind.

Abbildung 8: Verständnis von Demokratie aller Befragten und der Demokratiebefürworter



Quelle: Latinobarómetro 2002, eigene Darstellung

Über 60% der Befragten haben in der offenen Frage Aspekte von Demokratie genannt, die mit der hier vorgestellten Definition im Einklang stehen. Auf der anderen Seite verbanden fast 30% bestimmte systemische Leistungen mit Demokratie, und ein Zehntel aller Befragten konnte keine Definition abgeben. Bei der geschlossenen Frage liegt der Anteil des liberalen Demokratieverständnisses bei über 70%. Für das instrumentelle Verständnis gab es bei dieser Frage nur die Antwortmöglichkeit „Ein ökonomisches System, das ein würdevolles Einkommen garantiert“. Über 26% der Befragten sehen das als wesentliches Charakteristikum einer Demokratie an.

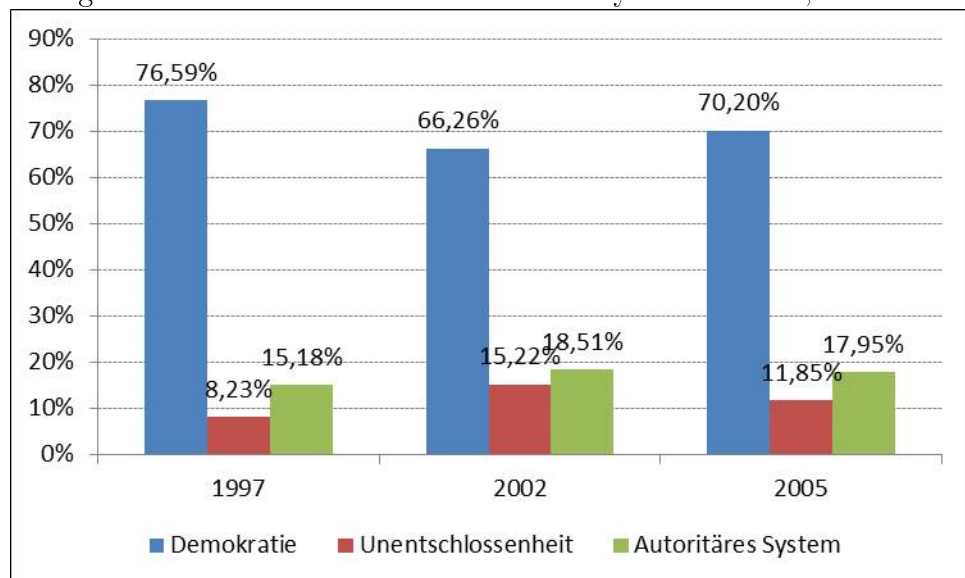
Bei der Gegenüberstellung von dem Demokratieverständnis mit der Präferenz der Demokratie zeigen sich ähnliche Verteilungen. Das verdeutlicht, dass zwar die Mehrheit der Demokratie-Befürworter ein liberales Verständnis hat, aber das zugleich rund ein Viertel dieser Befragten bestimmte systemische Leistungen von einem demokratischen System erwartet, wobei das in beiden Fragen deutlich wird. Daraus kann geschlossen werden, dass die Befürwortung der Demokratie nicht zwangsläufig auf einer liberalen Demokratievorstellung fußt, sondern auch instrumentelle Ansprü-

che an das System enthält. Somit kann die Präferenz eines demokratischen Systems in Verbindung mit systemischer Performanz stehen.

#### 4.4.2 Bindung an demokratische Werte

Theoretisch stellt die Bindung an demokratische Werte eine über die Zeit stabile und von Performanzeinflüssen gelöste Basis der Unterstützung des Systems dar. Der für diese Arbeit gewählte Indikator, der die Präferenz eines demokratischen Systems vor einem autoritären abbildet, zeigt deutliche Abweichungen in den drei betrachteten Zeitpunkten (siehe Abbildung 9). Die Zustimmung zur Demokratie war 1997 mit über 76% auf einem hohen Niveau. Während der Krise verringerte sich die Befürwortung der Demokratie in 2002 um zehn Prozentpunkte, während der Anteil der Unentschlossenen um 7 Prozentpunkte stieg und auch die Präferenz eines autoritären Systems um ungefähr 3 Prozentpunkte anstieg. In der wirtschaftlich und politisch stabilen Situation in 2005 verbesserte sich die Präferenz der Demokratie um knapp 4 Prozentpunkte, während insbesondere der Anteil der Unentschlossenen fast vier Prozentpunkte sank. Es fand allerdings in dem wirtschaftlich stabilen Jahr 2005 keine deutliche Rückkehr zu den Verhältnissen aus der Vorkrisenzeit statt.

Abbildung 9: Präferenz für ein demokratisches System in 1997, 2002 und 2005



Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Darstellung

Um diese Beobachtungen fundiert zu überprüfen, wurde eine Varianzanalyse<sup>68</sup> mit der Präferenz eines demokratischen Systems als Ziel- bzw. abhängige Variable

<sup>68</sup>Bei einer Varianzanalyse wird getestet, ob die mittlere quadratische Abweichung der abhängigen Variable vom Gesamtmittelwert zwischen den definierten Einflussgruppen größer ist als die Varianz innerhalb der Gruppen (näheres dazu bei Backhaus&al. 2011: 157-185). Im Zentrum der Varianzanalyse steht ein F-Test mit der Nullhypothese, dass die Mittelwerte der Einflussgrup-

und den drei Zeitpunkten als Einflussgröße bzw. unabhängige Variable durchgeführt. Ziel war es festzustellen, ob sich die Mittelwerte der Präferenz der Demokratie in den drei Jahren signifikant unterscheiden. Es wird für die gesamte Arbeit, wenn nicht anders angegeben, mit einem Signifikanzniveau von 5% getestet. Für den vorliegenden Fall würde ein signifikanter Unterschied bedeuten, dass die Niveaus der Präferenz der Demokratie sich während der Krise und nach der Restabilisierung der Situation deutlich veränderten.

Die Ergebnisse der Varianzanalyse bestätigen, dass mindestens einer der Mittelwerte in den drei Zeitpunkten sich bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 0,01 Prozent von den anderen unterscheidet (siehe Datenauszug im Anhang).<sup>69</sup> Um festzustellen, zwischen welchen Jahren die Unterschiede bestehen, wurden multiple Vergleiche mit dem Bonferroni- und dem Scheffe-Test durchgeführt.<sup>70</sup> Dabei zeigte sich, dass sich der Mittelwert der Präferenz für Demokratie in 1997 signifikant von den Mittelwerten in 2002 und 2005 unterscheidet (siehe Anhang). Zwischen den Mittelwerten in 2002 und 2005 existiert allerdings kein Unterschied. Die Präferenz der Demokratie sank also tatsächlich in 2002 im Vergleich zu 1997, kehrte dann aber zum Zeitpunkt nach der Wiederherstellung der Stabilität in 2005 nicht auf das Ausgangsniveau zurück, sondern blieb relativ auf dem gleichen Stand wie in der Krise. Die Hypothese  $H_{N1a}$  wird dann abgelehnt, da das Niveau der Bindung an demokratische Werte in der Krise nicht auf dem gleichen Stand wie in wirtschaftlich stabilen Zeiten ist. In Bezug auf  $H_{N1b}$  können keine eindeutigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Einerseits hat sich die Vermutung, dass das Niveau der Unterstützung während wirtschaftlicher Krisenzeiten sinkt, bestätigt. Andererseits zeichnet sich für das Niveau nach der Rückkehr zur Stabilität in 2005 eher eine verzögerte Wiederherstellung der Ausgangslage oder sogar eine dauerhafte Veränderung des Niveaus infolge der Krise ab.

#### 4.4.3 Unterstützung des demokratischen Regimes

Im Hinblick auf die Unterstützung des demokratischen Regimes wurde angenommen, dass ihr Niveau während der Krise deutlich niedriger ist als zu den zwei stabilen Zeitpunkten. Wie die Anteile der Befragten, die eher zufrieden mit dem Funktionieren

---

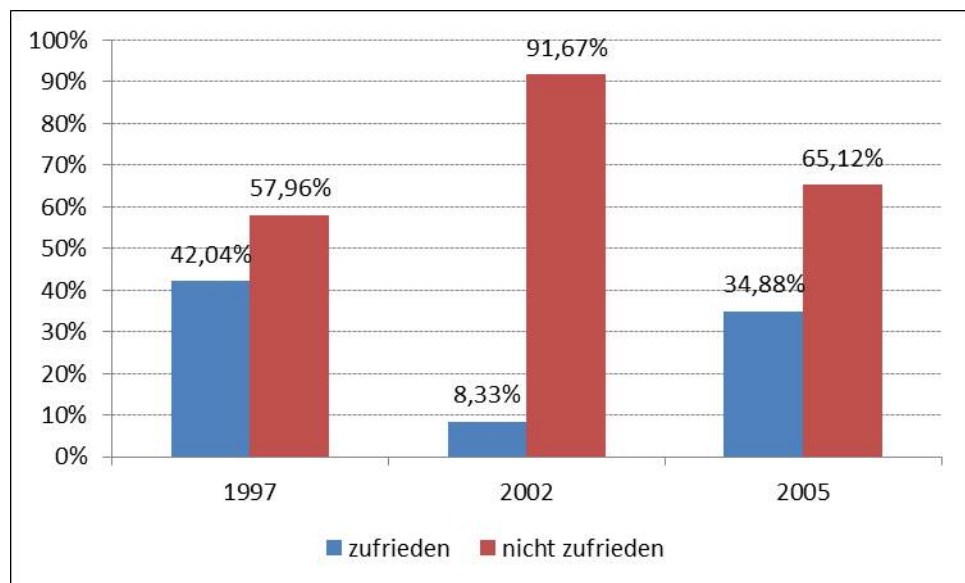
pen alle gleich sind. Übersteigt der errechnete empirische Wert den theoretisch erwarteten, wird die Ausgangshypothese abgelehnt, d.h. es gibt einen signifikanten Unterschied in den definierten Gruppen, der auf den Einfluss bestimmter Faktoren hinweist (Backhaus&al. 2011: 165f.).

<sup>69</sup>Der Bartlett-Test auf Homogenität der Varianzen, die eine notwendige Voraussetzung für die Varianzanalyse darstellt, zeigte, dass sich die Verteilungen in den Jahren unterscheiden. Allerdings hat die Verletzung dieser Bedingung bei großen Stichprobenumfängen kaum Auswirkungen auf die Ergebnisse des F-Tests (Bortz&Schuster 2010: 213f.).

<sup>70</sup>Näheres zu den Verfahren bei Agresti&Finley 2009: 377f..

der Demokratie im Land waren, in Abbildung 10 verdeutlichen, nahm die Unterstützung des Regimes in der Krise ab, und stieg zum Zeitpunkt nach der Restabilisierung der ökonomischen Situation wieder an.<sup>71</sup> Der Mittelwert fiel von 2,33 in 1997 auf 1,61 im Krisenjahr 2002 und stieg wieder auf 2,24 in 2005, wobei der höhere Wert eine stärkere Zufriedenheit mit dem Regime bedeutet.

Abbildung 10: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie 1997, 2002 und 2005



Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Darstellung

Bei der Varianzanalyse zeigte sich ein hoch signifikanter Unterschied von mindestens einem der drei betrachteten Mittelwerte (siehe Datenauszug im Anhang). Die Mittelwerte der zwei stabilen Zeitpunkte scheinen ein ähnliches Unterstützungsniveau aufzuweisen, so dass eine Rückkehr zum alten Stand vermutet werden kann. Allerdings wurde in den multiplen Vergleichen mit dem Boferroni- und dem Scheffe-Test festgestellt, dass Unterschiede in allen Kombinationen der drei Zeitpunkte auf einem Signifikanzniveau von 5 % bestehen. Aufgrund dieser Resultate kann die Hypothese  $H_{N2}$  als bestätigt gelten. Das bedeutet, dass in Krisenzeiten das Niveau der Unterstützung des demokratischen Regimes deutlich niedriger ist als in wirtschaftlich stabilen Zeiten. Der festgestellte Unterschied der Unterstützungsniveaus in den zwei stabilen Zeitpunkten lässt keine eindeutige Interpretation zu, da verschiedene Faktoren einen Einfluss auf die Unterstützung des Regimes haben können. Es kann vermutet werden, dass nur eine langsame Erholung bzw. graduelle Rückkehr zum Niveau der Unterstützung des Regimes vor der Krise stattfindet. Ein Effekt der Kri-

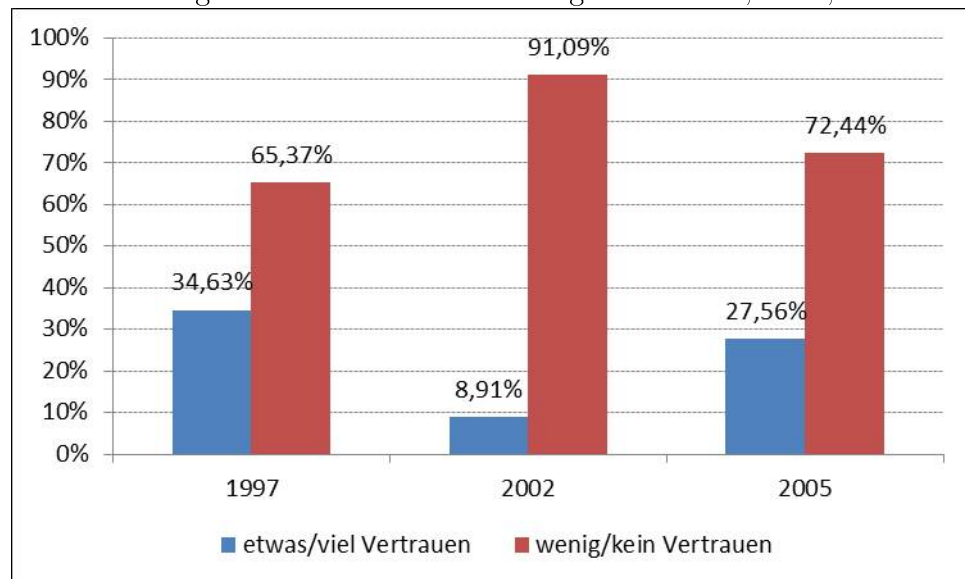
<sup>71</sup>Für eine bessere Übersicht über die Entwicklung wurden die Kategorien sehr zufrieden und etwas zufrieden und analog dazu eher unzufrieden und gar nicht zufrieden zusammengefasst.

se könnte sein, dass viele Mechanismen des Regimes kritischer gesehen werden bzw. die Ansprüche an die Performanz des demokratischen Regimes gestiegen sind.

#### 4.4.4 Unterstützung der Entscheidungsträger

Bei der Entwicklung der Unterstützung der Entscheidungsträger lässt sich ein ähnliches Bild wie im Falle des Regimes zeichnen: Das Vertrauen in den Kongress sank während der Krise deutlich im Vergleich zur Ausgangslage in 1997, was sich in der Abbildung 11 an der Zunahme des Anteils von keinem oder wenig Vertrauen verfolgen lässt.<sup>72</sup> Nach der Wiederherstellung der Stabilität zeigte sich eine leichte Verschiebung der Anteile Richtung mehr Vertrauen, wobei der Großteil der Befragten immer noch wenig oder nur etwas Vertrauen in den Kongress äußerte. Der Mittelwert der Variable fiel von 2,11 in 1997 auf 1,42 in 2002 und stieg wieder auf 2,03 in 2005, wobei höhere Werte ein größeres Vertrauen implizieren.

Abbildung 11: Vertrauen in den Kongress in 1997, 2002, 2005



Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Darstellung

Wie die Varianzanalyse und die anschließenden multiplen Vergleichstests offenlegen, bestand ein deutlicher Unterschied in den Mittelwerten der Jahre 1997 und 2002 sowie zwischen den Jahren 2002 und 2005 (vgl. Datenauszug im Anhang). Der Unterschied zwischen 1997 und 2005 ist mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% nicht signifikant. Somit lässt sich die Hypothese  $H_{N3}$ , dass das Niveau der Unterstützung der Entscheidungsträger während Krisenzeiten niedriger ist, eindeutig bestätigen. Im Gegensatz zu der Unterstützung des Regimes scheint das Niveau der

<sup>72</sup>Für eine bessere Übersicht über die Entwicklung wurden hier die Kategorien wenig und kein Vertrauen und analog dazu etwas und viel Vertrauen zusammengefasst.

Unterstützung auf einen mit der Ausgangslage in 1997 vergleichbaren Stand zurückgekehrt zu sein. Daran zeigt sich, dass Unterstützung auf der Prozessebene, wie theoretisch angenommen, stärker von den alltäglichen Entwicklungen abhängt, als die beiden anderen Ebenen. Welche Faktoren genau darauf Einfluss haben und wie sich diese auf die anderen Unterstützungsformen, insbesondere im Kontext der Krise, auswirken, wird anhand von Regressionsanalysen im nächsten Abschnitt überprüft.

## **4.5 Determinanten der Unterstützung des demokratischen Systems**

### **4.5.1 Methodische Vorbemerkungen**

In dem folgenden Kapitel wird anhand von multiplen linearen Regressionsanalysen untersucht, welche Faktoren im Zusammenhang mit der Unterstützung des demokratischen Systems stehen und wie sich diese Beziehungen während der Krise und nach der Restabilisierung der ökonomischen Situation verändert haben. Bei einer linearen Regressionsanalyse werden im Allgemeinen durch die Methode der kleinsten quadratischen Abweichungen Parameter geschätzt, die einen Zusammenhang zwischen einer abhängigen und unabhängigen Variablen in Form einer Geraden beschreiben (Näheres dazu bei Bortz&Schuster 2010: 185-188; Kohler&Kreuter 2008: 188-191). Bei einer multiplen Regression wird mehr als eine unabhängige Variable eingeschlossen. Dabei stellt jeder errechnete Koeffizient den Zusammenhang mit der abhängigen Variable dar, der unter Kontrollhaltung der übrigen unabhängigen Variablen zu beobachten ist (Bortz&Schuster 2010: 343; Kohler&Kreuter 2008: 203).

Wichtige Voraussetzungen der multiplen Regressionsanalyse sind Linearität des unterstellten Zusammenhangs, Homoskedastizität der Residuen und Normalverteilung dieser an einer beliebigen Stelle sowie keine lineare Abhängigkeit der Koeffizienten (ausführlich dazu Bortz&Schuster 2010: 348; Kohler&Kreuter 2008: 208-228). Diese Annahmen wurden in verschiedenen Verfahren für die neun Regressionen untersucht (siehe zur Vorgehensweise Kohler&Kreuter 2008: 208-228). Linearität der Zusammenhänge konnte in den wichtigsten Fällen anhand graphischer Betrachtungen bestätigt werden, zugleich wurden keine auffälligen Hinweise auf nicht-lineare Beziehungen gefunden. Die linearen Zusammenhänge waren allerdings nur schwach ausgeprägt, was auf Probleme der Spezifikation des Modells hindeutet. Da es sich hier um eine Sekundäranalyse handelt, lassen sich außerdem Probleme mit ausgelassenen Einflussfaktoren oder der Skalierung von Variablen nicht ausschließen. Diese Einschränkungen haben keinen entscheidenden Einfluss auf die Ergebnisse. Denn die wichtigsten Determinanten des theoretischen Modells wurden berücksichtigt und das

ist für den Test der Theorie hinreichend. In Bezug auf Multikollinearität wurden außerdem bei der Betrachtung der „Variance Inflation Factors“ (Kohler&Kreuter 2008: 225) keine Auffälligkeiten festgestellt.

Für die Überprüfung der Normalverteilungsannahme wurde noch kein zuverlässiges Verfahren für multiple lineare Regressionen entwickelt (Bortz&Schuster 2010: 342). Deswegen musste hier auf einen ausführlichen Test verzichtet werden. Es lässt sich aber unterstellen, dass die Residuen an einer beliebigen Stelle bei vielen Wiederholungen annähernd normalverteilt sind, wenn die Fehlerterme nicht systematisch verzerrt sind (Bortz&Schuster 2010: 74). Im Hinblick auf Homoskedastizität der Fehlerterme wurden Verletzungen insbesondere bei den Regressionen des Jahres 2002 festgestellt. Ebenso auffällig war dieses Problem bei Regressionen mit der abhängigen Variable „Präferenz eines demokratischen Systems“. Um trotzdem zuverlässige Signifikanztests zu erhalten, wurden in diesen Fällen robuste Standardfehler verwendet, die Homoskedastizität nicht als Voraussetzung haben (Kohler&Kreuter 2008: 227).

Insgesamt kann hier das ausgewählte Verfahren zum Test der Hypothesen verwendet werden. Die Interpretation der Ergebnisse erfolgt trotzdem unter Vorbehalt, dass die gefundenen Schwächen nicht verzerrend wirken. Das betrifft besonders die Stichprobe aus dem Jahr 2002. Es ist möglich, dass diese Stichprobe aufgrund der unmittelbaren Umstände abweicht. So lässt sich zum Beispiel vorstellen, dass in dieser turbulenten Zeit und bei der großen Protestaktivität ein Selektionsbias vorliegt, da nur die Individuen, die in ihrem Haushalt angetroffen wurden, befragt werden konnten. Auf der anderen Seite könnten die abweichenden Ergebnisse gerade den Situationseffekt der Krise verdeutlichen. Auf diese Punkte wird bei der Diskussion der Ergebnisse in den nächsten Kapiteln genauer eingegangen.

#### 4.5.2 Determinanten der Bindung an demokratische Werte

Die Bindung an demokratische Werte stellt in dem theoretischen Modell eine von der ökonomischen Performanz weitestgehend unabhängige Einstellung dar. Diese Annahme hat sich für die betrachteten Jahre als richtig erwiesen, wie die Ergebnisse der Regressionsanalysen in Tabelle 4 nahelegen.<sup>73</sup> Die ökonomische Performanz - so-

<sup>73</sup>Alle unabhängigen Variablen sind so kodiert, dass ein höherer Wert eine positive Bedeutung hat. Bei der Korruptionsperzeption bedeutet es, dass weniger Korruption im Land wahrgenommen wird. Beim Konstrukt „Repräsentation durch das Parteiensystem/Identifikation mit einer Partei“ wurden zwei Dummies, die einerseits Unentschlossenheit und andererseits völlige Ablehnung gegenüber den zur Wahl stehenden Parteien äußern, eingeschlossen, während die Wähler irgendeiner Systempartei als Kontrollkategorie auftreten. Das Bildungsniveau geht von niedrig Richtung hoch und beim Dummy für das Geschlecht hat ein Mann die Ausprägung 1. Auch die abhängige Variable ist in die positive Richtung kodiert, so dass die Zustimmung zur Demokratie mit einem höheren

Tabelle 5: Determinanten der Bindung an demokratische Werte (Ergebnisse der multiplen Regression)

unabhängige Variable	1997		2002		2005	
	b-Koeff.	ß-Koeff.	b-Koeff.	ß-Koeff.	b-Koeff.	ß-Koeff.
<i>ökonomische Performanz auf nationaler Ebene</i>	0,054	0,065	-0,03	-0,024	0,043	0,048
<i>persönliche ökonomische Situation</i>	0,033	0,039	0,018	0,02	0,035	0,035
<i>Gleichheit vor dem Gesetz</i>	0,052	0,019	-0,0004	-0,0002	-0,009	-0,005
<i>Korruptionsperzeption</i>	-0,025	-0,014	0,024	0,016	0,051	0,057
<i>Prospektive Wahl: unentschlossen</i>	-0,076	-0,046	0,014	0,008	0,001	0,001
<i>Prospektive Wahl: keine Partei</i>	-0,223**	-0,111	-0,137*	-0,086	-0,142*	-0,08
<i>Bildung</i>	0,078***	0,147	0,108***	0,18	0,052**	0,1
<i>Alter</i>	0,004**	0,099	0,004**	0,093	0,005***	0,12
<i>Geschlecht</i>	0,012	0,008	-0,104*	-0,066	0,078	0,05
<i>Konstante</i>	1,981***		1,911***		1,172***	
<i>Anzahl der Betrachtungen</i>	1035		1074		997	
<i>Erklärte Varianz (korreg. R<sup>2</sup>)</i>	0,04		0,04		0,028	

Legende: \* p<0,05; \*\* p<0,01; \*\*\* p<0,001

Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Berechnungen

wohl auf der nationalen Ebene, als auch abgeleitet von der persönlichen Situation - steht weder vor, noch zum Zeitpunkt der Krise oder nach der Wiederherstellung der Stabilität in einem signifikanten Zusammenhang zur Befürwortung des demokratischen Systems. Damit lässt sich die Hypothese  $H_E1.1$ , die besagt, dass in wirtschaftlich stabilen Zeiten die Bewertung der ökonomischen Performanz keinen Effekt auf die Bindung an demokratische Werte hat, bestätigen. Die Hypothese  $H_E1.2$  wird hingegen abgelehnt, da die Präferenz eines demokratischen Systems auch während der Krise nicht mit der ökonomischen Performanz zusammenhängt.

Ähnlich haben die Variablen der demokratischen Performanz, wie im theoretischen Modell unterstellt, kaum Auswirkung auf die Befürwortung der Demokratie. Der einzige signifikante Effekt geht zu allen drei Zeitpunkten von dem Konstrukt „Repräsentation durch das Parteiensystem“ aus. Dabei zeigt sich, dass die Befragten, die keiner Partei des Systems ihre Stimme geben würden, viel mehr dazu neigen, das demokratische System abzulehnen. Dies gilt im Vergleich zu denen, die eindeutig eine Partei präferieren und zu denen, die noch unentschlossen sind, wem sie ihre Stimme geben würden.<sup>74</sup> Dieses Ergebnis demonstriert, dass die Repräsentation durch Parteien in einem demokratischen System einen wichtigen Faktor für die Unterstützung des Systems darstellt. Im Falle von Argentinien wird dadurch die beschriebene ‚Repräsentationskrise‘ des politischen Systems verdeutlicht.

Weiterhin zeigt die Analyse der Determinanten, dass soziostrukturelle Faktoren eine wichtige Rolle für die Bindung an demokratische Werte spielen. Diese Beobachtung steht im Einklang mit dem theoretischen Modell, da hinter solchen Variablen wie Bildung oder Alter Sozialisationseffekte vermutet werden können (Dalton 2004: 83ff.; Rose&Mishler&Haerfper 1998: 130). Für alle drei Zeitpunkte gilt: Je höher die Bildung eines Befragten, desto eher präferiert er die Demokratie vor einem autoritären System. Ebenso zeigt sich für alle drei Zeitpunkte ein schwacher positiver Effekt im Zusammenhang mit dem Alter: Je älter die Befragten, desto eher befürworten sie ein demokratisches System. Das verweist auf einen Generationeneffekt: Im vorliegenden Fall enthält die Stichprobe Individuen, die den Übergang zur Militärdiktatur und dann die Transition zum demokratischen Regime miterlebt haben, aber auch die ganz junge Generation, die vermutlich die Demokratisierung ihres politischen Systems nicht bewusst wahrgenommen hat. Die überwiegend negativen Erfahrungen in der Militärdiktatur, die von politischen Verfolgungen und Unterdrückung der

---

Wert steigt.

<sup>74</sup>Bei der Gruppe der unentschlossenen Befragten besteht kein signifikanter Unterschied zu den Wählern einer Systempartei, die hier als Kontrollgruppe ausgelassen wurden, und den Nicht-Wählern. Das könnte auf eine heterogene Zusammensetzung dieser Gruppe hinweisen oder auch so ausgelegt werden, dass die Unentschlossenen trotz eines Repräsentationsproblems das demokratische System nicht ablehnen.

Andersdenkenden über die Verschlechterung der sozialen Situation reichten, scheinen bei den älteren Generationen einen bleibenden Eindruck hinterlassen zu haben, der sie das demokratische System stärker präferieren lässt.

Insgesamt wird deutlich, dass die Bindung an demokratische Werte nicht mit den hier betrachteten Performanzfaktoren zusammenhängt, und das auch in einer Extremsituation. Darüberhinaus zeigte sich, dass in den drei Jahren die gleichen unabhängigen Variablen wirken, so dass eine extreme Verzerrung für das Krisenjahr 2002 sehr unwahrscheinlich scheint.<sup>75</sup> Der hier verwendete Indikator hat sich trotz der vorher erwähnten Bedenken, dass dieser nicht direkt die Bindung an demokratische Werte misst, als resistent gegenüber der ökonomischen und demokratischen Performanz erwiesen. Es kann also davon ausgegangen werden, dass damit eine stark verwurzelte, normative Orientierung gegenüber der Demokratie erfasst wurde.

Von einer stabilen Basis der werte-basierten Unterstützung kann aufgrund der Ergebnisse nur eingeschränkt ausgegangen werden. Denn vorher wurde gezeigt, dass das Niveau dieser Unterstützung während der Krise deutlich niedriger ist als in der Vokrisensituation und dass es sich auch kurze Zeit nach der Wiederherstellung der ökonomischen Stabilität auf einem vergleichbaren Niveau hält. Die Krise hatte also eine Auswirkung auf die Unterstützung des demokratischen Systems auf der Kulturebene. Die ausschlaggebenden Faktoren dafür wurden allerdings mit den vorliegenden Indikatoren nicht erfasst. Das verdeutlichen auch die sehr niedrigen Werte für erklärte Varianz (korrigiertes  $R^2$ ).

### 4.5.3 Determinanten der Unterstützung des demokratischen Regimes

Im Hinblick auf die Unterstützung des demokratischen Regimes wurde in dem theoretischen Modell ein vermittelter Effekt der ökonomischen Performanz angenommen. In den Regressionsanalysen zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im Land zeigte sich für alle drei Zeitpunkte ein positiver Effekt der ökonomischen Performanz, allerdings gibt es in den drei Jahren deutliche Unterschiede (siehe Tabelle 5).<sup>76</sup> In dieser Arbeit wurden zwei Indikatoren für die Bewertung der ökonomischen Performanz verwendet, die sich allerdings in ihrem Fokus unterscheiden und deshalb zunächst getrennt interpretiert werden. Zu allen drei Zeitpunkten waren die Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land eher zufrieden, je besser die nationale ökonomische Situation eingeschätzt wurde. Allerdings hat

<sup>75</sup>Einzig der negative Effekt bei der Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Befragten in 2002 deutet auf ein Problem der Stichprobe hin. Allerdings ist dieser Effekt vernachlässigbar, wie der Vergleich der standardisierten Koeffizienten zeigt.

<sup>76</sup>Auch hier wurden alle unabhängigen Variablen von positiv nach negativ codiert (siehe Fußnote 74). Für die abhängige Variable gilt ebenso: Je höher der Wert, desto zufriedener ist ein Befragter mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land.

Tabelle 6: Determinanten der Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land (Ergebnisse der multiplen Regression)

unabhängige Variable	1997		2002		2005	
	b-Koeff.	ß-Koeff.	b-Koeff.	ß-Koeff.	b-Koeff.	ß-Koeff.
<i>ökonomische Performanz auf nationaler Ebene</i>	0,139***	0,144	0,07*	0,066	0,169***	0,191
<i>persönliche ökonomische Situation</i>	0,054	0,056	0,064**	0,085	0,118***	0,119
<i>Gleichheit vor dem Gesetz</i>	0,315***	0,101	0,225**	0,104	0,144*	0,074
<i>Korruptionsperzeption</i>	0,068	0,034	0,102*	0,081	0,089**	0,101
<i>Prospektive Wahl: unentschlossen</i>	0,026	0,013	-0,07	-0,049	-0,048	-0,029
<i>Prospektive Wahl: Keine Partei</i>	-0,255***	-0,109	-0,14*	-0,104	-0,168**	-0,097
<i>Bildung</i>	-0,036	-0,059	-0,036*	-0,071	-0,003	-0,005
<i>Alter</i>	-0,001	-0,018	-0,005***	-0,117	0,001	0,031
<i>Geschlecht</i>	0,04	0,0023	-0,098*	-0,074	0,016	0,011
<i>Konstante</i>	1,968***		1,683***		1,172***	
<i>Anzahl der Betrachtungen</i>	1024		1074		997	
<i>Erklärte Varianz (korreg. R<sup>2</sup>)</i>	0,054		0,055		11,3	

Legende: \* p<0,05; \*\* p<0,01; \*\*\* p<0,001

Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Berechnungen

sich der positive Effekt zum Krisenzeitpunkt wider Erwarten abgeschwächt. Er ist deutlich schwächer als zum Zeitpunkt vor der Krise und nach der Wiederherstellung der ökonomischen Stabilität. Zugleich stellt die Bewertung der wirtschaftlichen Situation des Landes in beiden wirtschaftlich-stabilen Zeitpunkten den stärksten Erklärungsfaktor dar, wie der Vergleich der standardisierten Koeffizienten für jedes Jahr zeigt.<sup>77</sup> Der gleiche Effekt ist während der Krise verschwindend gering und leistet den niedrigsten Beitrag zur Erklärung der Varianz im Vergleich zu den anderen Determinanten.

Wird die Bewertung der persönlichen ökonomischen Situation herangezogen, zeigt sich, dass im Krisenjahr 2002 der Einfluss der ökonomischen Performanz stärker von der persönlichen Betroffenheit in der Krise ausging. Je schlechter die individuelle ökonomische Situation von den Befragten während der Krise eingeschätzt wurde, desto unzufriedener waren sie mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land. Während 1997 kein signifikanter Effekt von der Einschätzung der persönlichen Situation auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie festgestellt wurde, zeigte sich für 2005 ein noch größerer Zusammenhang der beiden Variablen als in 2002. Beim Vergleich der standardisierten Koeffizienten zeigt sich für 2002, dass in der Krise die Einschätzung der persönlichen ökonomischen Situation im Vergleich zur politischen Performanz eine schwächere Rolle bei der Erklärung der Varianz gespielt hat. Nach der Wiederherstellung der Stabilität in 2005 hatten hingegen beide Indikatoren der ökonomischen Performanz die stärkste Erklärungskraft. Ebenso hatte in der Vorkrisensituation die Bewertung der nationalen ökonomischen Situation den größten Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Demokratie im Land. Dadurch wird deutlich, dass ökonomische Performanz stärker in ökonomisch stabilen Zeiten im Zusammenhang mit der Unterstützung des Regimes steht.

Insgesamt zeigt sich ein deutlicher Effekt der ökonomischen Performanz auf die Unterstützung des demokratischen Regimes in den drei Zeitpunkten, so dass die Hypothese  $H_E2.1$  bestätigt wird. Da der Effekt der ökonomischen Performanz während der Krise am schwächsten ist, wird die Hypothese  $H_E2.2$  für die untersuchten Zeitpunkte abgelehnt. Dieses Ergebnis kann damit zusammenhängen, dass während der Krise die ökonomischen Leistungen von der überwiegenden Mehrheit der Befragten negativ bewertet wurden, wodurch nur eine geringe Varianz dieser Variable vorlag.<sup>78</sup>

<sup>77</sup>Die standardisierten oder Beta-Koeffizienten geben an, um wieviel sich die Standardabweichung der abhängigen Variablen verändert, wenn sich die betrachtete unabhängige Variable bei Konstanzhaltung übriger Variablen um eine Standardabweichung erhöht (Bortz&Schuster 2010: 345f.; Kohler&Kreuter 2008: 205f.). Dadurch wird es möglich den Einfluss der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable zu vergleichen (ebd.).

<sup>78</sup>Über 60% der Befragten schätzten die nationale Situation in 2002 als sehr schlecht und knapp 30% als schlecht ein.

Ebenso kann vermutet werden, dass der Effekt der Einschätzung der persönlichen Situation in der Krise kleiner ist als nach der Wiederherstellung der Stabilität in 2005, da die Mehrheit der Befragten enorme Einbußen in ökonomischer Hinsicht hinnehmen musste. In der stabilen Situation in 2005 gab es hingegen mehr Varianz bei der Einschätzung der persönlichen Situation, d.h. dass einige Befragte sich in einer deutlich besseren Lage befanden und andere immer noch mit bestimmten Problemen zu kämpfen hatten und dementsprechend das Funktionieren des demokratischen Regimes im Land bewertet haben.

Im Hinblick auf die demokratische Performanz lässt sich während der Krise ein relativ starker Zusammenhang mit der Unterstützung des demokratischen Regimes beobachten, der von seiner Erklärungskraft die ökonomische Performanz übertraf. Aber auch zu den stabilen Zeitpunkten hatten Indikatoren der demokratischen Performanz signifikante positive Effekte auf die Unterstützung des Regimes mit Ausnahme der Korruptionsperzeption in 1997.<sup>79</sup> Konkret bedeutet dieser Befund: Wenn keine Gleichbehandlung vor dem Gesetz wahrgenommen wurde, waren die Befragten unzufriedener mit dem demokratischen Regime im eigenen Land. Ebenso wurde dem Regime weniger Unterstützung entgegengebracht, wenn ein Befragter sich von keiner Partei repräsentiert sah. Außerdem gilt für die Zeitpunkte in der Krise und nach der Wiederherstellung der Stabilität: Je weniger eine Verbesserung der Korruption im Land konstatiert wurde, desto weniger zufrieden waren die Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie im Land. Der vom theoretischen Modell angenommene Zusammenhang zwischen demokratischer Performanz und der Unterstützung des Regimes wird hier eindeutig bestätigt. Außerdem verweisen diese Ergebnisse darauf, dass die Krise nicht nur eine ökonomische Dimension hatte, sondern auch eine politische, bei der die angestauten Probleme der letzten Jahre wie Zugangsbarrieren zur Justiz, zunehmende Verfahrensungerechtigkeit und Korruption deutlich zu Tage kamen.

Eine interessante Konstellation ergibt sich für die Stichprobe aus 2002 im Zusammenhang mit den sozio-demographischen Variablen, die in den anderen Jahren nicht signifikant sind. So scheinen Männer 2002 negativer gegenüber dem demokratischen Regime eingestellt zu sein. Auch die Variablen Bildung und Alter haben einen negativen Effekt auf die Unterstützung des Regimes: Die höher gebildeten und älteren Befragten scheinen das demokratische Regime im Zuge der aktuellen Ereignisse kritischer zu betrachten. Da allerdings diese Effekte nur zu einem Zeitpunkt auftreten, deutet es auf eine Stichprobenverzerrung hin.

---

<sup>79</sup>Dies kann daran liegen, dass diese Variable kaum Varianz für 1997 aufweist, über 90% der Antworten konzentrieren sich auf der Aussage „Korruption hat stark zugenommen“.

Weiterhin zeugen die niedrigen Anteile der erklärten Varianz zu allen Zeitpunkten von nur begrenzter Aussagekraft, was zugleich wie im Falle der Bindung an demokratische Werte auf komplexe Zusammenhangsstrukturen verweist, die in den vorliegenden Berechnungen nur unzureichend erfasst wurden. Auffällig ist in dieser Hinsicht, dass für das Jahr 2005 ein doppelt so hohes  $R^2$  wie in dem Jahr 1997 oder 2002 mit den verwendeten Variablen erreicht wird. Das verweist darauf, dass in der Vorkrisensituation und ebenso während der Krise andere Faktoren gewirkt haben, die hier nicht berücksichtigt wurden.

#### 4.5.4 Determinanten der Unterstützung der Entscheidungsträger

Auf die Unterstützung der Entscheidungsträger hat die ökonomische Performanz in dem theoretischen Modell einen direkten Einfluss. In den Regressionsanalysen zeigt sich ein positiver Zusammenhang zu allen drei Zeitpunkten mit der Bewertung der ökonomischen Performanz auf nationaler Ebene (siehe Tabelle 6).<sup>80</sup> Auf der individuellen Ebene zeigt sich erst während der Krise ein signifikanter positiver Effekt, der sich zum Zeitpunkt nach der Wiederherstellung der Stabilität sogar vergrößert. Der dazugekommene Effekt von der Bewertung der persönlichen ökonomischen Situation während der Krise hängt vermutlich mit der individuellen Betroffenheit in dieser Situation zusammen. Ähnlich wie bei der Unterstützung des demokratischen Regimes zeigt sich hier, dass trotz der Wiederherstellung der ökonomischen Stabilität die Einstellung zu den Entscheidungsträgern weiterhin von der Einschätzung der aktuellen persönlichen Lage mitbestimmt wird.

Im Vergleich der drei Zeitpunkte kann die Hypothese  $H_{E3.1}$  als bestätigt betrachtet werden, da zu allen drei Zeitpunkten gilt: Je besser die ökonomische Performanz auf nationaler Ebene bewertet wurde, desto größer war die Unterstützung der Entscheidungsträger. Wenn nur die Bewertung der nationalen ökonomischen Lage betrachtet wird, lässt sich auch der angenommene stärkere Zusammenhang zwischen ökonomischer Performanz und der Unterstützung der Entscheidungsträger während der Krise beobachten, wobei der Unterschied zwischen 2002 und 2005 nur minimal ist. Wird allerdings die Einschätzung der persönlichen Situation herangezogen, dann zeigt sich der stärkere Effekt nur im Vergleich zur ökonomisch-stabilen Situation vor der Krise. Daher wird für die betrachteten Zeitpunkte die Hypothese  $H_{E3.2}$  zurückgewiesen. Es kann wie im Falle der Unterstützung des Regimes unterstellt werden, dass der gemessene größere Zusammenhang mit der Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation in der stabilen Nachkrisensituation auf eine größere Varianz dieser

<sup>80</sup>Auch hier wurden alle unabhängigen Variablen von positiv nach negativ codiert (siehe Fußnote 74). Für die abhängige Variable gilt ebenso: Je höher der Wert, desto mehr Vertrauen bringt ein Befragter dem Kongress entgegen.

Tabelle 7: Determinanten der Unterstützung der Entscheidungsträger (Ergebnisse der multiplen Regression)

unabhängige Variable	1997		2002		2005	
	b-Koeff.	ß-Koeff.	b-Koeff.	ß-Koeff.	b-Koeff.	ß-Koeff.
<i>ökonomische Performanz auf nationaler Ebene</i>	0,098**	0,035	0,106**	0,099	0,104**	0,108
<i>persönliche ökonomische Situation</i>	0,051	0,036	0,069**	0,091	0,115**	0,106
<i>Gleichheit vor dem Gesetz</i>	0,117	0,101	0,433**	0,201	0,439***	0,208
<i>Korruptionsperzeption</i>	0,086	0,065	0,072	0,057	0,102**	0,107
<i>Prospektive Wahl: unentschlossen</i>	-0,134*	0,064	0,037	0,026	-0,125*	-0,071
<i>Prospektive Wahl: keine Partei</i>	-0,412***	0,077	-0,18**	-0,135	-0,191**	-0,101
<i>Bildung</i>	0,02	0,021	-0,004	-0,008	-0,007	-0,013
<i>Alter</i>	0,003	0,002	-0,002	-0,043	-0,001	-0,012
<i>Geschlecht</i>	-0,105	0,055	-0,01	-0,007	-0,063	-0,038
<i>Konstante</i>	1,568***		1,12***		1,268***	
<i>Anzahl der Betrachtungen</i>	1024		1074		997	
<i>Erklärte Varianz (korreg. R<sup>2</sup>)</i>	0,052		0,098		0,12	

Legende: \* p<0,05; \*\* p<0,01; \*\*\* p<0,001

Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Berechnungen

Variable zurückzuführen ist, die in der Krise aufgrund der allgemeinen Betroffenheit in der Situation geringer ist. Da dieser Zusammenhang vor der Krise nicht vorhanden ist, kann auch vermutet werden, dass in Folge der Krise die Verantwortung für die persönliche Situation stärker bei den Entscheidungsträgern gesehen wird.

Im Hinblick auf die demokratische Performanz lässt sich für den Zeitpunkt der Krise und nach der Wiederherstellung der Stabilität, nicht aber in der stabilen Ausgangslage vor der Krise, ein positiver Zusammenhang mit dem Indikator für Gleichheit vor dem Gesetz feststellen. Dabei zeigte sich: Wenn die Befragten keine Gleichheit vor dem Gesetz gesehen haben, brachten sie weniger Vertrauen dem Kongress entgegen. Für den Zeitpunkt nach der Restabilisierung der ökonomischen Situation verschlechterte sich die Wahrnehmung der gewählten Vertreter noch mehr, je weniger Verbesserung in der Korruptionssituation des Landes die Befragten konstatierten. Auffällig ist, dass zum Zeitpunkt vor der Krise diese Indikatoren der demokratischen Performanz nicht signifikant sind. Das überrascht, da die Probleme mit der Korruption und der ungerechten Behandlung durch die Justiz auch 1997 allgemein bekannt waren und jeweils von einer überwiegenden Mehrheit der Befragten negativ eingestuft wurden. Auch hier scheint nur geringe Varianz der zwei unabhängigen Variablen vorzuliegen, d.h. dass 1997 die angesprochenen Probleme sowohl von den Befürwortern der Entscheidungsträger, als auch von denen, die ihnen misstrauen, gleichermaßen beanstandet wurden. Im Hinblick auf die Repräsentation durch das Parteiensystem zeigt sich, dass in allen drei Jahren die Unterstützung der Entscheidungsträger größer ist, wenn der Befragte sich für irgendeine Partei des Systems entscheiden würde.<sup>81</sup> Diese starke Beziehung ist nachvollziehbar, da die Unterstützung der gewählten Entscheidungsträger vermutlich stark darauf basiert, ob ein Befragter sich mit einer Partei des Systems identifizieren kann.

Insgesamt erweist sich die demokratische Performanz im Vergleich zur ökonomischen Performanz als die wichtigere Determinante der Unterstützung der Entscheidungsträger, wie der Vergleich der standardisierten Koeffizienten in jedem Jahr verdeutlicht. Das unterstreicht, dass in einem demokratischen System gerade die politischen Leistungen, die mit dem System verbundenen Normen und Werte sichern, eine Bewertungsgrundlage für die Unterstützung der Entscheidungsträger darstellen, was im analytischen Modell von Fuchs nicht direkt so angenommen wurde. Im Falle von Argentinien verweist diese enorme Bedeutung der politischen Faktoren, dass die

---

<sup>81</sup>In den stabilen Situationen vor und nach der Krise präsentierte sich diese Beziehung im Hinblick auf die Befragten, die bei der Frage unentschlossen waren, und zugleich für diejenigen, die gar keine Partei wählen würden. Dadurch bestätigt sich die grundsätzliche Annahme, dass diese beiden Gruppen einen Unterschied zu den Wählern mit einer deutlichen Parteipräferenz aufweisen, der auf den Mangel der Repräsentation durch das Parteiensystem zurückzuführen ist.

Bevölkerung vieler Defekte ihres Systems bewusst ist und diese den entsprechenden Akteuren oder auch der gesamten Funktionsweise des Regimes, wie im vorigen Kapitel angedeutet wurde, anlastet. Aber auch der Einfluss der ökonomischen Performanz spielt eine große Rolle für die Unterstützung der Entscheidungsträger. Auffällig dabei ist, dass sich während der Krise zusätzlich ein Effekt der Bewertung der individuellen ökonomischen Situation einstellt, der sich auch nach der Wiederherstellung der Stabilität hält. In beiden Jahren zeigt sich zugleich ein viel höherer Anteil der erklärten Varianz, was für den festgestellten Effekt spricht.<sup>82</sup> Grundsätzlich zeigt sich auch hier, dass weitere Determinanten eingeschlossen werden müssten, um die Unterstützung der Entscheidungsträger besser vorhersagen zu können.

## 5 Fazit

Die Untersuchung dieser Arbeit beabsichtigte das Konzept der politischen Unterstützung in einer besonderen Situation, nämlich einer schweren ökonomischen Krise, zu überprüfen. Die wirtschaftliche Krise in Argentinien von 2001/02 bot dabei einen interessanten Fall, zum einen aufgrund des Ausmaßes und der extremen Auswirkungen dieser Krise und zum anderen aufgrund des glimpflichen Ausgangs dieser Extremsituation für das junge demokratische System. Die Erklärung der Krisenresistenz des demokratischen Systems in Argentinien gab den entscheidenden Anstoß, um die theoretischen Annahmen der politischen Unterstützung zu testen und verdeutlicht die Relevanz dieser Untersuchung für die Forschung.

Im Fokus der Untersuchung stand das analytische Modell von Dieter Fuchs, bei dem die Unterstützung des demokratischen Systems sich auf drei Ebenen verteilt. Auf jeder Ebene hat politische Unterstützung eine unterschiedliche Auswirkung auf die Stabilität des demokratischen Systems, wobei alle drei Formen von Unterstützung, nicht zuletzt aufgrund ihrer kausalen Verknüpfung in dem Modell, relevant für den Fortbestand des Systems sind. Die verschiedenen Formen der Unterstützung wurden über drei Zeitpunkte, die repräsentativ die Tendenzen vor und nach der Krise sowie genau zum Zeitpunkt der instabilen Lage erfassten, betrachtet. Dabei zielte dieses Design darauf, die direkten Auswirkungen der Krise zu verfolgen und durch den Vergleich mit der stabilen Situation davor und danach die kurz- und mittelfristigen Effekte der Krisenereignisse auf die Unterstützung des demokratischen Systems nachzuvollziehen.

---

<sup>82</sup>Zugleich lässt sich das höhere  $R^2$  darauf zurückführen, dass in 2002 und 2005 auch die Variablen „Gleichheit vor dem Gesetz“ und „Korruptionsperzeption“ einen starken Effekt auf das Vertrauen in den Kongress haben.

Bei der Untersuchung der Unterstützung des demokratischen Systems wurde auf die Umfragedaten des Latinobarómetro zurückgegriffen. Trotz einiger diskutierten Mängel der Studie im Hinblick auf die Repräsentativität der Stichproben und der Beschaffenheit der ausgewählten Indikatoren konnte dem theoretischen Konzept und auch methodischen Voraussetzungen weitestgehend entsprochen werden. Die theoretisch angenommenen Unterschiede zwischen der Bindung an demokratische Werte und der Unterstützung des Regimes sowie der Autoritäten bestätigten sich empirisch. Eine kleine Einschränkung lässt sich nur in Bezug auf die Unterstützung des demokratischen Regimes im eigenen Land erwähnen, deren Indikator „Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land“ stärker eine Einstellung zu der Funktionsweise als zu den grundlegenden Strukturen des demokratischen Regimes erfasst. Auffällig in dieser Hinsicht war, dass die Ergebnisse für die Unterstützung des Regimes eine große Ähnlichkeit zu denen der Unterstützung der Entscheidungsträger aufwies.

Bei der Analyse der Daten wurde zunächst betrachtet, wie sich das Ausmaß der Unterstützung in den drei Zeitpunkten verändert. Dabei zeigte sich, dass während der Krise das Niveau der Unterstützung auf allen drei Ebenen sank, wobei die Bindung an demokratische Werte verglichen mit der Unterstützung der Entscheidungsträger und des Regimes nur leicht einbrach. Für die Unterstützung der Entscheidungsträger und des Regimes entsprachen die Ergebnisse den theoretischen Erwartungen. Für die Bindung an demokratische Werte konnte die theoretische Annahme, dass das Niveau dieser Unterstützung über einen längeren Zeitraum stabil bleibt, nicht bestätigt werden. Im Hinblick auf die erste Fragestellung dieser Arbeit lässt sich festhalten: Die Unterstützung des demokratischen Systems hat während der wirtschaftlichen Krise in Argentinien 2001/02 auf allen Ebenen abgenommen.

Nach der Wiederherstellung der ökonomischen und politischen Stabilität stieg das Niveau der Unterstützung der Entscheidungsträger und des Regimes wieder an. Dabei erreichte die Unterstützung der Entscheidungsträger ein vergleichbares Niveau wie vor der Krise. Die Unterstützung des Regimes wies zwar in der stabilen Situation nach der Krise einen deutlichen Unterschied zum Niveau während der Krise auf, kam aber auf einen niedrigeren Stand im Vergleich zur Situation vor der Krise. Die Bindung an demokratische Werte hat zum ausgewählten Zeitpunkt nach der Wiederherstellung der Stabilität ein vergleichbares Niveau wie während der Krise. Es scheint, dass die Krisenereignisse eine nachhaltige Wirkung auf die Unterstützung des demokratischen Systems auf der Kulturebene in der mittleren Frist hatten. Für die erste Fragestellung dieser Arbeit lässt sich also festhalten, dass die Unterstützung des demokratischen Systems nur gegenüber den Entscheidungsträgern

und dem Regime nach der Wiederherstellung der ökonomischen Stabilität wieder ansteigt, während die Bindung an demokratische Werte auf einem vergleichbaren Niveau wie in der Krise bleibt. Da allerdings hier nur drei repräsentative Zeitpunkte untersucht wurden, gelten diese Schlussfolgerungen nur für die betrachteten Jahre bzw. Stichproben. Insbesondere im Hinblick auf die Nachkrisensituation müssten die folgenden Jahre ebenfalls untersucht werden. Das stellt einen interessanten Ansatz für weiterführende Forschung dar.

Im nächsten Schritt wurde im Hinblick auf die zweite Fragestellung dieser Arbeit überprüft, welchen Einfluss die Bewertung der ökonomischen Performanz auf die Unterstützung des demokratischen Systems hatte. Dabei bestätigten sich die theoretischen Annahmen auf allen Ebenen: Die ökonomische Performanz hatte in allen drei Zeitpunkten einen Effekt auf die Unterstützung der Entscheidungsträger und des Regimes, während sie auf die Bindung an demokratische Werte in keinem Jahr einen Einfluss hatte. Anders als erwartet, war der Effekt der ökonomischen Performanz auf die Unterstützung des Regimes und der Entscheidungsträger während der Krise nicht größer als in den wirtschaftlich-stabilen Zeitpunkten. Vielmehr zeigte sich ein stärkerer Effekt zum Zeitpunkt nach der Wiederherstellung der ökonomischen Stabilität in 2005. Im Vergleich zur Vorkrisensituation zeigte sich in der Krise durchaus ein größerer Effekt auf die Unterstützung des Regimes und der Autoritäten, der sich über die Einschätzung der individuellen ökonomischen Situation äußerte. Dieser Effekt verweist darauf, dass in einer Krise die persönliche Betroffenheit stärker hervortritt. Der größere Effekt der ökonomischen Performanz in der stabilen Situation nach der Krise kann darauf hindeuten, dass in Folge der Krise die persönliche ökonomische Situation stärker in die Verantwortlichkeit der Entscheidungsträger und in Bezug zur Funktionsweise des demokratischen Regimes gestellt wurden. Das würde auf eine nachhaltige Veränderung der Beziehung zwischen der ökonomischen Performanz und der Unterstützung der Entscheidungsträger sowie des Regimes verweisen. Inwiefern dies der Fall ist, bedarf allerdings einer tiefer gehenden Prüfung über einen größeren Zeitraum hinweg.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Krise in Argentinien eine Auswirkung auf die Unterstützung des demokratischen Systems hatte. Allerdings war dabei die ökonomische Performanz nicht der einzige ausschlaggebende Faktor. Wie bei der Analyse der Determinanten gezeigt wurde, hatte auch die demokratische Performanz einen Einfluss auf die Unterstützung des demokratischen Systems. Gleichzeitig wurde deutlich, dass noch weitere Einflussfaktoren vorliegen müssen, die hier nicht erfasst wurden. Die Unterstützung des demokratischen Systems präsentiert ein komplexes Phänomen, das hier nur anhand von Einflussfaktoren, die für die ausge-

wählte Situation am wichtigsten erschienen, überprüft wurde. Im Hinblick auf die Determinanten der Unterstützung besteht weiterhin Forschungsbedarf. Ebenso wäre eine Überprüfung der vom theoretischen Modell angenommenen Beziehungen zwischen den Ebenen eine interessante Weiterführung der vorliegenden Untersuchung.

Die Ergebnisse zur Unterstützung des demokratischen Systems in der Krise zeigten auch, dass die Krise sich auf viele Bereiche der Gesellschaft ausdehnte und daher komplexe Zusammenhangstrukturen aufwies. Entsprechend der komplexen Zusammenhänge werden verschiedene Faktoren als Erklärung für das Überleben der argentinischen Demokratie in dieser Situation diskutiert: So kann der Mangel an Alternativen und Vetoakteuren als ausschlaggebend für das Ausbleiben eines Staatsstreiches gesehen werden (Thiery 2002: 346; Wolff 2003: 9). Weiterhin lässt sich die Durchsetzung der institutionellen Regelungen, die in der Verfassung von 1994 für Krisensituationen verankert wurden, als entscheidend betrachten (Schamis 2002: 90f.). Ebenso war das Krisenmanagement von Duhalde und seinem Nachfolger Kirchner ein wichtiger Faktor für die Rückkehr zur Stabilität (Boris&Tittor 2006: 49-57; Levitsky&Murillo 2003: 161). Viele Autoren verweisen außerdem auf die Rolle der Zivilgesellschaft als Stütze des demokratischen Prozesses einerseits und andererseits auf die Fragmentierung und den mangelnden Organisationsgrad der sozialen Bewegungen, wodurch keine Bündelung der Kräfte für einen Umsturz möglich war (u.a. Villalón 2006: 149ff.; Wolff 2010: 68f.).

Die Untersuchung dieser Arbeit hatte zum Ziel zu überprüfen, ob politische Unterstützung als förderlicher Faktor für den Fortbestand des demokratischen Systems in Argentinien in der Krisensituation gesehen werden kann. Dabei hat sich gezeigt, dass die Unterstützung der Entscheidungsträger im Einklang mit dem theoretischen Modell dem relativen Trend der Leistungsfähigkeit des Systems folgt und daher nur begrenzt als stabilisierender Faktor auftritt. Es kann aber angenommen werden, dass die Unterstützung der Entscheidungsträger eine verstärkende Wirkung auf die anderen Unterstützungsformen hat. So hatte in der argentinischen Krise die Unzufriedenheit mit der politischen Elite enormen Einfluss auf die Protestbewegungen, in denen Forderungen nach grundlegenden Reformen des Regimes zutage kamen. Inwiefern es diese kausale Beziehung zwischen der Unterstützung der Entscheidungsträger und den anderen Unterstützungsformen gibt, stellt eine interessante Frage für weitergehende Forschung dar.

Im Hinblick auf die Unterstützung für das demokratische Regime konnte in der Krise ebenso wenig eine stabilisierende Wirkung festgestellt werden. Denn die überwiegende Mehrheit der Argentinier war unzufrieden mit dem Funktionieren ihres demokratischen Systems. Diese Unzufriedenheit hatte sich über die Jahre angestaut

und kam in der Krise verstärkt zur Geltung: So wurden in den Protesten während der Krise nicht nur Reformen der Funktionsweise der bestehenden Strukturen, sondern auch teilweise die Errichtung eines neuen Regimes gefordert. Der Mangel an Unterstützung für das Regime bedeutete in der Krise eine Bedrohung für die implementierten demokratischen Strukturen im Land. Da die Regierung Kirchner Reformen einzelner Bereiche wie des Justizwesens sowie die Bekämpfung der Korruption angegangen ist, wurde die Unterstützung des demokratischen Regimes nach der Restabilisierung der ökonomischen Lage wieder größer, wobei auch die verbesserte ökonomische Situation einen Einfluss darauf hatte. Die Unterstützung des Regimes hing also mit der Leistungsfähigkeit des Systems zusammen und kann deshalb in der Krise nicht als ein stabilisierender Faktor gesehen werden.

Bei der Bindung an demokratische Werte hat sich im Einklang mit den theoretischen Annahmen eine relative Unabhängigkeit von ökonomischer Performanz und auch weitestgehend von demokratischer Performanz gezeigt. Das deutet auf eine stabile Basis der Unterstützung der Demokratie auf der Kulturebene hin. Allerdings hat sich auch herausgestellt, dass das Niveau dieser Unterstützung während der Krise deutlich niedriger ist als in der Vorkrisensituation und auch nach der Restabilisierung der ökonomischen Lage auf einem vergleichbaren Niveau wie in der Krise hält. Wie schon erwähnt, deutet es darauf hin, dass die Krise nicht nur eine kurzfristige Wirkung auf die Bindung an demokratische Werte hatte.

Eine mögliche Erklärung des gesunkenen Niveaus der Bindung an demokratische Werte stellt sich folgendermaßen dar: So lässt sich vorstellen, dass in den 1990er Jahren ein gewisses Reservoir an instrumenteller Unterstützung gegenüber dem demokratischen Systemtyp aufgrund der überwiegend positiven Leistungsfähigkeit auf vielen Gebieten aufgebaut wurde, das mit dem hier verwendeten Indikator der Präferenz eines demokratischen Systems miterfasst wurde. In der Krise wurde von der überwiegenden Mehrheit eine enttäuschende Performanz des gesamten Systems auf allen wichtigen Gebieten wahrgenommen. Dadurch entfiel die Grundlage für jegliche instrumentelle Unterstützung der Demokratie, die 1997 eventuell über nicht erfasste Einflussfaktoren vorlag. Daher kann unterstellt werden, dass in der Krisensituation nur diejenigen Befragten, die tatsächlich eine starke normative Bindung an demokratische Werte aufweisen, sich für ein demokratisches System ausgesprochen haben. In dieser Hinsicht hat die Krise quasi die Spreu vom Weizen getrennt.

Es kann daher vermutet werden, dass das Ausmaß der Befürwortung der Demokratie von 2002 dem wahren Niveau der Bindung an demokratische Werte sehr nahe kommt. In diesem Fall könnte durchaus von einer stabilen Basis der Bindung an demokratische Werte ausgegangen werden, die eine förderliche Wirkung für den

Fortbestand des Systems hatte. Eine solche Schlussfolgerung erfordert allerdings eine tiefergehende Untersuchung der Einflussfaktoren und kann hier nicht eindeutig gezogen werden. Außerdem lässt sich hier darauf verweisen, dass es theoretisch oder empirisch noch nicht eindeutig geklärt ist, welches Niveau der Unterstützung nicht unterschritten werden darf, um noch als förderlich für die Persistenz eines demokratischen Systems zu gelten. Diese Probleme bieten interessante Fragestellungen für weiterführende Forschung.

## 6 Anhang

Abbildung 12: Verantwortlich für die ökonomischen Probleme in Argentinien in 2002 (Umfrageergebnisse mit Mehrfachnennung)



Quelle: Latinobarómetro 2002; eigene Darstellung

Tabelle 8: Which is for you the most important characteristic of democracy? (Demokratieverständnis über eine geschlossene Frage)

Antwortkategorien	Anteil
Open and fair elections	22,17
Equal treatment for everybody by courts of law	16,08
Freedom of speech	11,92
Members of parliament who represent their electors	9,42
Respect for minorities	4,92
Majority rule	4,67
Competitive party system	1,67
<i>Total liberales Verständnis</i>	70,85
<i>Instrumentelles Verständnis:</i> An economic system that guarantees a dignified salary	26,23
Don't know/no answer	2,92

Quelle: Latinobarómetro 2002

Tabelle 9: To you, what does 'democracy' mean? (Demokratieverständnis über eine offene Frage)

<b>Antwortkategorien für liberales Verständnis</b>	<b>Anteil</b>	<b>Antwortkategorien für instrumentelles Verständnis</b>	<b>Anteil</b>
Civil liberties and personal freedom	43,25	Equality and justice	6,43
Government by/for and of the people	11,67	Peace and unity	2,25
Voting right	3,67	Good government	1,17
Rule of law	1,82	Corruption and abuse	1,08
Groups rights	0,42	Economic development	0,83
Majority rule	0,33	Personal security	0,83
Multi party competition	0,17	Bad governance	0,58
		Other negative meanings	6,67
		Other positive meanings	4,83
		Other neutral meanings	2,42
<i>Total</i>	61,33	<i>Total</i>	27,09
Don't know/no answer	11,58		

Quelle: Latinobarómetro 2002

Abbildung 13: Output der Varianzanalyse zur „Präferenz der Demokratie“ inklusive des Bonferroni- und Scheffe-Tests

year of study	Summary of preference between democracy or authoritarianism				
	Mean	Std. Dev.	Freq.		
1997	<b>1.3859348</b>	<b>.73556456</b>	<b>1166</b>		
2002	<b>1.5224913</b>	<b>.78757407</b>	<b>1156</b>		
2005	<b>1.4774536</b>	<b>.78038739</b>	<b>1131</b>		
Total	<b>1.4616276</b>	<b>.76990121</b>	<b>3453</b>		

Source	Analysis of variance			F	Prob > F
	SS	df	MS		
Between groups	<b>11.2460308</b>	<b>2</b>	<b>5.62301539</b>	<b>9.53</b>	<b>0.0001</b>
Within groups	<b>2034.91962</b>	<b>3450</b>	<b>.589831775</b>		
Total	<b>2046.16565</b>	<b>3452</b>	<b>.592747872</b>		

Bartlett's test for equal variances:  $\chi^2(2) = 6.2869$  Prob> $\chi^2 = 0.043$

Comparison of preference between democracy or authoritarianism by year of study (Bonferroni)

Row Mean- Col Mean	1997	2002
2002	<b>.136557</b> <b>0.000</b>	
2005	<b>.091519</b> <b>0.013</b>	<b>-.045038</b> <b>0.483</b>

Comparison of preference between democracy or authoritarianism by year of study (Scheffe)

Row Mean- Col Mean	1997	2002
2002	<b>.136557</b> <b>0.000</b>	
2005	<b>.091519</b> <b>0.017</b>	<b>-.045038</b> <b>0.374</b>

Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Berechnungen mit STATA 10

Abbildung 14: Output der Varianzanalyse zur „Zufriedenheit mit dem Funktionieren von Demokratie“ inklusive des Bonferroni- und Scheffe-Tests

year of study	Summary of degree of satisfaction with the way democracy works		
	Mean	Std. Dev.	Freq.
1997	2.6840775	.86360214	1187
2002	3.3860387	.67657302	1189
2005	2.7694944	.76981765	1167
Total	2.9477844	.83462277	3543

Source	Analysis of Variance			F	Prob > F
	SS	df	MS		
Between groups	348.008798	2	174.004399	290.65	0.0000
Within groups	2119.33131	3540	.598681161		
Total	2467.34011	3542	.696595174		

Bartlett's test for equal variances:  $\chi^2(2) = 70.0922$  Prob> $\chi^2 = 0.000$

Comparison of degree of satisfaction with the way democracy works by year of study (Bonferroni)

Row Mean- Col Mean	1997	2002
2002	.701961 0.000	
2005	.085417 0.022	-.616544 0.000

Comparison of degree of satisfaction with the way democracy works by year of study (Scheffe)

Row Mean- Col Mean	1997	2002
2002	.701961 0.000	
2005	.085417 0.028	-.616544 0.000

Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Berechnungen mit STATA 10

Abbildung 15: Output der Varianzanalyse zum „Vertrauen in den Kongress“ inklusive des Bonferroni- und Scheffe-Tests

year of study	Summary of confidence in congress		
	Mean	Std. Dev.	Freq.
1997	<b>2.8883968</b>	<b>.89617885</b>	<b>1129</b>
2002	<b>3.5869381</b>	<b>.67444176</b>	<b>1179</b>
2005	<b>2.9667235</b>	<b>.83359347</b>	<b>1172</b>
Total	<b>3.1514368</b>	<b>.86402216</b>	<b>3480</b>

Source	Analysis of Variance			F	Prob > F
	SS	df	MS		
Between groups	<b>341.713753</b>	<b>2</b>	<b>170.856876</b>	<b>263.39</b>	<b>0.0000</b>
Within groups	<b>2255.47906</b>	<b>3477</b>	<b>.648685379</b>		
Total	<b>2597.19282</b>	<b>3479</b>	<b>.746534296</b>		

Bartlett's test for equal variances:  $\chi^2(2) = 96.6072$  Prob> $\chi^2 = 0.000$

Comparison of confidence in congress by year of study (Bonferroni)

Row Mean- Col Mean	1997	2002
2002	<b>.698541</b> <b>0.000</b>	
2005	<b>.078327</b> <b>0.059</b>	<b>-.620215</b> <b>0.000</b>

Comparison of confidence in congress by year of study (Scheffe)

Row Mean- Col Mean	1997	2002
2002	<b>.698541</b> <b>0.000</b>	
2005	<b>.078327</b> <b>0.066</b>	<b>-.620215</b> <b>0.000</b>

Quelle: Latinobarómetro 1997, 2002, 2005; eigene Berechnungen mit STATA 10

## 7 Literaturverzeichnis

Agresti, Alan & Finlay, Barbara (2009). *Statistical Methods for the Social Sciences*. Upper Saddle River: Pearson Prentice Hall.

Ai Camp, Roderic (2001). *Citizen Views of Democracy in Latin America*. Pittsburgh: Univ. of Pittsburgh Press.

Almond, Gabriel A. & Powell, Bingham G. (1978). *Comparative Politics. System, Process, and Policy*. 2. Aufl., Boston: Little Brown.

Almond, Gabriel A. & Verba, Sidney (1963). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton Univ. Press.

Anderson, Christophe Jr. & Tverdova, Yuliya V. (2003). Corruption, Political Allegiances, and Attitudes Toward Government in Contemporary Democracies. *American Journal of Political Science*, 47(1), 91-10

Backhaus, Klaus & Klink, Ulrich & Erichson, Bernd & Wulff, Plinke (2011). *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung*. 13. überarbeitete Aufl., Berlin: Springer.

Berg-Schlosser, Dirk (2003). Gegenstand und Anwendungsgebiete der Politikwissenschaft. In: Herbert Münkler (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*. Hamburg: Rowohlt, 55-76.

Birle, Peter & Bodemer, Klaus, & Pagni, Andrea (2010). Einleitung. In ebd. (Hrsg.): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur*. 2. vollständig neu bearbeitete Aufl., Frankfurt am Main: Vervuert, 9-15.

Birle, Peter & Carreras, Sandra (2002). Einleitung. In ebd. (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt am Main: Vervuert, 7-18.

Birle, Peter (2010). Interessengruppen und soziale Bewegungen. In Klaus Bodemer, Andrea Pagni, Peter Waldmann (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 181-202.

Blanchard, Olivier & Illing, Gerhard (2006). *Makroökonomie*. 4. aktualisierte und erweiterte Aufl., München: Pearson Studium.

Boeckh, Andreas (2002). Alte und neue Formen der Armut. In Klaus Bodemer, Andrea Pagni, Peter Waldmann (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 297-316.

Booth, John A. & Seligson, Mitchell A. (2009). *The Legitimacy Puzzle in Latin America: Political Support and Democracy in Eight Nations*. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Boris, Dieter & Tittor, Anne (2006). *Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen*. Hamburg: VSA-Verlag.

Bortz, Jürgen & Schuster, Christof (2010). *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. 7. vollständig überarbeitete und erweiterte Aufl., Berlin: Springer.

Bratton, Michael & Mattes, Robert (2001). Support for Democracy in Africa: Intrinsic or Instrumental? *British Journal of Political Science*, 31, 447-474.

Carreras, Sandra (2002). Instabilität als Konstante? Entwicklungslinien Argentiniens im 20. Jahrhundert. In Peter Birle, Sandra Carreras (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt am Main: Vervuert, 19-51.

Catterberg, Gabriela (2003). Evaluations, Referents of Support, and Political Action in New Democracies. *International Journal of Comparative Sociology*, 44(3), 173-198.

Chu, Yun-han & Bratton, Michael & Lagos, Marta & Shastri, Sandeep & Tessler, Mark (2008). Public Opinion and democratic legitimacy. *Journal of Democracy*, 19(2), 74-87.

Dalton, Russel J. (1999). Political Support in Advanced Industrial Democracies. In Pippa Norris (Hrsg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford Univ. Press, 57-77.

Dalton, Russel J. (2004). *The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford Univ. Press.

Dalton, Russell J. & Shin, Doh C. & Jou, Willy (2007). Understanding Democracy: Data From Unlikely Places. *Journal of Democracy*, 18 (4), 142-156.

Daseking, Christina & Ghosh, Atish & Lane, Timothy & Thomas, Alun (2004). *Lessons from the crisis in Argentina*. Washington, DC: International Monetary Fund.

De Riz, Liliana & Nohlen, Dieter (2002). Verfassungsreform und Präsidentialismus in Argentinien. In Klaus Bodemer, Andrea Pagni, Peter Waldmann (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 337-357.

Del Cueto, Carla & Mariana Luzzi (2010): Betrachtungen über eine fragmentierte Gesellschaft. Veränderungen der argentinischen Sozialstruktur (1983-2008). In Peter Birle, Klaus Bodemer, Andrea Pagni (Hrsg.): *Argentinien heute: Politik, Wirtschaft, Kultur*. 2. vollständig neu bearbeitete Aufl., Frankfurt am Main: Vervuert, 33-54.

Della Porta, Donatella (2000). Social Capital, Beliefs in Government, and Political Corruption. In Susan J. Pharr, Robert D. Putnam (Hrsg.): *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries*. Princeton: Princeton University Press, 202-228.

Diamond, Larry (1999). *Developing Democracy Towards Consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.

Diekman, Dirk (2004). *Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. 11. Aufl., Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Easton, David (1965). *A Framework for Political Analysis*. New York: Prentice-Hall.

Easton, David (1975). A Re-Assessment of the Concept of Political Support. *British Journal of Political Science*, 5(4), 435-457.

Engelkamp, Paul & Sell, Friedrich L. (2011). *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Berlin: Springer.

Fuchs, Dieter (1989). *Die Unterstützung des politischen Systems der BRD*. Opladen: Westdt. Verl..

Fuchs, Dieter (1997). Wohin geht der Wandel der demokratischen Institutionen in Deutschland? Die Entwicklung der Demokratievorstellungen der Deutschen seit ihrer Vereinigung. In Gerhard Göhler (Hrsg.): *Institutionenwandel. Leviathan Sonderheft 16*. Opladen: Westdt. Verl., 253-283.

Fuchs, Dieter (1998). *The Political Culture of Unified Germany*. Discussion Paper FS III 98-204, Wissenschaftszentrum Berlin.

Fuchs, Dieter (2002). Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht. In Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels: *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess*. Wiesbaden: Westdt. Verl., 27-49.

Fuchs, Dieter (2006). Die Politische Theorie der Systemanalyse: David Easton. In André Brodocz, Gary S. Schaal (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart I. Eine Einführung*. 2. Aufl.. UTB: Opladen, 341-365.

Fuchs, Dieter & Guidorossi, Giovanna & Svensson, Palle (1998). Support for the Democratic System. In Hans-Dieter Klingemann, Dieter Fuchs (Hrsg.): *Citizens and the State*. Oxford: Oxford Univ. Press, 323-353.

Fuchs, Dieter & Rohrschneider, Robert (2001). Der Einfluss politischer Wertorientierungen auf Regimeunterstützung und Wahlverhalten. In Hans-Dieter Klingemann,

Max Kaase (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998*. Wiesbaden: Westdt. Verl., 245-282.

Fuchs, Dieter & Roller, Edeltraud (1994). *Cultural Conditions of the Transition to Liberal Democracy in Central and Eastern Europe*. Discussion Paper FS III 94-202, Wissenschaftszentrum Berlin.

Gallo, Andrés & Stegman, Juan Pablo & Steagall, Jeffrey W. (2006). The Role of Political Institutions in the Resolution of Economic Crises: The Case of Argentina 2001–05. *Oxford Development Studies*, 34(2), 193-217.

Graham, Carol & Sukhtankan, Sandip (2004). Does Economic Crisis Reduce Support for Markets and Democracy in Latin America? Some Evidence from Surveys of Public Opinion and Well Being. *Journal for Latin American Studies*, 36 (2), 349-377.

Hujo, Katja (2002). Die Wirtschaftspolitik der Regierung Menem: Stabilisierung und Strukturreformen im Kontext des Konvertibilitätsplans. In Peter Birle, Sandra Carreras (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt am Main: Vervuert, 85-123.

Jacobs, Jörg (2004). *Tücken der Demokratie: Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern*. Wiesbaden: VS Verlag.

Klingemann, Hans-Dieter (1999). Mapping Political Support in the 1990s: A Global Analysis. In Pippa Norris (Hrsg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford : Oxford Univ. Press, 31-56.

Klingemann, Hans-Dieter & Fuchs, Dieter (1998). Citizens and the State: A Changing Relationship? In ebd. (Hrsg.): *Citizens and the State*. Oxford: Oxford Univ. Press, 1-23.

Kluckhohn, Clyde (1951). Values and Value Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification. In Talcott Parsons, Edward A. Shils (Hrsg.): *Toward a General Theory of Action*. Cambridge: Harvard University Press, 388-433.

Kohler, Ulrich & Kreuter, Frauke (2008). *Datenanalyse mit Stata*. 3. überarbeitete Aufl., München: Oldenbourg.

Krüger, Lydia (2005). *Forcierte Deregulierung, Finanzkrisen und Denationalisierung in Schwellenländern*. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Lagos, Marta (2001). How people view democracy. Between stability and crisis in Latin America. *Journal of Democracy*, 12(1), 137-145.

Latinobarometro (1997): *Technical Note*. <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp> (7.05.2011).

Latinobarometro (2002): *Technical Note*. <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp> (7.05.2011).

Latinobarometro (2005): *Technical Note*. <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp> (7.05.2011).

Latinobarómetro (2009): *Methodological Report*. <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp> (7.05.2011).

Latinobarómetro (o.J.): *Ficha técnica. Latinobarómetro 1995- 2007*. <http://www.latinobarometro.org/latino/LATContenidos.jsp> (7.05.2011).

Lauth, Hans-Joachim (2004). *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag.

Levitsky, Steven & Murillo, Maria Victoria (2003). Argentina Weathers the Storm. *Journal of Democracy*, 14 (4), 152-166.

Lewis-Beck, Michael (1990). *Economics and Elections: The Major Western Democracies*. Ann Arbor: Univ. of Michigan Press.

Lewis-Beck, Michael S. & Paldam, Martin (2000). Economic Voting: An Introduction. *Electoral Studies*, 19, 113–121.

Linz, Juan J. & Stepan, Alfred (1996). *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America and Post-Communist Europe*. Baltimore: Johns Hopkins Univ. Press.

Lipset, Seymour Martin (1959). Some Social Requisites for Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. *The American Political Science Review*, 53 (1), 69-105.

Lipset, Seymour Martin (1983). *Political Man: The Social Bases of Politics*. 2. erweiterte Aufl., London: Heinemann.

Llanos, Mariana (2002). Über Gesetze und Dekrete: Eine Neuinterpretation der Beziehungen zwischen Präsident und Kongress im Argentinien der 90er Jahre. In Peter Birle, Sandra Carreras (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt am Main: Vervuert, 53-84.

Llanos, Mariana (2010). Gewaltenteilung und horizontale accountability nach der Krise. In Klaus Bodemer, Andrea Pagni, Peter Waldmann (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 117-138.

McAllister, Ian (1999). The Economic Performance of Governments. In Pippa Norris (Hrsg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford Univ. Press, 188-203.

Merkel, Wolfgang (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. *Politische Vierteljahresschrift*, 48(3), 413-433.

Miller, Arthur & Listhaug, Ola (1999). Political Performance and Institutional Trust. In Pippa Norris (Hrsg.): *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*. Oxford : Oxford Univ. Press, 204-216.

Mishler, William & Rose, Richard (1999). Five Years After the Fall: Trajectories of Support for Democracy in Post-Communist Europe. In Pippa Norris (Hrsg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford Univ. Press, 78-99.

Mishler, William & Rose, Richard (2001). Political Support for Incomplete Democracies: Realist vs. Idealist Theories and Measures. *International Political Science Review*, 22(4), 303-320.

Montero, José Ramon & Gunther, Richard & Torcal, Mariano (1997). Democracy in Spain: Legitimacy, Discontent, and Disaffection. *Studies in Comparative International Development*, 32 (3), 124-160.

Munck, Gerardo L. & Verkuilen, Jay (2002). Conceptualizing and Measuring Democracy. Evaluating Alternative Indices. *Comparative Political Studies*, 35 (1), 5-34.

Mustapic, Ana M. (2002). Das argentinische Parteiensystem von 1983 bis 2001. In Klaus Bodemer, Andrea Pagni, Peter Waldmann (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 319-335.

Mustapic, Ana M. (2010). Der Wandel des Parteiensystems und die Präsidentialisierung der Politik. In Klaus Bodemer, Andrea Pagni, Peter Waldmann (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 159-179.

Nohlen, Dieter & Zilla, Claudia (2002). Ideologische Homogenisierung und gesellschaftliche Polarisierung. Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Argentinien. In Klaus Bodemer, Andrea Pagni, Peter Waldmann (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 245-269.

Norris, Pippa (1999a). Introduction: The Growth of Critical Citizens. In ebd. (Hrsg.): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford Univ. Press, 1-21.

Norris, Pippa (1999b). Institutional Explanations for Political Support. In ebd. (Hrsg.): *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government*. Oxford : Oxford Univ. Press, 217-235.

Pickel, Susanne & Pickel, Gert (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.

Plumpe, Werner (2011). *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*. München: CH Beck.

Reyes Alvarez, Jaime (2003). *Ars Regnandi - Regierungsstabilität und Herrschaftskrisen in Iberoamerika. Am Beispiel von Argentinien und Chile*. Frankfurt am Main: Lang.

Rose, Richard & Mishler, William & Haerpfer, Christian (1998). *Democracy and its Alternatives. Understanding Post-Communist Societies*. Baltimore: John Hopkins Univ. Press.

Sanders, David (2000). The Real Economy and the Perceived Economy in Popularity Functions: How Much Do Voters Need to Know? A Study of British Data, 1974-97. *Electoral Studies*, 19, 275-294.

Schamis, Hector E. (2002). Argentina: Crisis and Democratic Consolidation. *Journal of Democracy*, 13(2), 81-94.

Schedler, Andreas & Sarsfield, Rodolfo (2007). Democrats with Adjectives: Linking Direct and Indirect Measures of Democratic Support. *European Journal of Political Research*, 46, 637-659.

Seligson, Mitchell (2002). The Impact of Corruption on Regime Legitimacy: A Comparative Study of Four Latin American Countries. *Journal of Politics*, 64 (2), 408-433.

Sottoli, Susanna (2002). Sozialpolitische Reformen und soziale Entwicklung. In Peter Birle, Sandra Carreras (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt am Main: Vervuert, 125-152.

Thiery, Peter (2002). Demokratie und Rechtsstaatlichkeit - auf dem Weg zur Konsolidierung? In Peter Birle, Sandra Carreras (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt am Main: Vervuert, 341-369.

Thiery, Peter (2009). Moderne politikwissenschaftliche Theorie. In Hans-Joachim Lauth, Christian Wagner (Hrsg.): *Politikwissenschaft. Eine Einführung*. 6. überarbeitete Auflage, Schöningh UTB: Stuttgart, 194-232.

Villalón, Roberta (2007). Neoliberalism, Corruption, and Legacies of Contention Argentina's Social Movements, 1993-2006. *Latin American Perspectives*, 34 (2), 139-156.

Warren, Mark E. (2004). What does corruption mean in a democracy? *American Journal of Political Science*, 48 (2), 328-343.

Weber, Max (1976). *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der Verstehenden Soziologie*. 5. revidierte Auflage, Tübingen: Mohr.

Welzel, Christian & Inglehart, Ronald (2007). Mass Beliefs in Comparative Politics. In Carles Boix, Susan C. Stokes (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Comparative Politics*. Oxford: Oxford Univ. Press, 297-315.

Westle, Bettina (1989). *Politische Legitimität - Theorien, Konzepte, empirische Befunde*. Baden-Baden: Nomos.

Westle, Bettina (2009). Weiterentwicklungen des Konzepts der Politischen Kultur in der empirischen Sozialforschung. In: Bettina Westle, Oscar W. Gabriel (Hrsg.): *Politische Kultur. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos, 40-55.

Wolff, Jonas (2003). Argentinien nach der Krise. Zur erstaunlichen Stabilität der real existierenden Demokratie. *HSFK Standpunkte* (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), 5, 1-12.

Wolff, Jonas (2010). Vom „Argentinazo“ zu Néstor Kirchner. Krise und Überleben der argentinischen Demokratie (2001-2007). In Klaus Bodemer, Andrea Pagni, Peter Waldmann (Hrsg.): *Argentinien heute. Politik, Wirtschaft, Kultur*. Frankfurt am Main: Vervuert, 55-72.

#### **Datensätze aus Internetquellen**

Freedom-Score von *Freedom House*:  
<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439>

Umfragen des *Latinobarómetro*:  
<http://www.latinobarometro.org/latino/LATDatos.jsp>

Statistische Daten der *World Bank*: <http://data.worldbank.org/>